

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement - Preis pränumerando:
Vierteljahr 3,20 M., monatlich 1,10 M.,
wöchentlich 25 Pfg. frei ins Haus.

Vorwärts

Die Insertions-Gebühr
Betragt für die sechspaltige Anzeigen-
zeile oder deren Raum 50 Pfg. für
vollständige und gemeinschaftliche Vereins-
und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg.

Ercheint täglich außer Montags.

Berliner Volksblatt.

Telegraphisch überliefert.
„Sozialdemokrat Berlin“.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Donnerstag, den 13. Oktober 1910.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Der Generalstreik der französischen Eisenbahner.

Der Ausstand der Eisenbahner hat sich in Frankreich
schnell zu einem Generalstreik ausgewachsen. Das verdankt
das französische Volk zweifellos der Niederknüpfungstaktik
des Ministeriums Briand-Millerand, der zwei Männer,
die sich, wie das „Berliner Tageblatt“ triumphierend meint,
„von den Genossen, die sie nur zu gut kennen, nicht so leicht
ins Bodshorn jagen lassen“.

Hat sich auf der einen Seite gezeigt, daß die Drohungen
der Regierung den Streikenden gegenüber in keiner Weise
verfingen, so tritt weiterhin auch klar zu Tage, daß die Maß-
nahmen der Regierung sich auch in der Praxis als wertlos
erweisen. Geniesoldaten und Marinemaschinen können un-
möglich die Arbeit leisten, die bei der gewaltigen Aus-
dehnung des Streiks schon jetzt liegen bleibt. Damit nicht
genug, sie konnten selbst auf einer einzelnen Linie
nur einen mangelhaften Ersatz für die Streikenden bilden.

So hat denn das Ministerium Briand-
Millerand seinen kapitalistischen Freunden in Frankreich
und in den Nachbarländern durch sein gemacht schneidiges Auf-
treten nicht nur keinen Dienst erwiesen, sondern ihnen
einen recht schlimmen Gefallen getan. Der Verkehr
zwischen Paris und den Nachbarländern ruht so gut
wie ganz und der Schaden, den der Streik verursacht,
macht sich weit über die Grenzen Frankreichs hinaus bemerk-
bar. Dazu kommt die moralische Wirkung, die dieser Aus-
stand auf die Eisenbahner aller Länder ausüben wird. Auch
bei uns in Deutschland. Selbst in dem starrsten Disziplin
haltenden Preußen ist die Unzufriedenheit bei den Eisen-
bahnern unverkennbar. Bei den fest angestellten Beamten
tritt das nicht so klar zutage. Sie sind ihre Rechtfertigung
derart gewöhnt, daß sie nicht leicht aufzutumpfen wagen.

Noch ein Wort über die Streiknachrichten. Sie
gehen der Welt mit wenigen Ausnahmen durch die offiziellen
Depeschenbüreaus zu. Wenn uns darin also von Uebergreifen
und Gewalttätigkeiten der Streikenden, von der Tapferkeit der
Minister und der Biederkeit der Eisenbahndirektoren berichtet
wird, so ist dies mit derselben Vorsticht aufzunehmen wie etwa
ein offiziöser Polzeibericht aus R o a b i t !

Die Verkündung des Generalstreiks!

In der Nacht vom Dienstag zum Mittwoch beschäftigte sich das
Nationalsyndikat mit der durch die Maßnahmen der Regierung,
durch das Aufgebot von Militär und Marine, sowie durch die Ein-
berufung der im militärischen Reservendienst stehenden Eisenbahner
geschaffenen Lage. Die Folge dieser Beratungen war die Ver-
öffentlichung des nachstehend mitgeteilten Entschlusses:

„Das Nationalsyndikat bringt zur Kenntnis aller Eisen-
bahner, daß der Streik auf dem Nordbahnen vollständig ist. Es
teilt ihnen ferner mit, daß der Kamerad Toffin, der Präsident
des Bundes der Lokomotivführer und Heizer, entlassen worden

ist, und daß die Regierung in der Presse Roten erscheinen läßt,
in denen die ihr Recht fordernden Eisenbahner mit ungerechten
und willkürlichen Maßregeln bedroht werden. Angesichts dieser
Lage hat das Nationalsyndikat beschlossen, an alle Hege zu
appellieren, um unverzüglich den Generalstreik ins Leben zu
rufen. Infolgedessen werden alle Hege aufgefordert, binnen
kürzester Frist und sofort nach Empfang dieser Aufforderung
die unerlässlichen Maßnahmen zum Gelingen der Bewegung zur
Ausführung zu bringen.“

Am Schluß ist der Note noch angefügt, daß Mittwochnach-
mittag 3 Uhr eine große Versammlung aller Pariser Eisenbahn-
arbeiter und -Angestellten in der Arbeitsbörse stattfinden wird.
Angesichts dieser Verfügung des Streikkomitees der Eisenbahner
hat die Regierung auf allen Eisenbahnlinien dieselben militä-
rischen Maßnahmen durchgeführt, die gestern bei Einstellung der
Arbeit im Gebiet der Nordbahngesellschaft zur Anwendung ge-
langten. Die Eisenbahnlinien und Bahnhöfe, die Weichenstell-
erbuden und Eisenbahnwerkstätten werden militärisch bewacht. Gleich-
zeitig wurde seitens der Regierung bestimmt, daß die Eisenbahn-
arbeiter aller Linien, die sich im Streik befinden, durch den Kriegs-
minister zu einer Übungsperiode von 21 Tagen einberufen werden
sollen.

„Humanität“ macht die Streikenden ausdrücklich darauf auf-
merksam, daß sie der Einberufungsorder erst nach 14 Tagen zu
folgen brauchen, da vorher gegen sie keinerlei Zwangsmaßregeln
unternommen werden können. Erst nach dieser Zeit ist eine Ver-
srafung derselben möglich.

Die Wirkung des Aufrufs.

Das Bekanntwerden der Verkündung des Generalstreiks an
amtlicher Stelle um 2 Uhr nachts hat die größte Ausregung hervor-
gerufen. Der Minister des Innern hatte angesichts der Möglich-
keit des allgemeinen Ausstandes Maßregeln getroffen, um auch auf
den übrigen Bahnen dieselben Vorkehrungen in Kraft treten zu
lassen, welche bereits auf der Nordbahn getroffen worden waren.
Die Regierung beschäftigt sich ebenfalls eingehend mit der Ver-
proviantierung der großen Städte, um zu verhindern, daß sich in den-
selben eine Leuerung oder ein Mangel an Lebensmitteln bemerk-
bar mache. Diese Maßregeln sind getroffen worden entsprechend
den Vorkehrungen, welche im Kriegsfall verfügt werden. Seit
gestern morgen hat sich das Streikkomitee mit der Finanzfrage des
Ausstandes beschäftigt. Es handelt sich darum, zu verhindern, daß
der Kriegsfonds des Syndikates auf Grund irgend einer gericht-
lichen Verfügung oder einer anderen Maßnahme beschlagnahmt
wird. Infolgedessen sind die deponierten Gelder aus den Bank-
instituten zurückgezogen und in sichere Verwahrung genommen
worden.

Zunächst schlossen sich die Angestellten der Westbahn dem Streik
an. Die Streikverfügung für die Westbahn und Staatsbahn-
gesellschaft wurde auf dem Bahnhof Montparnasse um 11 1/2 Uhr
bekannt. Sofort begab sich der Spezialkommissar in Begleitung des
Stationchefs auf die Strecke, um Beschädelt aufzustellen, damit
die Strecke beleuchtet war, im Falle die Elektriker sich dem Aus-
stand gleichfalls anschließen würden. Gleichfalls um 11 1/2 Uhr
erschien der erste Ordnungsdienst; ein Aufgebot von einigen
20 Polizeigebieten besetzte den Bahnhof. Um 12 Uhr nachts traf
ein Militäraufgebot ein. Auf dem großen Bahnhof Saint Lazare
waren gestern abend die Züge nach London über Dieppe ver-
doppelt worden; um 9 Uhr 20 Minuten wurden die beiden Züge
mit den für die Uebersiedeldampfer nach Havre bestimmten Passa-
giere besetzt, die fahplanmäßig erst heute abgehen sollten.
Um Mitternacht trafen auf dem Bahnhof 2 Kompagnien des 28. In-
fanterie-Regiments ein und besetzten den Platz vor dem Bahnhof.
Um 11 1/2 Uhr verließen nach einer Versammlung in der Nähe des
Bahnhofs Patignolles ungefähr 500 Streikende das Versammlungs-
lokal und zerstreuten sich in Ruhe nach allen Richtungen. Die
meisten von ihnen benutzten die vom Bahnhof Saint Lazare nach
abgehenden Vorortzüge. Beim Verlassen der Wagen riefen sie:
„Es lebe der Streik!“ Der „Petit Parisien“ berechnet die Zahl
der für den Ausstand in Betracht kommenden Eisenbahn-
angestellten auf 27 860.

Durch den Beschluß der Angestellten der Ostbahn, mittags in
den Streik zu treten, ist die Lage verschlimmert worden. Die An-
gestellten der Lyon-Mittelmeerbahn haben gestern abend ebenfalls
die Arbeit niedergelegt. Letztere Gesellschaft hat den Syndikats-
sekretär, Lokomotivführer Korin, wegen „Aufreizung“ ent-
lassen, was unter den Angestellten große Erregung verursachte.

Aus Lille wird gemeldet, daß sich dort alle Arbeiter dem
Streik angeschlossen haben und jeder Zugverkehr völlig unmöglich
gemacht wird. Aus Dunkirk wird gemeldet, daß die Streikenden
einen Appell an die Dockarbeiter gerichtet haben, sich dem Streik
anzuschließen und nicht mehr für die Eisenbahngesellschaften das
Wandrieren der Züge zu übernehmen. Die Dockarbeiter haben
sich heute nachmittags auch tatsächlich dem Streik angeschlossen.
Durch den Streik sind in Gravelines für ungefähr 50 000 Franks
frische Waren geliebt, die nun vollständig verderben sind.
— Auf der Ostbahn ging der Zugverkehr gestern noch leidlich von
statten. Der Bahnhof von Nancy ist militärisch besetzt.

Der Verkehr nach England.

Boulogne, 12. Oktober. (Spezialtelegramm durch „Pres-
stelegraph“.) Eine neugierige Menge umlagert die Abfahrtsstelle
der Kanalampfer, um die wenigen Passagiere zu zählen, die aus
Paris angekommen sind. Nur eine Minute vor Abgang des
Dampfers 7.10 Uhr faßt ein Automobil heran. Ein Pariser
Bankier hatte die Strecke Paris-Boulogne in 4 1/2 Stunden durch-
fahren. Bring Euxerov hat für 600 Franks gleichfalls rechtzeitig
Anschluß bekommen. 10 Automobilbesitzer aus Paris waren je-
doch weniger glücklich. Sie kamen alle nach Abgang des Dampfers
an.

Nur 2 Züge sind im Laufe des Tages aus Paris eingetroffen.
Ein Personenzug, der um 1 Uhr abfuhr, und ein Eilzug, der um
3.15 Uhr den Gare du Nord verließ. Er holte den ersten fast ein,
denn zwischen der Ankunft beider lag nur 25 Minuten Zeitdifferenz.
Der Lokomotivführer fuhr seine Maschine in das Depot und legte
dann die Arbeit nieder.

Um 5 Uhr nachmittags brachten Automobile aus Amiens die
Pariser Post sowie zahlreiche Passagiere. Die Personen- und Post-
züge aus Belgien und Köln liefen fahplanmäßig ein, so daß der
Kanalampfer um 3.45 Uhr nach Dover abfahren konnte. Der 1.30
Uhr fällige Dampfer hat dagegen Boulogne nicht verlassen, da aus
Paris keine Reisenden eingetroffen waren. Von England sind alle
Post- und Passagierdampfer rechtzeitig eingetroffen. Die Briefe
werden durch Automobile weiter befördert.

Die Lage in Paris.

In den Straßen Paris herrschte im Laufe des Tages leb-
hafte Erregung. Heute morgen waren die großen Kaufhäuser
fast leer, da sich weder Käufer noch Angestellte aus der Bann-
meile von Paris wegen Mangels an Zügen einfinden konnten.

Ueber 200 000 Angestellte sind gestern früh in Paris
nicht zur gewohnten Zeit in ihren Geschäften erschienen. Auch
in den Ministerien und den städtischen und staatlichen Bu-
reaus machte sich der Streik bemerkbar. Denn auch deren
Beamte können nicht fünf Franks für eine Fahrt zahlen, die
ihnen sonst 20 oder 30 Centimes kostet.

1000 frank für eine Autofahrt.

Die Pariser Hotels haben sich gestern schnell von Frem-
den geleert. Denn jeder verfuhrte in die Heimat zurückzu-
kehren, solange es mit der Bahn noch möglich war. Zur
Beförderung im Automobil bis Calais oder bis an die bel-
gische Grenze wurden bereits gestern 700 Franks gefordert
und gezahlt. Dabei werden längst austrangierte Automobile
zum Verkehr nach außerhalb herangezogen. In den Straßen
von Paris herrscht seit gestern wieder die Pferdebedrohke, da
die Automobilbesitzer größtenteils nach den Vororten ver-
fahren.

Die ganze Nacht hindurch war in Paris ein Wagen- und
Automobilverkehr, wie ihn die Stadt noch nie gesehen. Vor
den Hotels trugten sich Dutzende von Kraftdroschken. Sie
waren von reisenden bestellt, die in ihnen der belgischen
Grenze oder den Kanalhäfen zustreben wollten. In wenigen
Stunden ist der Fahrpreis nach Boulogne oder Calais von
700 Franks auf 1000 Franks gestiegen! Trotzdem müssen die
Reisenden, die diese Summe bezahlen, sich schon vormerken
lassen, da bereits Automobilmangel herrscht. Das Gepäc
muß bis auf das notwendige in Paris zurückbleiben, denn
nur Personen können im Automobil befördert werden.

Berlin und der französische Eisenbahnerstreik.

Die Folgen des allgemeinen Ausstandes auf der französischen
Nordbahn haben sich im Laufe des gestrigen Tages in Berlin be-
reits recht fühlbar gemacht. Die Oberpostdirektion, das
Briefpostamt und die einzelnen Postämter wurden im Laufe
des Vormittags unaußerlich angefragt, ob die Pariser Post in
Berlin noch nicht eingetroffen sei und ob die Verbindung mit Nord-
frankreich aufrecht erhalten werden könne. Die Fragenden er-
hielten die Auskunft, daß amtlich von einem Streik auf der Nord-
bahn noch nichts bekannt sei. Man habe erst durch die Zeitungs-
nachrichten von dem Ausstand erfahren und erwarte nun allerdings
stündlich die offizielle Bestätigung. Die von Paris über Lyon
führenden Züge trafen heute morgen mit 4 bis 5 Stunden Ver-
spätung ein. Die meisten Züge führten mehrere Postwagen mit
sich, konnten jedoch bei weitem die Briefpost aus Paris nicht bewäl-
tigen, sodah der größte Teil der Sendungen noch in
der französischen Hauptstadt der Beförderung
harrt. Wie verlautet, wird jedoch auch diese Linie im Laufe
des heutigen Tages abgeschnitten werden, so daß wohl
nur noch eine Postbeförderung über Berlin-Pafel-Desancon-Dijen-
Paris möglich sein wird. Auch der Güterverkehr ist selbst-
verständlich unterbrochen worden. Auf den Berliner Güterbahn-
höfen werden zwar heute noch Güter zur Beförderung nach Frank-
reich angenommen, doch nicht mehr unter derselben
Lieferzeit oder Eilgut. Die Frachtbeförderung geschieht
nur bis zu den Grenzstationen und die Güter werden,
falls eine Weiterbeförderung unmöglich ist, den hiesigen Absendern
zur Verfügung gestellt. Auch die Fahrkarten Berlin-
Paris wurden seit heute morgen nur noch unter Vorbehalt ver-
eignet, da die über Köln und Aachen führenden Pariser Züge
heute morgen ausgeblieben sind. Der telegraphische Verkehr
ist bis zur Stunde noch in vollem Betrieb. Störungen auf den
Hauptlinien liegen bis jetzt noch nicht vor. Die Internatio-
nale Schlafwagengesellschaft teilt und mit, daß der
gestrige Abendzug sowie die heutigen Morgenzüge Paris-Köln-
Berlin und Paris-Aachen-Berlin sowie die über Lüttich führenden
Züge ausgeblieben sind. Dagegen ist der Verkehr auf den
Westbahnen und Ostbahnen noch aufrechterhalten, so daß die Züge
über Frankfurt a. M.-Koblenz-Bonn-Chalons zur Marne-Paris, sowie
über München-Paris noch regelmäßig verkehren. Auch in dem Ver-
trieb der Orientexpresslinie London-Calais-Bien-Dubapest-
Konstantinopel ist eine Störung noch nicht zu verzeichnen.

## Keine Verbindung mit Frankreich mehr!

Hamburg, 12. Oktober. Die Eisenbahndirektion Köln hat heute im Laufe der Tages nach Hamburg telegraphiert, daß sie keine Garantie für die Weiterbeförderung der Reisenden nach Frankreich übernimmt.

## Drohender Streik in Italien.

Rom, 12. Oktober. Die italienischen Eisenbahner wollen dem Beispiel ihrer französischen Kollegen folgen. Wie die „Gazzetta del Popolo“ meldet, hat einer ihrer Führer erklärt, daß jetzt der geeignete Augenblick gekommen wäre, um auch ihrerseits ihre alten Forderungen durchzusetzen. Die Eisenbahner diese günstige Gelegenheit unbenutzt vorübergehen, so könnten sie für lange Zeit darauf verzichten, ihre Ansprüche seitens der Bahngesellschaften anerkannt zu sehen.

## Schmieding.

In Dortmund ist am Montag ein Mann zu Grabe getragen worden, der durch seine Taten und Anordnungen oft genug in ganz Deutschland von sich reden gemacht hat. Oberbürgermeister Schmieding war einer der markantesten Vertreter des Scharfmacheriums. In jungen Jahren Offizier, dann Landrat des Kreises Bochum, endlich Oberbürgermeister der Stadt Dortmund, welches Amt er rund 24 Jahre bekleidete. Selbst bürgerliche Blätter geben zu, daß er eine sehr herbe Natur war. Sie geben zu, daß er bis zum letzten Atemzuge der Sozialdemokratie keinerlei Konzessionen machte, überhaupt völlig unsozial war. Schmieding hätte ebensogut in Rußland herrschen können, die russischen Nachahmer werden sich nicht allzu sehr von ihm unterscheiden. Unter seinem Regiment wiederholten sich immerfort die Polizeigeschichten, durch welche Dortmund förmlich berüchtigt geworden ist. Durch seine Polizei glaubte Schmieding die Sozialdemokratie niederhalten zu können. Man hatte sich schon fast daran gewöhnt: keine Reichstagswahl ohne Polizeigeschichten. Polizeigeschichten gab es noch jüngst bei den Wählerrechtskämpfen, Polizeigeschichten, die sich an mehreren Tagen wiederholten, gab es vor wenigen Monaten noch beim Streik bei der Zigarettenfirma Hannemann. Man hatte sich daran in Dortmund gewöhnt, alle diese Dinge, die in solchem Umfange eben nur in Dortmund möglich waren, mit dem Sammelnamen „System Schmieding“ zu bezeichnen. Zum System Schmieding gehörten die außerordentlichen Maßnahmen der Dortmund-Schörde beim letzten Bergarbeiterstreik, die sich nachher zum großen Teil als direkt ungesetzlich erwiesen. Zum System Schmieding gehörte die Partei-nahme zugunsten der Unternehmer selbst bei Aussperrungen. Vor wenigen Jahren wurden an städtischen Neubauten ausländische Arbeiter in großer Zahl beschäftigt, während die einheimischen steuerzahlenden Arbeiter auf Pfosten geworfen wurden. Eine Polizeimacht von 80 Mann hoch wurde damals aufgeboten zum Schutze der Ausländer. Zum System Schmieding gehörte die strikte Verweigerung des Koalitionsrechts für die städtischen Arbeiter und Angestellten. Zum System Schmieding gehörte auch der große Straßenbahnerstreik im Jahre 1908, der in ganz Deutschland Aufsehen erregte. Unter Schmieding waren die Arbeiter zu Bürgern zweiter Klasse degradiert. Mit dem Gelde der Steuerzahler wurden große Solale in städtischen Besitz gebracht, allen Parteien zur Verfügung gestellt, nur der Arbeiterschaft blieben sie konsequent verschlossen. Das Verlangen, das Stadttheater den freien Gewerkschaften zu Volksvorstellungen zur Verfügung zu stellen, wurde immer wieder brüst zurückgewiesen. Herr Schmieding, der auch noch Aufsichtsrat der Hapener Bergbaugesellschaft war und ein Einkommen von 50-60 000 M. haben mochte, sah sich voll und ganz als Vertreter der Interessen der herrschenden Klassen. Das zeigte sich nirgends deutlicher, als wenn er gelegentlich im Herrenhaus als Redner auftrat, so nach dem großen Bergarbeiterstreik 1905. Schmieding, der als Herrenhäuser der Interessen der Arbeiterschaft Dortmund vertreten sollte, erging sich in scharfmacherischen Reden gegen die Bergarbeiter und

sahle sich lediglich als Beauftragter der Grubenherren. Vor etwa neun Jahren ging ein Sturm des Unwillens durch Deutschland, als bekannt wurde, wie man unseren Genossen Vredendek mit Ketten gefesselt durch die Straßen Dortmunds geschleppt hatte. Der Fall hat damals auch die Parlamente beschäftigt. Lange Zeit konnte man nicht erfahren, wer eigentlich die Fesselung angeordnet habe. Bei den letzten Stadtverordnetenwahlen hat die ultramontane „Tremontia“ verraten, daß die Fesselung allein erfolgt ist auf direkte Anordnung Schmiedings. Als Entschuldigung für diese Fesselung wurde später angeführt, Dortmund liege so nahe an der holländischen Grenze und die Genossen hätten möglicherweise beabsichtigt, Vredendek zur Flucht zu verhelfen.

Daß ein solch rücksichtsloser Draufgänger der Verbündeter der Grohndustriellen war, mit denen er übrigens durch Verwandtschaft aufs innigste verbunden war, ist ganz selbstverständlich. Nichtsdestoweniger hat die Sozialdemokratie keine Ursache, ihm sonderlich gram zu sein. Denn durch seine Maßnahmen war er der beste Förderer der Sozialdemokratie. Unter seinem Regiment ist die Sozialdemokratie zur stärksten Partei Dortmunds geworden. Schmieding hat es in seinem letzten Jahre noch erleben müssen, daß vier Sozialdemokraten ins Stadiparlament ihren Einzug hielten, darunter auch der eben erwähnte Genosse Vredendek. Daß er diesen in sein Amt einführen mußte, denselben, den er einst fesseln ließ, wird Herrn Schmieding wohl besonders nahe gegangen sein. Im vorigen Jahre ließ sich Schmieding lebenslanglich wählen mit der Absicht, nach 25jähriger Dienstzeit aus dem Amte zu scheiden. Seine Pläne hat der Tod durchkreuzt. Er wollte fern am Rhein in Urlaub, als plötzlich durch den Zusammenbruch der Rieders-Deutschen Bank alles ins Wanken geriet. Krank elkte er heim, um nicht mehr zu gesund. Er wurde begraben mit ungewöhnlichem Gepränge und großer Feierlichkeit. Die herrschenden Klassen mußten, daß sie ihm großen Dank schulden.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 12. Oktober 1910.

### Wilhelm II. als Doktor beider Rechte.

Die Jahrhundertfeier der Berliner Universität hat einer Reihe preussischer Würdenträger den Titel Ehrendoktor eingetragen — natürlich wegen ihrer großen Verdienste um die Wissenschaft. Auch Wilhelm II. hat die Doktorwürde erhalten und zwar von der juristischen Fakultät. Warum, ist nicht recht ersichtlich, denn wohl niemand hat bisher gemerkt, daß der Kaiser, so vielseitig er sonst auch sein mag, auf dem Gebiete der Jurisprudenz beschlagen ist. Eher hätten wir begriffen, wenn ihn die theologische Fakultät zum Ehrendoktor ernannt hätte; denn der Kaiser pflegt bekanntlich nicht nur auf seinen jährlichen Nordlandreisen Schiffsgottesdienst abzuhalten, sondern es erinnern auch oft manche Stellen seiner Reden an religiöse Predigten.

Eher verstehen wir, daß Herr Troitz zu Solz Ehrendoktor der Theologie und der Reichskanzler v. Bethmann Hollweg Ehrendoktor der Philosophie geworden sind, hat doch Herr v. Bethmann Hollweg in seiner Reichstagsrede auf dem Gebiete der Philosophie des Unbewußten und Ungewußten ganz Beträchtliches geleistet und die große religionsphilosophische Idee von den gottgewollten Abhängigkeiten neu fundiert.

### Der Termin der Reichstagswahlen?

Wie die „Straßburger Post“ von angeblich zuverlässiger Seite erfahren haben will, tragen die amtlichen Akten über die Reichstagswahlvorbereitungen im Reichsamt des Innern den Vermerk „Reichstagswahlen Oktober 1911“.

Dieser Vermerk beweist freilich noch nicht, daß die Wahlen nun auch bestimmt im Oktober stattfinden müssen.

### Der Wahlfonds des Hansabundes.

Der Hansabund macht für die nächste Reichstagswahl mobil, die, wie er in seinen neuesten Zirkularen ankündigt,

für den Herbst nächsten Jahres bevorstehen. Er fordert zur Sammlung eines großen Wahlfonds auf.

In seinem an die „deutschen Kaufleute und Industriellen“ gerichteten Schreiben heißt es:

„Zum erstenmal werden sie (die Reichstagswahlen) im Zeichen des Hansabundes erfolgen. Ihr Ausschlag wird darüber entscheiden, ob in Deutschland fernerhin eine einseitige Wirtschaftspolitik die Interessen von Gewerbe, Handel und Industrie in jedem Zweige der Gesetzgebung und Verwaltung mißachten darf, oder ob die Vertreter der werktätigen Arbeit in Stadt und Land einsichtig und stark genug sind, sich den gebührenden Anteil an der politischen Macht zu erkämpfen und so eine gerechte Wirtschaftspolitik durchzusetzen. Gewerbe, Handel und Industrie bedürfen keiner Bevormundung.“

Der Hansabund wird alles daran setzen, daß die bürgerlichen politischen Parteien, denen die Durchführung der Wahlen obliegt, weit mehr als bisher Angehörige des deutschen Gewerbestandes: Industrielle, Kaufleute, Handwerker und Angestellte als Reichstagskandidaten aufstellen. Eine große Zahl von aktiven Kaufleuten sind zu Kandidaturen bereit.

Die Wahl solcher Kandidaten wird er in erster Linie fördern; im übrigen wird er alle Kandidaten unterstützen, welche die Gewähr dafür bieten, daß sie für das in den Richtlinien des Hansabundes vom 4. Oktober 1909 vorgezeichnete Programm in Wort und Tat eintreten werden. . . .

Zu diesem Kampfe gehören aber, wie zu jedem anderen, vor allem überaus bedeutende Geldmittel. Das Präsidium des Hansabundes hat deshalb beschloffen, schon jetzt an die

Bildung des Zentralwahlfonds für die nächsten Reichstagswahlen zu gehen. Dieser Fonds dient keiner einzelnen Partei und wird deswegen auch keiner einzelnen Partei entzogen. Der Zentralwahlfonds wird ausschließlich solche Kandidaten unterstützen, die das hohe Amt des Gesetzgebers in der vollen Erkenntnis der Bedeutung von Gewerbe, Handel und Industrie für eine gedeihliche Entwicklung unseres Vaterlandes ausüben werden.

An alle deutschen Kaufleute und Industriellen richten wir das dringende Ersuchen, dem Zentralwahlfonds für 1910 wie für 1911 tunlichst ungehindert ein dem Umfange ihres Geschäftsbetriebes und der Bedeutung der Sache entsprechendes, möglichst großes Beitrag in den industriellen Betrieben oder mindestens 1 vom 1000 der jährlich aufgewendeten Lohnsumme zu überweisen.

Gleichzeitig erläßt der Hansabund einen Aufruf an die Angehörigen des deutschen Gewerbestandes, in dem er ebenfalls zum Sammeln von Kampfmitteln auffordert.

„Es gilt“, heißt es darin, „vor allem die einseitige Interessenpolitik des Bundes der Landwirte zu brechen und sie zu ersetzen durch die vom Hansabund vertretene gerechte, das heißt allen Gewerbeständen, einschließlich der Landwirtschaft, gleichermaßen gerecht werdende Wirtschafts- und Finanzpolitik. Es müssen die Steuern und Lasten unter allen Gewerbeständen nach Maßgabe des Vermögens und der Leistungsfähigkeit gleichmäßig verteilt werden. Große Kreise des deutschen erwerbstätigen Bürgertums und auch der Hansabund sind davon überzeugt, daß nur auf solcher Grundlage das verderbliche Ueberkaufen bürgerlicher Kreise zu staatsgegnerischen Parteien verhindert werden kann. Wenn das erwerbstätige Bürgertum jetzt, wo es vor die Entscheidung gestellt wird, versagt oder zaudert, wenn es seine eigene Sache im Stiche läßt, dann verdient es die Zurücksetzung, die es erfahren hat, und alles, was ihm dann seine zahlreichen Feinde noch in größerem Umfange auferlegen werden.“

### Bischof von Gené.

Ein naher Verwandter des Kardinals Kopp, dem selbst die zahmen christlichen Gewerkschaften ein Greuel sind, ist der hyperorthodoxe Bischof von Regensburg. Schon vor mehreren Monaten erregte er dadurch allgemeines Aufsehen, daß er in der bayerischen Reichstagskammer sich gegen das Streben der ärmeren Volksschichten nach größerer Anteilnahme an den heiligen Kulturgütern wandte und mit anerkannter Wertigkeit erklärte: „Wer Knecht ist, soll Knecht bleiben.“ Einen Satz, dem er, um zu zeigen, was er von den sogenannten sozialpolitischen Aufgaben der katholischen Kirche hält, die interessante Be-

## Eine politische Wette.

In der „Münchener Post“ lesen wir folgende lustige Geschichte: In einer Unterhaltung mehrerer Genossen über die polypartigen Bildungen der wirtschaftlichen und politischen Reaktion in Deutschland kam das Gespräch auch — wie selbstverständlich — auf den Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie und dessen Beziehungen zu den mehr oder minder gesinnungsrichtigen Interessierten der Presse. Dabei wurden die Unabhängigkeit wie die Charakterstärke und Intelligenz der Verlagsgesellschaft verschiedenartig beurteilt; und war man auch über die Leichtfertigkeit in der Wahl der Mittel zur Bekämpfung der Arbeiterschaft vollkommen einig, so teilten doch nur wenige die pessimistische Anschauung des Dr. G., der Jahn gegen Eins weiten wollte, daß eine Satire auf die Methode des Reichsverbandes und seines Predikanthängels von den Hütern deutscher Sitte und den Vertretern preussischer Intelligenz nicht nur nicht erlitten, sondern sogar als Kampfmittel gegen die Sozialdemokratie dankbar aufgenommen werden würde. Die Wette wurde abgeschlossen und Freund G. machte sich sofort an die Arbeit.

Die Frucht dieser Arbeit war die durch einen schwarz-weißen Umschlag gezielte Broschüre: „Warum ich kein Sozialdemokrat bin“, worin in sehr origineller Weise die plumpen Mittelchen der Verleumdung, der Verdrehung und Entstellung, mit denen wir bekämpft werden sollen, ad absurdum geführt werden. Schon das Lesen einiger Zeilen muß einem normal beschaffenen, nicht durch die rote Angst geistig-politisch minderwertig gewordenen Menschen die Eigenschaften der Broschüre als einer politischen Satire offenbaren. Allein der Umschlag genügte schon, einer Anzahl Blätter, darunter auch eines in der Stadt der Intelligenz, Blick und Sinn zu trüben.

Der Verfasser sandte nämlich zwölf mit seinem Namen und der Adresse eines fingierten Druckers versehene Exemplare an die Redaktionen folgender Blätter: Die „Post“, der „Reichsbote“ und „Germania“ in Berlin, „Allenstein Volksbote“, „Ermlandische Zeitung“, „Döpreußisches Tageblatt“ in Jüterburg, „Greifenberger Kreisblatt“, „Norddeutsche Presse“ in Neustettin, „Döpreußisches Volksblatt“ in Danzig, „Wiltaler Vot“ in Frontenhäusen, „Straubinger Tagblatt“ und „Augsburger Postzeitung“.

Der Verfasser hatte bei der Auswahl die Parität des Glaubensbekenntnisses und des geistigen Niveaus wahren wollen, indem er Zeitungen von der Sorte auswählte, von denen zwölf auf ein Duzend gehen. In Begleitung der zwölf Exemplare befanden sich ein Geleitbrief und ein Waschzettel, die also lauteten:

Wasing 6, München, den 2. Sept. 10.

Sehr geehrter Herr!

Die beifolgende keine Schrift:

„Warum ich kein Sozialdemokrat bin“

erlaube ich mir, Ihnen mit der Bitte zu übermitteln, sie in Ihrer geschätzten, stets für die Aufrechterhaltung der monarchischen und sittlichen Grundbedingungen des Staates eintretenden Zeitung einer kurzen Besprechung zu unterziehen, ev. die beifolgende Notiz zum Abdruck zu bringen.

Schon ein flüchtiger Blick auf das von mir sorgfältig verarbeitete und in langjähriger Tätigkeit zusammengetragene Material wird Ihnen den Beweis erbringen, daß meine Schrift wie kaum eine andere geeignet ist, der verheerenden, alle Grundlagen der menschlichen Gesellschaft zerstörenden Tätigkeit der Sozialdemokratie den Boden zu entziehen.

Sollte Ihr geschätztes Blatt und auch die anderen Zeitungen, an die ich mich mit dem gleichen Erlaube wende, meinem Wunsch nach einem Hinweis auf die Schrift bald entsprechen, so würde ich mich entschließen, allen, die es wünschen, insbesondere dem Reichsverbande zur Bekämpfung der Sozialdemokratie eine beliebige Anzahl von Exemplaren dieser Schrift entweder gratis oder zum Selbstkostenpreise zur Verfügung zu stellen, damit der Kampf zu den nächsten Reichstagswahlen jetzt schon begonnen werden kann.

In der Hoffnung, daß Sie meinem Wunsch recht bald entsprechen und mir einige Nummern Ihres Blattes, in dem sich die betreffende Notiz befindet, unter der Adresse Wasing bei München, postlagernd, zustellen, empfehle ich mich Ihnen.

Mit größter Hochachtung ergebenst

Dr. E. Gottfried.

### Notiz.

Warum ich kein Sozialdemokrat bin, besittelt sich eine und vom Verfasser Dr. E. Gottfried in Wasing bei München sechsen zugegangene Schrift, deren Inhalt besonders geeignet ist, neue Waffen gegen die Sozialdemokratie bei den nächsten Reichstagswahlen zu schmieden. In jahrelanger Tätigkeit hat der Verfasser in sorgfältigster Weise Material zusammengetragen und verarbeitet, um den Radikale zu erbringen, in welchem Maße die Sozialdemokratie eine Gefahr für die Monarchie, für aristokratische Weltanschauung und die Grundlagen einer sittlichen Weltordnung bildet. Die Schrift ist vom Verfasser gratis und franko (eine größere Anzahl zum Selbstkostenpreise) für diejenigen zu beziehen, die sich im Sinne des Verfassers an dem Kampfe gegen die Sozialdemokratie beteiligen wollen.

Eine Anzahl der obengenannten Zeitungen, darunter die protestantische „Norddeutsche Presse“ in Neustettin und der katholische Verdummungsmoniteur „Wiltaler Vot“ in Frontenhäusen — die Extreme berühren sich — brachten bereits am 6. und 8. September den famosen Waschzettel zur

Kenntnis ihrer armen Leser. Damit war der Beweis der Möglichkeit, alles in die bürgerliche Presse einzuschmuggeln, sobald es nur im Gewande eines Angriffs gegen die Sozialdemokratie auftritt, erbracht und die Wette halb gewonnen.

Aber nun kommt das Wunderbare!

Am 3. September waren die Redaktionen der „Post“, des „Reichsboten“ und der „Germania“ in Berlin im Besitze der Broschüre: „Warum ich kein Sozialdemokrat bin“ nebst Geleitbrief und Waschzettel. Am 7. September erhielt der Verfasser diesen Brief des Reichswahrheitsverbandes:

Reichsverband gegen die Sozialdemokratie

Hauptstelle.

Berlin SW. 11, den 7. Sept. 1910,

Deffauer Str. 30.

Dikt.: Sob. Geschr.: G.

Herrn Dr. E. Gottfried,

Wasing bei München postlagernd.

Sehr geehrter Herr!

Wir wären Ihnen zu Dank verpflichtet, wenn Sie die Güte hätten, uns etwa 3 Exemplare Ihrer Schrift „Warum ich kein Sozialdemokrat bin“ möglichst ungehindert zugehen zu lassen.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Die Hauptstelle des

„Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie“.

Dr. Ludwig.

Vier lange Tage, das ist nun festgestellt, genügen nicht, um den reaktionären Zeitungsredaktionen in der Stadt der Intelligenz den offensichtlichen Charakter einer gegen sie selbst gerichteten Satire zu offenbaren. Im Gegenteil, eine der drei genannten Redaktionen, wir wissen nicht welche, hält die Satire für ein so vortreffliches Kampfmittel gegen die Sozialdemokratie, daß sie ihr einziges Exemplar dem Reichsverband übermittelte. Oder haben vielleicht alle drei Redaktionen das selbe getan?

Der Reichsverband aber — par nobilo fratrum — bestellt schleunigst fünf weitere Exemplare. Also war die Wette auch nach dieser Richtung hin gewonnen.

Die Verbindung der Presse mit dem Reichsverbande war bewiesen.

Die Schrift aber — ihr Verfasser ist Dr. phil. Siegfried Ehardt —, die solche Wunder vollbrachte, ist nun im Verlage von G. Vitz u. Co. m. b. H. in München zum Preise von 50 Pf. erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen. Sie kann aufs beste empfohlen werden, da sie in meisterhafter Weise das in Deutschland noch wenig bearbeitete Gebiet der politischen Satire bearbeitet und unseren Lesern nicht nur eine heitere Stunde bereitet wird, sondern ihnen auch das gesamte Rüstzeug des Reichswahrheitsverbandes als wurmfestiges Gerümpel vorführt.

merkung hinzuzufügen: „Das Christentum hat sich jahrhundertlang nicht mit der sozialen Frage beschäftigt.“

Diese Aufrichtigkeit hat selbst in streng-katholischen Blättern Anklang erregt, und so hat sich am letzten Sonntag der Herr Bischof von Heile veranlaßt gefühlt, seinen Worten in einer katholischen Arbeiterversammlung eine Art Interpretation zu geben. Er behauptete, seine Gegner hätten ihn größtenteils mißverstanden, und meinte:

„Was ist zu dieser Gegnerschaft zu sagen? Die Schrift mahnt den Hochvertrauen, Mitleid zu haben mit den Unwissenden und Irrenden. Dieses Mitleid habe ich auch, aber das darf mich nicht bestimmen, der Wahrheit ins Gesicht zu schlagen. Was ich gesagt habe an einem bestimmten hervorragenden Orte, das würde ich wieder sagen, wenn ich es wieder sagen müßte, und ich würde es auch sagen auf meinem Totenbette.“

Wenn er von der früheren Nichtbeschäftigung der katholischen Kirche mit der sozialen Frage gesprochen habe, so habe er damit natürlich nicht sagen wollen, das Christentum sei jahrhundertlang nicht tätig gewesen, sondern nur, daß es sich nicht mit dem beschäftigt habe, was man heutzutage unter dem Ausdruck „die soziale Frage“ versteht. In diesem Sinne verstanden, wäre sein Ausspruch aber völlig richtig:

„Hochgebildete Männer, Männer von Wissenschaft und Sachkenntnis, selbst solche, welche meiner Konfession nicht angehören, was ich mit besonderer Bemächtigung begrüße, haben mich verstanden und mich gedankt; ebenso haben mich verstanden die hochgebildeten Herren in Berlin, die in München-Bladtach und alle die achtzehntausend katholischen Arbeiter meiner Diözese.“

Wir müssen in diesem Punkt der Ansicht des Bischofs von Regensburg zustimmen. Tatsächlich hat erst die sozialistische Bewegung die katholische Kirche in Deutschland dazu veranlaßt, sich mit der sozialen Frage zu befassen und in Sozialpolitik zu machen.

### Der Protest gegen das System Noabitz.

Dresden, 11. Oktober.

In drei überfüllten Massenversammlungen protestierte heute abend die Dresdener Arbeiterschaft gegen die Polizeiaktionen in Noabitz, die verlogenen Darstellungen der bürgerlichen Presse und die reaktionären Nachschichten, die im Anschluß an die Polizeiergreifung ins Werk gesetzt wurden. Die Referate der Genossen Dübell, Fleißner und Sindermann wurden mit stürmischem Beifall aufgenommen. Oft gaben die Versammlungen in impulsiver Weise ihrer Entrüstung über die polizeiliche Mordarbeit in Noabitz Ausdruck. Eine kampfeslustige Stimmung befeuerte die versammelten Massen. Einstimmig wurde eine scharfe Protestresolution angenommen.

### Das Polizeijuwel Vornsiens.

Die Leistungen der Polizei in Halle sind in den letzten Wochen wiederholt besprochen worden, da durch sie der herrschende Kurs sehr deutlich zum Ausdruck kommt. Aus der Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins dortselbst ging sie in die Mitgliederversammlungen, die für einen engeren Kreis bestimmt waren. Damit nicht genug, störte und überwachete sie gewerkschaftliche Mitgliederversammlungen und nun dringt sie bereits in kleine Distriktszusammenkünfte des Sozialdemokratischen Vereins, überwachend diese und löst sie auf! Nachdem die Abhaltung von Mitgliederversammlungen ohne polizeiliche Störung dem Verein unmöglich gemacht, berief er 21 Distriktszusammenkünfte ein, in denen Bericht vom Parteitag erstatet und dessen Stellungnahme zu den verschiedenen Parteifragen diskutiert werden sollte. Diese Versammlungen wurden nun teils überwacht, teils aufgelöst, teils nur bespitzelt und teils überhaupt nicht polizeilich behelligt. Gründe für ihr Verhalten gibt die Polizei nicht mehr an, die Organisationen der Arbeiter in Halle sind demnach einfach der Polizeidiktatur überlassen, bis die eingereichten Beschwerden auf unständlichem Rechtsweg erledigt sind. Das ist angesichts der gar nicht mühevollen Bestimmungen des Reichsvereinsgesetzes und der Entscheidungen höchster Gerichte einfach ein Skandal. Es zeigt sich hier wieder einmal, daß in Preußen jeder Staatsbürger — vor allem aber, wenn er Proletarier ist — wehrlos der Polizeigewalt untersteht. Ein Zustand, wie er in einem Staate des Faustrechts, nicht aber in einem Kulturstaate möglich ist.

Um den Magistrat von Halle zur Stellungnahme zu dem unerbörten polizeilichen Vorgehen zu veranlassen, hatten unsere Genossen im dortigen Stadtparlament eine Interpellation eingebracht. Der „freistimmige“ Oberbürgermeister Dr. Rabe, der auch Polizeichef ist, verschlang sich hinter Kompetenzbedenken und schwankte vor den bürgerlichen Stadterordneten den roten Lippen so eifrig, daß diese die Interpellation nicht einmal zur Begründung zuließen. Die bürgerlichen Kommunalgrößen bewilligen wohl alljährlich für „ihre“ städtische Polizei etwa eine Million Futtergelder, aber was die Böbliche tut, geht sie nichts an. So wollen sie es selbst.

### Staatssekretär v. Lindequist abgetan?

Kaum, daß Herr v. Lindequist sein Amt als Staatssekretär des Reichskolonialamtes angetreten hat, kommt auch schon die Nachricht von seinem Rücktritt. Die „Hamburger Nachrichten“ wissen nämlich zu melden, daß der momentan in einem südfranzösischen Badeort weilende Staatssekretär so schwer leidend ist, daß es ihm vielleicht überhaupt nicht mehr möglich werde, für die Dauer der anstrengenden Tätigkeit in seinem Amte gewachsen zu sein.

### Der beleidigte Militarismus.

Das Urteil im Prozeß gegen den Leutnant a. D. Gram in Stuttgart über die Verhandlungen berichtet wir in Nr. 236, 8. Beilage unter der Überschrift „Ein Offizierprozess“ ist ausgefallen, wie es trotz allem, was wir über die Militarisierung unserer Justiz wissen, trotz allem, was wir schon an unbegreiflichen Urteilen erlebt haben, doch nicht zu erwarten war. Der Angeklagte Gram ist wegen Beleidigung zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt worden! Trotz des gravierenden Beweismaterials, das er über die unwürdige Art und Weise, wie der Hauptmann Keller die Soldaten behandelte, vordrachte!

Indes, es bleibt bei den Worten unseres Urteils vom Sonntag: „... Doch mag es (das Urteil) ausfallen wie es will, darüber täuschen sich wohl weder Ankläger noch Richter, daß der Militarismus eine fürchterliche Niederlage erlitten hat.“

### Die Eisenbahndirektion Essen

sendet uns folgendes Schreiben:

Essen, den 11. Oktober 1910.

Unter Bezugnahme auf die in Nr. 293 Ihrer Zeitung vom 5. Oktober 1910 enthaltene Notiz „Die geplünderte Eisenbahndirektion“ eruchen wir gemäß § 11 des Reichspressgesetzes vom 7. Mai 1874 um Aufnahme folgender Berichtigung:

1. Es ist unzutreffend, daß die Eisenbahndirektion Essen wegen einer Schlägerei von einem böhmer Rechtsanwalt wiederholt und eindringlich gemahnt worden sei.

2. Es ist unzutreffend, daß der Rechtsanwalt, weil die Eisenbahndirektion nicht zur Zahlung zu bewegen gewesen sei, einen Gerichtsbescheid geschickt habe, der mit Rücksicht auf die

trotzdem weiterhin erfolgte Zahlungswelgerung zur Pfändung hätte schreiten müssen, und daß dem endlich Zahlung erfolgt sei.

3. Es ist unzutreffend, daß derselbe Rechtsanwalt wegen einer weiteren Forderung nochmals gegen die Eisenbahndirektion denselben Weg habe wählen müssen, ehe er zu dem Gelde habe kommen können.

Dr. Siebach.

Unser Mitarbeiter, der uns die Notiz sandte, gegen die sich die Eisenbahndirektion Essen wendet, wird sich zu der Berichtigung äußern.

### Oesterreich.

#### Wieder eine Nachwahl in Nordböhmen!

In Wien ist der Reichsratsabgeordnete des unmittelbar an der sächsischen Grenze liegenden hochindustriellen Bezirkes Barnsdorf, der Rechtsanwalt Dr. Anton Bergelt, verstorben. Dieser „Deutschfortschrittliche“ war einer jeder österreichischen Spezialpolitiker, für die es außer dem nationalen Streit um Amtstafeln, Beamtenstellen und die Gerichtssprache absolut nichts mehr gibt. Als Erwählter der deutschböhmerischen Bourgeoisie bekämpfte Bergelt auf das wütendste und mit allen nur aufzubringenden Mitteln die Reform von 1908, die das allgemeine, gleiche Wahlrecht brachte. Dank einem beispiellosen Fabrikantenterrorismus, der an Stimmenkauf und Wahlbündigung das höchste leistete, gelang es bei den Wahlen von 1907 Bergelt in der Stichwahl gegen unseren Bernerstorfer durchzubringen, da auch die christlichsozialen und die Stimmen eines halbverrückten Eigenbrödlers für Bergelt abgegeben wurden. Es gibt also jetzt eine Nachwahl, und unsere Genossen werden jetzt nach der Schlappe von Gablonz sicher alles aufbieten, um das Mandat dieses Industriebezirkes der Arbeiterpartei zu gewinnen. Der Kampf wird außerordentlich heftig werden, denn die Ausbeuter werden weder an Terrorismus noch an Geld sparen, um die Arbeiter wieder um ihre Vertretung zu bestehlen. Die gelbe Verleumdungspropaganda der „deutschnationalen Arbeiter“ wird ebenfalls eifrig zeigen wollen, daß sie sich das Unternehmervergeld nicht schenken lassen.

#### Der Kampf gegen die Teuerung.

Die Demonstration der 300 000 in Wien am 2. Oktober hat überall die Arbeitermassen auf die Straße geführt. In den letzten Tagen gab es besonders große Meetings unter freiem Himmel und Demonstrationen in Reichenberg, Innsbruck und St. Pölten. Das Bürgertum beteiligt sich nirgends an den Kundgebungen, obwohl auch die Hausfrauen und Beamtenvereine unausgesetzt über die Teuerung und die Obstruktion der Regierung gegen jede Abhilfe klagen. Der demokratische Abgeordnete Dr. Ofner-Wien bezeichnete öffentlich die Verteilung der Bürgerlichen an der Wiener Kundendemonstration als kläglich.

#### Eröffnung der Delegationen.

Wien, 12. Oktober. Heute nachmittags 3 Uhr erfolgte die Eröffnung der ungarischen Delegation; um 4 Uhr wurde auch die österreichische Delegation eröffnet. Die Kriegsverwaltung fordert im Budget 336 Millionen Kronen für die ordentlichen und 8 Millionen Kronen für die außerordentlichen Erfordernisse sowie 8 Millionen Kronen für die außerordentlichen Erfordernisse der Truppen in Bosnien und der Herzegovina. Das ergibt im ganzen einen Mehrbetrag von 12 Millionen Kronen gegen das Vorjahr.

Die Regierung hat den Delegationen ein Rotbuch zugehen lassen, das alle diplomatischen Aktstücke über die Annexion Bosniens und der Herzegovina enthält.

Gegen den Verfassungsbruch, den die Regierung durch die Einberufung einer Delegation mit erloschenem Mandat beging, werden unsere Genossen in der Delegation formell Protest erheben und außerdem an der Bureauwahl nicht teilnehmen. Der vorjährige, nun wieder aufgestellten Delegation gehören an die Reichsratsabgeordneten Seliger und Remec-Böhmen, Schuhmeier-Niederösterreich und Refel-Steiermark.

Wien, 12. Oktober. Zu Beginn der Sitzung der österreichischen Delegation legte Abg. Seif (Soz.) namens der Sozialdemokraten einen energischen Protest gegen die Ungeheuerlichkeit dieser Delegation ein unter Hinweis auf den Wortlaut der österreichischen und ungarischen Verfassungen. Die Sozialdemokraten würden die Beschlüsse dieser Delegation als ungültig betrachten und im Abgeordnetenhaus hieraus die Konsequenzen ziehen. Krasmay (Jungtscheche) erklärte namens der slavischen Union, es wäre im Interesse der Verfassungsmäßigkeit des gesamten staatlichen Lebens wünschenswert gewesen, daß die Regierung den Reichsrat zur Wiederwahl der Delegation aufgefordert hätte. Alterspräsident Freiherr v. Tschilars sprach die Ansicht aus, daß die Befehlshaber der Delegationen nach dem Wortlaut des österreichischen Gesetzes keinen berechtigten Zweifel begegnen könnte. Die Delegation wählte zum Präsidenten v. Glominski und zum Vizepräsidenten Dr. Varenreither.

#### Gegen die deutschen Schiffsabgaben.

Wien, 12. Oktober. Im Einlaufe der österreichischen Delegation befindet sich eine Interpellation Czner über die Abgabefreiheit der Elbschiffahrt. Darin wird auf die Erklärung des Handelsministers Weisfirchner hingewiesen, daß die österreichische Regierung für irgendwelche Zugeständnisse, die die volle Freiheit der österreichischen Elbschiffahrt berühren, nicht zu haben sein werde, sowie auf den Beschluß des österreichischen Abgeordnetenhauses vom 4. März 1910, in dem gegen die Erhebung von Abgaben auf der Elbe entschieden Stellung genommen und die gemeinsame Regierung gefragt wird, ob sie die Anschaffung der österreichischen Regierung und des österreichischen Abgeordnetenhauses teile und entschlossen sei, für die Aufrechterhaltung der bisherigen Abgabefreiheit der Elbschiffahrt rückhaltlos einzustehen.

#### System Wienerh.

In den Bezirken Teplitz, Aussig und Leitmeritz werden seit einigen Wochen alle Versammlungen des Vereins „Freie Schule“ völlig grundlos und rechtswidrig aufgelöst. In Leitmeritz ist nämlich seit einigen Monaten ein von den Deutsch-freiwirtschaftlichen“ bejubelter neuer Bischof, der Erzherzogliche Dr. Groß, in übertriebener Tätigkeit.

Das Kreisgericht Leitmeritz verurteilte einen Arbeiter zu zwei Wochen strengen Arrest (Gefängnis ohne Selbstbefreiung), weil er vor einem katholischen Pfarrer, der mit den Jeremonten beim Begräbnis eines Mitarbeiters des Angeklagten noch gar nicht begonnen hatte, den Hut nicht abnahm und auf den Befehl des Pfaffen erwiderte: „Vor Ihnen nicht!“

Bei den nationalen Ausgleichsverhandlungen in der nationalpolitischen Kommission des böhmischen Landtags erklärte der Statthalter Graf Coudenhove zu einem jungtschechischen Antrag auf Einführung des allgemeinen, gleichen, proportionalen Wahlrechts, daß die Regierung dies unbedingt verwerfe. (1)

### Frankreich.

#### Eine Versöhnungsrede Briands.

Paris, 12. Oktober. Gestern abend fand ein Bankett des republikanischen Komitees für Handel und Industrie statt, an dem etwa 3500 Personen teilnahmen, darunter die meisten Minister und zahlreiche Parlamentarier mit den Präsidenten des Senats und der Kammer an der Spitze.

Ministerpräsident Briand hielt eine Rede, worin er u. a. sagte, er glaube, immer das Vertrauen der Republikaner verdient zu haben, auf die er in den gegenwärtigen schwierigen Zeiten und am Vorabend des Wiedergesammentritts des Parlaments müsse zählen können. Sein Ministerium habe stets verkündet, daß es mit der republikanischen Partei eine nationale republikanische Regierung verwirklichen wolle. Er habe die Unterstützung der Rechten nicht gesucht, über sein Programm niemals Zweifel gelassen und in der Kammer offen erklärt, auf welche Mehrheit er sich zu stützen gedenke. Daher werde er nicht gestatten, daß man ihn zu Rechten dränge, vielmehr werde er an dem Tage sein Amt niederlegen, an dem sich seine Freunde von ihm trennen sollten. Er habe niemals davon gesprochen, daß die Republikaner die Waffen niederlegen sollten. Die Hoffnung, die Rechte werde die Waffen niederlegen, habe er in einer Zeit, wo eine Kampagne gegen das parlamentarische Regime und die republikanischen Einrichtungen geführt werde, um sie zu diskreditieren, niemals gehabt. Er habe dem Lande gesagt, die Republik sei das Regime der Gerechtigkeit und Freiheit für alle und eben, und hinzugefügt, das Reformprogramm könne nur mit Hilfe der Republikaner verwirklicht werden. Diese hätten sich um die Regierung sparen müssen; statt dessen hätten einige sie bekämpft. Dann hätten die Gegner seine Worte, die in das Herz des Landes gedrungen seien, für sich aufgenommen. Das ist die Zweideutigkeit, unter der wir heute leiden.

Alle Handlungen seines politischen Lebens seien auf Wahrung der Rechte des Staates gegenüber der Kirche gerichtet gewesen. Er verfidere dem Parlament und dem Lande, die Regierung werde unerschütterlich auf diesem Standpunkt verharren. „Wir haben jetzt“, fuhr Briand fort, „ein neues Werk zu vollenden. Das ist zunächst die Wahlreform, sodann das Beamtenstatut, die Dezentralisation der Justizverwaltung und die Steuerreform auf der Grundlage der Gleichheit und Gerechtigkeit. Sie müssen den Arbeitern ein Mittel an die Hand geben, aus dieser sieberhaften, gefährlichen und heunruhigenden Erregung herauszukommen, die das Land in jedem Augenblick in Angst versetzt, die die Regierung im Interesse ihrer Autorität zu Mahregeln treibt, die ihr so schmerzhaft sind, daß nur die stärksten Gewissensgründe sie dazu bestimmen können. Sie müssen ferner den Schlichtern die Rechtsstellung der juristischen Persönlichkeit geben. Das alles müssen Sie tun, und Sie bringen Ihre Zeit damit hin, die Regierung zu verdrängen. Ich für meine Person bewahre mein Vertrauen zur Republik.“ Der Redner schloß mit einem Hoch auf eine republikanische Regierung des Fortschritts, der Ordnung und Sicherheit, der Gerechtigkeit und Freiheit für alle. (Beifall.)

### Portugal.

#### Neue Kämpfe?

Lissabon, 12. Oktober. Ministerpräsident Canalejas teilte den Journalisten mit, daß heute keine neuen Meldungen aus Portugal eingetroffen seien. Die Drahtverbindungen seien neuerdings unterbrochen.

Der „Geraldo“ erhielt eine Funkenmeldung, wonach ganz Lissabon in Rauch eingehüllt sei, was zu phantastischen Kommentaren veranlaßt.

#### Regierungsmassnahmen.

Lissabon, 11. Oktober. Die Regierung plant einen Erlass über die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht. (Bisher konnten die Weibenden sich von der Wehrpflicht loskaufen.) — Die monarchistischen Zeitungen erscheinen wieder, ihre Sprache ist gemäßigter, einige erkennen die Republik an. Gegen den Herrlichen Parteiführer, den Priester Courzens Ramos, ist ein Haftbefehl ergangen. — Polizei und Municipalgarde sind nach den alten Grundsätzen neugebildet worden. Zahlreiche Municipalgardeisten, die bei der Revolution das Königtum verteidigt haben, wurden wieder eingestellt. Die höheren Offiziersstellen der auf dem Tejo liegenden Kriegsschiffe sind neu besetzt worden.

#### Manuel geht nach England.

London, 11. Oktober. Die dem Reuterschen Bureau aus Gibraltar gemeldet wird, daß König Georg heute abend Befehl gegeben, daß die königliche Yacht „Victoria and Albert“ nach Gibraltar abgeht, um König Manuel und Königin Amelia an Bord zu nehmen.

### Spanien.

#### Neue Kämpfe in Marokko?

Madrid, 12. Oktober. Amisday verläutet aus Melilla: Auf den umliegenden Anhöhen werden die bekannten Feuersignale der Rabblen gesehen. Gleichzeitig erhält „El Mundo“ die Meldung: gestern früh sei eine ganze Kolonne unter Führung des Oberbefehlshabers von Melilla, General Alaba, gegen die Positionen Jazama ausgerückt.

Es scheint fast, als wolle Herr Canalejas versuchen, die allgemeine Unzufriedenheit und die drohende Revolution durch einen Krieg nach außen abzuwenden.

Madrid, 11. Oktober. In der Deputiertenkammer erklärte der Sozialist Iglesias: die Sozialisten würden sich einem neuen kriegerischen Vorgehen Spaniens in Marokko mit allen Mitteln widersetzen. Ministerpräsident Canalejas antwortete: man müsse dem Weg folgen, den alle zivilisierten Völker einschlagen, und sich bemühen, die Zivilisation selbst mit Gewalt zu verbreiten. (1)

### Balkan.

#### Rein türkisch-griechisches Akreta-Abkommen.

Konstantinopel, 11. Oktober. Offizielle Kreise erklären, aber die Nachricht des „Jeune Turc“ von der Andahung einer Verständigung mit Griechenland nichts zu wissen.

#### Ministerwechsel in Griechenland.

Athen, 13. Oktober. Das Kabinett hat seine Demission gegeben. Man glaubt, daß Venizelos mit der Bildung des neuen Kabinetts betraut werden wird.

# Gewerkschaftliches.

## Eine Nachtzeichnung nützlicher Elemente.

Während in Brake die Hasen-, Holzplatt- und Fischerei-Arbeiter im Streik stehen, um einige Fennige Lohnerhöhung zu erzielen, wendet der Arbeitgeberverband alle Mittel an, um die Arbeiter niederknien zu lassen. Agenten sind beauftragt und bereit, die notwendigen „nützlichen Elemente“ zu liefern. Circa 300 Mann dieser Arbeitswilligen sind denn auch nach Brake transportiert. Unter allerlei falschen Vorwänden kamen auch Leute nach dort, welche sich nicht als Streikbrecher gebrauchen lassen wollten. Sie reisten natürlich wieder ab. Einer dieser Leute schreibt nun an die Streikleitung folgenden Brief:

Essen, den 1. 10. 1910.

Werte Kollegen!

Sin in Essen gut angekommen; höre zu meinem Erstaunen, daß Donnerstagsabend, den 29. 9. 1910 wieder 70 Mann nach dort gebracht sind. Als Führer waren wieder tätig der entlassene Schuhmann Jakob Delling und der Gelegenheitsarbeiter Joh. Buschmann. Diese Elemente such dort zu schildern ist der Zweck meines Schreibens.

Adolf Deyberg, der voriges Jahr 720 Mann per Mann 106 M. nach Mailand an die dortige Glasfabrik verkaufte, betrug 300 Arbeiter um je 85 M. Er nahm den Leuten 30 M. für die Rückreise ab. Diese kostete aber nur 21 M. Dann betrug er die Leute um 5 Tage à 5 M. Die weiteren Leute betrug er um 9 M. Jahrgeld und 20 M. Prämien.

Die Betrügler sind bei der Staatsanwaltschaft zur Anzeige gebracht und schwebt dieserhalb das Strafverfahren hier in Essen. Weiter verleiht er seinen Kontrolleur Prato in Kiel, wo er im Jahre 1909 Arbeiter zur Straßenreinigung vermittelte, Trinkbecher, die der Stadt Kiel gehörten, zu stehlen. Diese gestohlenen Trinkbecher befinden sich bei dem ehemaligen Schuhmann Delling. Wegen diesen Delling schweben ebenfalls Straffachen wegen Kartoffelbstahl und wegen Betrug der Eisenbahn, durch die er Leute auf Bahnsteigkarten mit ins Streikgebiet beförderte. Wegen Johann Buschmann schwebt ein Verfahren wegen Straßenraub, begangen an einer wehrlosen Frau, der Buschmann 12 M. abnahm. Rehmacher befindet sich mit den Gebrüdern dort. Aus welcher anständigen Familie diese sind, geht daraus hervor, daß sich ein Bruder von ihnen wegen Zuhälterei im Arbeitshaus befindet und eine Schwester das Gewerbe der Inzucht betreibt. Hüfer, der auch dort ist, betreibt hier das Gewerbe eines Hundehändlers, außerdem beherbergt er Gefindel, das sehr viel mit der Sicherheitsbehörde zu tun hat. Buschhorn ist auch ein entlassener Polizeibeamter, der wegen seiner sittlichen Führung nicht mehr zu gebrauchen war.

Mit Gruß

Dieser Brief spricht Bände und zeigt, daß wir es mit einer wohlorganisierten Streikbrechergarde zu tun haben. Der Leiter des Ganzen, ein ehemaliger Schuhmann, welcher sicher als solcher Thron und Altar zu schätzen berufen war, beschützt jetzt mit Zuhältern, Dieben und sonstigem Gefindel das Kapital gegen im Kampfe um ihre Existenz stehende ehrliche Arbeiter. „Mehr Schutz den Arbeitswilligen“, so lönt es jetzt wieder aus den Spalten sämtlicher reaktionären Zeitungen. Es ist mehr wie Ironie. Leute, die sich von Dirnen ernähren lassen, die von der Polizei ins Arbeitshaus gesteckt werden, weil sie mit der Arbeit auf gespanntem Fuße leben, die nur hin und wieder arbeiten, um der Behörde gegenüber Arbeit nachweisen zu können, erfreuen sich des Schutzes der Behörden, nur weil sie außer ihrer sonstigen Tätigkeit gewerkschaftlich Streikbruch verüben. Heute als Zuhälter von der Polizei gesucht, morgen als Kleinod gehütet und geschützt im Interesse des Kapitals, bedürfen diese Menschen nach Ansicht der Reaktionen noch mehr als bisher des polizeilichen Schutzes. Schutzleute, von den Behörden davon gesagt, werden von noch im Dienst stehenden Schutzleuten geschützt, wenn sie Streikbrecherkolonnen organisieren und Aufruhr, Mord und Totschlag überall dahin bringen, wo sie mit ihren Sturmkolonnen erscheinen. Mancher ehrlicher Arbeiter wandert ins Gefängnis, nur weil er solche Vorküsse schief ansieht, oder aber sich seiner Haut wehrt, wenn er von diesen angefallen wird.

Wir haben es herrlich weit gebracht!

### Nachmal Friedrich Hingé, Streikbrecherlieferant engros.

Aus Sachlen wird uns geschrieben: Hingé dramatisierte damit, daß er jeden Streik breche, und daß ihm in Sachlen nur einige Streiks deshalb verloren gegangen seien, weil sich die Polizei zu schlapp zeigte. Diese sible Nachrede dürfte außer Hingé wohl kein Mensch der sächsischen Polizei anhängen. Rein die Schlappheit der Polizei bereitet nicht die Streikbrecherabsicht des Hingé. In Plauen gingen z. B. die Streikbrecherdienste des Hingé deshalb fehl, weil mit seiner Garde wirklich keine Kausierarbeiten zu machen waren. Hingé erzählt ja auch von seinen Mannen, daß sie alle Arbeiten verrichten. Da kann man sich denken, welche Dienste die Hingéschen Erdarbeiter den Kartomogefabrikanten in Plauen leisteten. Das war denn auch gar nicht ihr Zweck; sie wollten nur Kravalle anstellen. Die Fabrikanten und die Polizei waren denn auch schließlich zufrieden, als sie diese unheimliche Gesellschaft los waren.

Die vielsäufige dieser Hingé aber in seinem Handwerk ist, dafür diene noch folgender charakteristischer Vorgang: Beim Streik in Plauen waren ebenfalls des Abends Menschenaufkäufe. Am Abend des 28. Februar 1910 ging es etwas stürmisch zu, ohne daß es jedoch zu Ausschreitungen kam. Diese Gelegenheit wurde zu dem Versuch benutzt, den belommenen Führer des Streiks, den Bezirksleiter Genossen Pfüge vom Buchbinderverband, unschädlich zu machen. Pfüge wurde beschuldigt, gerufen zu haben: „Wieder mit den Streikbrechern“, „stecht die Hunde nieder!“. Dabei konnte Pfüge nachweisen, daß er am fraglichen Abend gar nicht in Plauen anwesend war. Und wer war derjenige, der die Anklage veranlaßt hatte? Fritz Hingé, dieses dem Staate so nützliche Element!

Berlin und Umgegend.

### Tarifabschluss der Rohrleger.

Unter dem Namen „Schutzverein der Arbeitgeber im Rohrlegergewerbe Groß-Berlin“ hat sich eine neue Unternehmerorganisation gebildet. Bekanntlich steht der Diesenthaltsche Verband mit der alten Rohrleger-Unternehmerorganisation im Tarifverhältnis, an welchem sich der Deutsche Metallarbeiterverband nicht beteiligt hat. Vor kurzem ist die neue Unternehmerorganisation mit dem Deutschen Metallarbeiterverband in Verhandlungen gewechselt, um einen Tarifvertrag abzuschließen. In der beiderseitigen Verhandlungskommission ist ein Tarifentwurf vereinbart worden, den heute am Dienstag einer Mitgliederversammlung der im Deutschen Metallarbeiterverband organisierten Rohrleger und Helfer unterbreitete. Wie der Referent mitteilte, stimmt der Entwurf im wesentlichen mit dem Vertrage von 1908 überein und ist in mancher Hinsicht für die Arbeiter günstiger als der Diesenthaltsche Vertrag. Die hauptsächlichsten Bestimmungen des Vertragsentwurfs sind: neunstündige Arbeitszeit, Mindestlohn von 72½ Pf.

für Rohrleger; doch kann für solche unter 21 Jahren ein geringerer Lohn, aber nicht unter 67½ Pf. gezahlt werden. Der Mindestlohn für Helfer beträgt 55 Pf. (Im Diesenthaltschen Vertrage sind die Löhne für Rohrleger auf 70, für Helfer auf 52½ Pf. festgesetzt und steigen erst am 1. April 1911 um 2½ Pf., auch können bei Arbeiten, die nicht auf Bauten ausgeführt werden, 2½ Pf. weniger gezahlt werden.) Ferner bestimmt der Entwurf, daß Jahrgeld bei Arbeiten außerhalb der Postgrenze, sowie für Jahr- und Bauzeit mindestens eine Stunde vergütet wird. Bei Landarbeiten wird ein Zuschlag von 3 M. bzw. 3,50 M. pro Tag gewährt. Bei Akkordarbeiten wird der festgesetzte Lohn garantiert. Der Akkordüberschuss wird, entsprechend dem Lohn und der Beteiligung, an alle Teilnehmer gleichmäßig verteilt; der leitende Monteur erhält außer seinem Anteil 10 Proz. vom Uberschuss. Ueberstunden dürfen nur in Notfällen gemacht werden und sind mit 25 Proz. Nacharbeit ist mit 50 Proz. Zuschlag zu bezahlen. Der Vertrag soll bis zum 31. März 1913 gelten. Dieser Ablauftermin ist von den Unternehmern deshalb gewünscht, weil sie dem Kartell der Bauarbeiter angehören und deshalb dieselbe Tarifdauer für zweckmäßig halten, welche die Bauarbeitertarife haben. — Der Tarifentwurf hat bereits die Zustimmung einer Vertrauensmännerkonferenz gefunden, die ihn auch der Mitgliederversammlung zur Annahme empfiehlt.

Nachdem sich die Versammlung ohne Debatte im Prinzip für den Abschluss eines Vertrages mit der neuen Unternehmerorganisation erklärt hatte, wurden die einzelnen Paragraphen zur Diskussion gestellt. Schließlich nahm die Versammlung den Entwurf unbedeutend an und beauftragte ihre Kommission, den Abschluss mit dem Schutzverein der Arbeitgeber zu vollziehen.

Die Arbeiter der Betonbaubranche, die Zementierer, Einschaler und Hilfsarbeiter, versammelten sich am Dienstagabend im „Gewerkschaftshaus“, um Stellung zu nehmen zu dem am 3. Oktober gefällten Schiedspruch des Einigungsamts. Der Schiedspruch betraf Differenzen über die neunstündige Arbeitszeit und die Bezahlung der Zuschläge für die Ueberstunden. Die Unternehmer hatten verlangt, daß die Betonmasse, die bis Feierabend angemischt war, noch verarbeitet werden müsse, ohne daß die notwendigen Ueberstunden Zuschläge verlangt werden dürften. Die Arbeiter aber sagten, die Ueberzeit beginne um 6 Uhr, nach dem Ablauf der neunstündigen Arbeitszeit, und sie betrachteten das Vorgehen der Unternehmer als ein System zur Verlängerung der Arbeitszeit.

Der Schiedspruch lautete:

„Nach dem Sinne des Tarifvertrages vom 15. Mai 1910 sollen die Misch- und Fördermaschinen nur so lange arbeiten, daß regelmäßig die geforderte Betonmischung während der vertraglichen Arbeitszeit verarbeitet werden kann.“

Die protokolllarische Erklärung zum § 3 des Vertrages: „Unter Ueberstunden ist gebrauchsmäßig die Zeit nicht zu verstehen, welche durch die Ausrüstung der bereits bis zu Feierabend angemengten Betonmischung aufgewendet wird“, besteht zu Recht. Sie ist aber nur für Ausnahmefälle in Anwendung zu bringen. Diese Erklärung ist deshalb wie folgt auszuliegen: Die Arbeiter sind verpflichtet, das trotz sachgemäßer, dem Tarifvertrage entsprechender Anordnungen etwa übrigbleibende Material über die im Tarifvertrage festgesetzte Arbeitszeit hinaus ohne Zuschlag zu bearbeiten.“

Soweit der Schiedspruch, den Haese den Versammelten erläuterte: Der Standpunkt der Arbeiter, daß die regelmäßige Arbeitszeit im Gewerbe nicht über neun Stunden betrage, dürfe nicht erschüttert werden. Wenn die Arbeiter daran festhielten, was im ersten Teil des Schiedspruchs anerkannt worden ist, so würde sich von selbst daraus ergeben, daß die Unternehmer für Ueberstunden den tarifmäßigen Zuschlag bezahlen. Wo das nicht geschähe, sollte der Organisationsleitung davon Nachricht gegeben werden. Es sei Sache der Arbeiter, auf treite Einhaltung der Bestimmungen des Tarifs, auch in bezug auf die Löhne, zu achten. Die Diskussion bewegte sich im Sinne dieser Ausführungen. An dem Schiedspruch wurde vielfach bemängelt, daß die Entscheidung nicht klar genug sei. Die systematische Verlängerung der Arbeitszeit würde man sich jedenfalls nicht länger gefallen lassen.

### Der Streik der Rohrer.

Wie am Mittwoch in der Versammlung der Rohrlersektion berichtet wurde, ist eine Änderung in der Lage des Streiks nicht eingetreten. Die Rohrer stehen vollzählig im Streik, und noch kein einziger ist wandend geworden. In ganz vereinzelt Fällen ist es den Unternehmern gelungen, einige Streikbrecher zu bekommen, die unter polizeilicher Bedeckung ihre Tätigkeit als „nützliche Elemente“ entfalten. Von einer besonders eifrigen Betätigung der Polizei wurde von einem Bau in der Hochstädterstraße berichtet. Im allgemeinen liegt die Situation so: Die Unternehmer haben dringende Arbeiten. Einige Unternehmer haben um Zuweisung von Arbeitskräften ersucht und sich bereit erklärt, alles zu bewilligen und den Vertrag zu unterschreiben. Die Organisation der Arbeiter schlägt aber keinen Vertrag mit einzelnen Unternehmern ab, denn sie hat im Jahre 1908 die Erfahrung gemacht, daß derartige Verträge nur so lange gehalten wurden, bis die dringenden Arbeiten fertiggestellt waren. Dann wurden die Löhne sogleich wieder herabgesetzt. Um der Wiederholung solcher Fälle vorzubeugen, wird der Tarifvertrag nur mit der Organisation der Unternehmer abgeschlossen. Wenn diese sich auch bis jetzt noch weigert, die Forderungen der Arbeiter anzuerkennen, so rechnen die Streikenden darauf, daß dies in kurzer Zeit doch geschehen muß, denn Arbeit ist reichlich vorhanden; Streikbrecher sind bei weitem nicht in nennenswerter Zahl zu bekommen, die Streikenden harrten unerschütterlich im Kampfe aus und die Solidarität der übrigen Bauarbeiter ist ihnen sicher.

Der neue Tarif der Küchenmöbelmaler ist jetzt mit wenigen Ausnahmen in allen Betrieben der Branche durchgeführt. Am Montag hielten die Maler und Anstreicher der Küchenmöbelbranche im „Englischen Garten“ eine außerordentlich zahlreich besuchte Versammlung ab, in der der Verbandsvorstand Rier über die Einführung des neuen Tarifs berichtete. Aus einzelnen Betrieben waren Beschwerden an die Organisationsleitung gerichtet worden, weil der Unternehmer sich nicht sogleich an die neuen Arbeitsbedingungen gewöhnen konnte, was namentlich die fünfprozentige Erhöhung der Akkordpreise betraf. Es gelang in den meisten Fällen, durch friedliche Aussprache mit dem Arbeitgeber diese Art Differenzen zu beseitigen und den Tarif zur unbedingten Anerkennung zu bringen. Nur bei einer Firma ist es bis jetzt zu einer Arbeitsniederlegung gekommen, die jedoch unmittelbar zu dem gewünschten Erfolg führte.

In der Diskussion, die dem Bericht folgte, zeigte es sich, daß doch noch einzelne Betriebe vorhanden sind, wo der neue Tarif nicht in vollem Umfange durchgeführt ist, teils hinsichtlich der 5 Proz., teils hinsichtlich der freien Lieferung der Pinsel usw. Bei diesen Firmen wird aber jetzt unmittelbar für die uneingeschränkte Anerkennung der Vereinbarungen gesorgt werden.

In die Schlichtungskommission wurden gewählt: Rier, Ehrhardt, Haase und Holländer; als Ersatzmänner Rings, Socolowski, Kraft und Opiß.

Deutsches Reich.

### Die Verhandlungen zur Beilegung des Konflikts auf den Werften.

Hamburg, 12. Oktober. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Die Verhandlungen zwischen den Vertretern der Werften und den Vertretern der Arbeitnehmer führten heute noch zu keinem Abschluss. Die Verhandlungen sollen morgen Donnerstag fortgesetzt und voraussichtlich zu Ende geführt werden.

### Die Hauptstelle Deutscher Arbeitgeberverbände

hält am 28. Oktober dieses Jahres eine Vorstands- und Ausschusssitzung ab. Neben der Erledigung der regelmäßigen geschäftlichen Angelegenheiten soll sich die Erörterung insbesondere auf die umfangreichen Arbeiterbewegungen des laufenden Jahres und die daraus zu ziehenden Folgerungen erstrecken. Öffentlich folgert man daraus, daß allzu scharf auch Schlichterverbände scharf macht.

Der Streik der Hasenarbeiter in Brake (Oldenburg) dauert noch seit 12. September unbedeutend fort. 400 Arbeiter und Arbeiterinnen liegen auf der Strafe, da die Unternehmer zu keinerlei Zugeständnissen bereit sind. Jede Möglichkeit, mit den Unternehmern zu verhandeln, scheitert daran, daß sie auf den Tagelohn nichts zulegen wollen. Auf Ueberstunden und Sonntagsarbeit sind sie wohl bereit etwas zu bewilligen. Was dabei herauskommt, weiß man ja. Dann lassen diese Herren eben keine Ueberzeit mehr machen, und die Arbeiter sind tariflich gebunden, noch 1—2 Jahre mit dem jetzt bezahlten Tagelohn auszukommen.

Von den ausständigen Arbeitern und Arbeiterinnen haben sich nur 8 zu Streikbrecherdiensten verleiten lassen. Außerdem logieren auf dem Dampfer „Dariniabr“ 200 Streikbrecher, welche von den Agenten Adolf Heberg und Jakob Delling von Essen und Gelsenkirchen nach hier gebracht worden sind. Aber alles nützt nichts, denn die Dampfer, welche sonst in 8—12 Tagen gelöst worden sind, brauchen jetzt 20—32 Tage zur Entloftung. Die Heringsfischerei läßt ihre Reye in Holland fischen, auch müssen die Logger alle nicht zerrissenen sofort wieder mitnehmen. Den Restriktionen ist etwas zugelegt, aber dafür für Frühstück und Vesperpause je ½ Stunde in Abzug gebracht worden. Sie verdienen jetzt weniger als vordem. Um das Kössen der Dampfer an anderen Hasenplätzen zu bewerkstelligen, fällt man die Schiffsapere. Im Monat Oktober soll nicht ein Dampfer Brake anlaufen, eine Tatiache, auf welche sich auch der älteste Hasenarbeiter Brakes nicht bestimmen kann. Durch diese Maßnahmen der Unternehmer haben sich die Hasenarbeiter in Bremerhaven, Nordenham, Bremen und Emden veranlaßt, den Schupatistestreit zu erklären. Es werden nun an der ganzen Unterweser keine Getreidedampfer gelöst.

Die vom Bürgermeister sowie Amtshauptmann veranlaßten Unterhandlungen sind bis jetzt auch an der Halsstarrigkeit der Unternehmer gescheitert.

Durch eine Polizeiverordnung aus dem Jahre 1879 ist alles Streikpostensieden sowie Betreten des Hasengeländes und der Piers verboten, ja sogar auch das Bootfahren auf der Weser. Polizeistrafen hat es die ersten drei Wochen förmlich geregnet, ohne daß man in der Lage wäre, den Streikenden irgend welche schwerwiegenden Vorkwürfe zu machen.

## Letzte Nachrichten.

### Der Eisenbahnerausstand.

Paris, 12. Oktober. (B. L. Z.) An der Börse war das Gerücht verbreitet, die Regierung habe bei den Bahngesellschaften durchgesetzt, die Löhne der Angestellten zu erhöhen, dafür seien die Gesellschaften zur Erhöhung ihrer Transporttarife ermächtigt worden. — Einzelne Lebensmittel, namentlich Eier, Milch und Butter haben weiter eine Preissteigerung von etwa zwanzig Prozent erfahren. In der Bevölkerung gibt sich in dieser Hinsicht lebhaftes Beunruhigung kund. Die großen Geschäfte sind von Kunden überfüllt, die sich auf längere Zeit mit Lebensmitteln versorgen wollen. Eine der Fragen, die die Regierung gegenwärtig am meisten beschäftigt, ist die Verproviantierung von Paris. Es heißt, daß hierzu vor allem die Wasserwege benutzt werden sollen und daß die Schiffsverkehrsbehörden mit dem Kriegsminister zu diesem Zwecke bereits einen detaillierten Plan ausgearbeitet haben.

Paris, 12. Oktober. (B. L. Z.) Als in Bois Colombes bei Paris heute nachmittags ein Zug von Streikenden angehalten wurde, fielen die Reisenden über die Ausständigen her und es kam zu einer heftigen Kauererei. Auf dem Bahnhof von Colombes wurden heute nachmittags mehrere von Vitesse, Habre und Rantes kommende Züge von Ausständigen an der Weiterfahrt gehindert. Als ein Lokomotivführer sich weigerte, seine Maschine zu verlassen, wurde er von den Streikenden mit Revolvern bedroht. (f)

### Eine Heerde Briands.

Paris, 12. Oktober. (B. L. Z.) Der Ministerpräsident erklärte mehreren Vertretern der Presse, die ihn über den Eisenbahnerstreik befragten: Es handelt sich nicht um einen Ausstand im geschlichen Sinne des Wortes. Die Umstände, unter denen die Eisenbahnerbewegung vorbereitet wurde, und die strafbaren Handlungen, die sie verzeichnet, zeigen, daß sich die Regierung einem verbrecherischen Unternehmen voll Gewalttätigkeit, Unordnung und Sabotage gegenüber befindet. Die Bewegung ist rein aufrührerisch und dem Eisenbahnerpersonal selbst vollständig entglitten, das zu spät einsehen wird, daß man es den schlimmsten Ausschreitungen entgegenstellt. Der Ausstand ist ohne jeden Grund ausgebrochen nach einer Unterredung, die die Vertreter der Heizer und Lokomotivführer sowie des Eisenbahner Syndikats mit mir und dem Minister der öffentlichen Arbeiten hatten. Es wurde dabei vereinbart, daß die Syndikatsgruppen mit ihre Forderungen bezüglich der Lohnerhöhung eingehend darlegen, und ich hatte mich verpflichtet, diese den Direktoren der Bahngesellschaften zu übermitteln, um auf Grund ihrer Antworten eine gütliche Unterredung zwischen den Vertretern der Parteien vermitteln zu können, die gewiß zu einem Ergebnis geführt hätte. Schon vorher war der Minister der öffentlichen Arbeiten und ich bei den Direktoren der Gesellschaften dafür eingetreten, daß sie ihrem Personal alle begründeten Verbesserungen bewilligen möchten. Die Ost-, Nord-, Orleans- und die Paris-Orléans-Mittelmeer-Bahn hatten bereits in einzelnen Punkten den Forderungen Rechnung getragen. Speziell in der Frage der Ruhegehälter hatten sich die Vertreter des Bahnerpersonals mit dem Vorgehen des Ministers der öffentlichen Arbeiten für befriedigt erklärt. Ich habe die Leiter der Eisenbahnen vor ihrer eigenen Unvorsichtigkeit gewarnt und ihnen nicht verhehrt, daß sie sich fürstbaren Strafmaßnahmen aussetzen. Sie haben weder meine Rat schläge noch auch den guten Willen berücksichtigt, den die Regierung zu ihren Gunsten bewiesen hat. Desto schärfer für sie!

Protest gegen die militärische Einberufung der Eisenbahner. Paris, 12. Oktober. (B. L. Z.) Eine starkbesuchte Versammlung der Eisenbahnarbeiter in der Arbeitsbörse faßte eine Protestresolution gegen die militärische Einberufung der Eisenbahner und beschloß, diesem Befehl nicht zu gehorchen.

Paris, 12. Oktober. Der Streikführer Pataud hat heute dem Seinepräsidenten die bereits vor zwei Monaten formulierten Forderungen der Elektrizitätsarbeiter in der Form eines Ultimatus unterbreitet.

### Die Tat eines Geisteskranken.

Frankfurt a. M., 12. Oktober. (B. L. Z.) Der Tagelöhner Johann Schmidt, Friedberger Landstraße 107 wohnhaft, verlor gestern Abend sein vierjähriges Töchterchen durch Weisheit und Messerschneide zu töten und sich selbst mit Blausäure zu vergiften. Beide wurden in lebensgefährlichem Zustande nach dem Marienkrankenhaus gebracht. Man glaubt, daß der Mann die Tat in einem Anfall von Geistesstörung verübt hat.

Aus der Reichsversicherungsordnungskommission.

Sitzung vom Mittwoch, den 12. Oktober.

Die Kommission setzte die Beratung über die Leistungen der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung fort.

Die Sozialdemokraten hatten in erster Linie eine Verdoppelung der für die Unterstützung maßgebenden Sätze beantragt. Dementsprechend wären denn auch die Beiträge zu verdoppeln. Die Anträge wurden gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und des Polen abgelehnt.

Für diesen Fall hatten die Sozialdemokraten beantragt, daß wenigstens die Erhöhung der Rente und Beiträge in den höheren Lohnklassen in gleichmäßiger Weise durchgeführt werde. Die Folge davon wäre eine beträchtliche Erhöhung der Leistungen für die höheren Klassen, selbstverständlich unter entsprechender Belastung der betreffenden Arbeiter und Arbeitgeber. Auch diese Anträge wurden von derselben Mehrheit abgelehnt.

Nichtanzrechnung der Zusatzrente.

Die Vorlage will eine freiwillige Zusatzversicherung einführen. Jedoch sollen dadurch nur die Alters- und Invalidenrenten, nicht aber die Witwen- und Waisenrente erhöht werden. Deshalb beantragten die Sozialdemokraten, daß auch bei den Witwen- und Waisenrenten die Zusatzrenten angerechnet werden. Der Antrag wurde wiederum gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und der Polen abgelehnt.

Geringere Hinterbliebenenbeiträge.

Sollen die Selbstversicherten erhalten. Auf Antrag der Sozialdemokraten wurde die Bestimmung gestrichen.

Entziehung der Rente.

Aus dem geltenden Gesetz ist die Bestimmung in der Vorlage übernommen worden, daß die Rente entzogen wird, wenn der Empfänger einer Invaliden- oder Witwenrente infolge einer Änderung in seinen Verhältnissen nicht mehr invalide ist. Auf Antrag der Sozialdemokraten wird gegen die Stimmen der Konservativen und Nationalliberalen hinzugefügt, daß die Entziehung der Rente nur bei einer eventuellen Änderung zulässig ist.

Ferner soll die Rente entzogen werden, wenn sich ein Rentempfänger ohne geistlichen oder sonst triftigen Grund dem Heilverfahren entzieht und dadurch die Beseitigung der Invalidität verhindert. Auf Antrag der Konservativen wurde hinzugefügt, daß dieselbe Folge auch dann eintritt, wenn der Rentempfänger sich ohne Grund einer Raucherprüfung oder Beobachtung in einem Krankenhause entzieht.

Ein Verzicht, der die Rente entzieht, soll mit Ablauf des Monats wirksam werden, in dem er zugestellt worden ist. Auf Antrag der Sozialdemokraten wurde auch hier, wie bei der Unfallversicherung, die Änderung beschlossen, daß die Rente noch einen Monat länger ausgezahlt werden muß.

Rufen der Rente.

Die Rente soll u. a. auch dann ruhen, wenn sich der Berechtigte gewöhnlich im Auslande aufhält, es sei denn, daß er es seiner Gesundheit wegen tut. Auf Antrag der Sozialdemokraten wurden von dieser Bestimmung die Ausländer ausgenommen, die — ohne eine strafbare Handlung begangen zu haben — ausgewiesen und deshalb gezwungen sind, sich im Auslande aufzuhalten.

Verkürzte Renten.

Fabrik-, Seemanns- und ähnliche Klassen sollen berechtigt sein, die Invaliden-, Alters- oder Hinterbliebenenunterstützungen, die sie ihren reichsgesetzlich versicherten Angehörigen geben, um höchstens den Wert der reichsgesetzlichen Beiträge dieser Art zu ermäßigen. Das gleiche gilt für Knappschaftsvereine oder Knappschaftskassen hinsichtlich der Invaliden- und Altersunterstützungen.

Die Sozialdemokraten und Abg. Wehrens beantragten die Streichung dieser Bestimmung, die für die beteiligten Arbeiter sehr nachteilig ist. Außerdem lagen zwei weitere Anträge vor. Abg. Wehrens forderte, daß — wenn nicht die ganze Be-

stimmung — so doch wenigstens der zweite Satz, der sich auf die Knappschaftsvereine bezieht, gestrichen werde. Das Zentrum dagegen beantragte, daß nur der Reichszuschuß nicht abgezogen werden darf, der größere Teil der Renten also nach wie vor abgezogen werden kann. Dieser Abwägungsantrag des Zentrums wurde angenommen, nachdem die Anträge der Sozialdemokraten und des Abg. Wehrens gegen die Stimmen der Antragsteller und des Polen abgelehnt worden waren.

Gegen die Beamtenwirtschaft in den Versicherungsanstalten.

Die Geschäfte des Vorstandes sollen nach wie vor von einem oder mehreren Beamten der Gemeindeverbände und des Bundesstaates geführt werden.

Die Sozialdemokraten beantragten, daß der Vorstand selbst die Beamten wählen und der Gemeindeverband nur dann das Ernennungsrecht haben soll, wenn im Vorstande keine Wahl zustande kommt. Der Antrag wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt.

Außerdem beantragten die Sozialdemokraten, daß das Stimmrecht im Vorstande nur der eine der Beamten haben soll, der den Vorsitz führt und — falls dieser Antrag abgelehnt werden sollte — daß die Beamten niemals mehr als ein Drittel der Stimmen im Vorstande und Ausschüsse haben dürfen. Das ist notwendig, damit die Vertreter der Arbeiter und der Arbeitgeber nicht, wie es jetzt vielfach der Fall ist, von den Beamten überstimmt werden.

Die Anträge wurden zwar gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und des Polen abgelehnt, dagegen wurde ein Abwägungsantrag des Zentrums angenommen, nach dem die Beamten nicht mehr als die Hälfte der Stimmen im Vorstande haben können.

Der Ausschuss hatte bisher auch die Geschäftsführung des Vorstandes zu überwachen. Das ist in der Vorlage gestrichen. Die Sozialdemokraten beantragten, daß dem Ausschuss diese Aufgabe gelassen werde. Der Antrag wurde wieder gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und des Polen abgelehnt.

Die Beratung über die Vermögensverwaltung, zu der der Staatssekretär des Reichsschatzamt erschienen war, mußte abgebrochen werden.

Nächste Sitzung morgen.

Französischer Gewerkschaftskongreß.

Sechster Tag.

Toulon, 8. Oktober. (Eig. Ber.)

Der Vorsitzende gibt das Resultat der gestrigen Abstimmung über die zur Frage der Altersversicherung eingebrachten Resolutionen bekannt. Es wurden abgegeben: Für die Tagesordnung Jouhaux 1049, für die Tagesordnung Niel 261, Enthaltungen 10.

Auf der Tagesordnung steht die Abklärung der Arbeitszeit. Angenommen wird nach kurzer Debatte eine Resolution, die die Organisationen zur Aktion in diesem Sinne auffordert. Jouhaux erklärt, eine Agitation wie im Jahre 1906 sei notwendig, indes ohne ein bestimmtes Votum und ohne eine bestimmte allgemeine Fixierung der zu erreichenden Abszierung.

Man kommt zum Punkt Sozialgesetzgebung, der den kollektiven Arbeitsvertrag, die Rechtsfähigkeit der Konsumvereine und das obligatorische Schiedsgericht einschließt. Verschiedene Redner weisen auf die Unmöglichkeit hin, die Rechtsfähigkeit anzunehmen, die mit dem Kollektivvertrag verbunden die Gewerkschaften aktionsunfähig machen oder materiell ruinieren würde.

Renard (Zerklivarbeiter, Guedidi) legt dar, daß der Kollektivvertrag die einzige Form des Arbeitsvertrages sei, besonders in der Großindustrie, die die Arbeiterkraft zur Geltung bringe. Er ist der Konstitutionalismus in der Fabrik. Ohne gewerkschaftliche Organisation ist der Kollektivvertrag allerdings unmöglich, aber gerade er treibt die Arbeiter zur Organisation. Der Redner ist dafür, daß der Kollektivvertrag, der zwischen den Unternehmern und den Arbeitern fakultativ geschlossen werde, Gesetzeskraft bekomme.

Voulet (Pariser Typograph) bekämpft den gesetzlichen Kollektivvertrag, das obligatorische Schiedsgericht und die Rechtsfähigkeit der Gewerkschaften.

Boudron: Schon heute hat ein Kollektivvertrag gesetzliche

Geltung. Eine besondere Gesetzgebung wird dazu führen, daß man von den Gewerkschaften Wirksamkeit verlangen.

Es wird folgende von M. Ercheim eingebrachte und begründete Tagesordnung angenommen:

Aus der Erwägung heraus, daß die bestehenden Verträge das Ergebnis der von der organisierten Arbeiterschaft geführten Kämpfe sind,

daß der Kollektivvertrag demnach an die Umgebung einer solidarischen, gemeinsamen Kraft, die von den Gewerkschaften dargestellt wird,

erkennt der Kongreß an, daß der Kollektivvertrag geeignet ist, Wirksamkeit der Ständigkeit und vorübergehenden Sicherheit zu geben, allerdings unter der Bedingung, daß die Gewerkschaften für die Ausführung der Kontrolle durch die Kraft der Organisation die Kontrolle und die Aufsicht ausüben, ohne die der Unternehmer, durch seine Interessen getrieben, die Klauseln dieses Vertrages verletzen würde,

daß die Arbeiter das Interesse haben, sich des Kontrakts zu bedienen, aber in der Art, daß er bessere Arbeitsbedingungen bewirkt — mit Ausschluß neuer gesetzlicher Bestimmungen, die Einschränkungen darstellen würden.

Aus diesen Gründen lehnt der Kongreß den Entwurf des gesetzlichen Kollektivvertrages ab.

II. Obligatorisches Schiedsgericht.

Aus diesem Gesichtspunkt ergibt sich, daß das obligatorische Schiedsgericht mit der den Gewerkschaften zufallenden Funktion unvereinbar ist und ihre Unabhängigkeit und Autorität schwächen würde.

Lehnt der Kongreß gleichermassen jedes Projekt eines gesetzlichen obligatorischen Schiedsgerichts ab.

III. In bezug auf die Rechtsfähigkeit erklärt der Kongreß:

In Erwägung, daß die Gewerkschaften zunächst die Bekämpfung der Ausbeutung der Arbeiter durch die Kapitalisten und jegliches Unternehmertum zum Ziel haben,

daß sie sich namentlich mit der Verbesserung der Löhne, der Hygiene in den Werkstätten, der Herabsetzung der Arbeitszeit und allen wirksamen Anordnungen der Unternehmer zu befassen haben — mit einem Wort mit der Leitung ihrer Mitglieder und weiter der ganzen Arbeiterklasse zu einem besseren sozialen Zustande hin.

In weiterer Erwägung, daß unter den jetzigen Verhältnissen diese Rolle der Verteidigung der allgemeinen Arbeiterinteressen ihnen genügt, ohne ihrer schweren Aufgabe Beschäftigungen industrieller und kommerzieller Art hinzuzufügen, die die Gesetzgeber ihnen mit mehr oder minder guten Absichten zuteilen möchten.

In weiterer Erwägung, daß die bereits gemachten Erfahrungen die Behauptung gestatten, daß die Gewerkschaften, die sich damit befassen, nur Schwierigkeiten und Enttäuschungen begegnen.

In endlicher Erwägung, daß die Genossenschaften dazu da sind, um die nötigen kommerziellen Operationen auszuführen,

Erklärt der Kongreß: Die Gewerkschaften vor der bürgerlichen und handelsrechtlichen Rechtsfähigkeit, mit der man sie ausstatten will, zu warnen, da diese nur den Effekt hätte, sie zu vernichten, oder sie von ihrer wahren Bestimmung, der Erziehung des Proletariats gegen die Kapitalistenklasse,

aus allen diesen Gründen lehnt der Kongreß die bürgerliche und kommerzielle Rechtsfähigkeit ab.

Die Resolution wird mit 1224 gegen 11 Mandate, bei 7 Enthaltungen angenommen.

Darauf wird noch einmal der Antimilitarismus in „antipatriotischer“ Fassung beschlossen. Die Resolution Jouhaux, die ihn formuliert, erhält 844 Stimmen, die reformistische Resolution Li-chou, die gegen die Verwendung der Armees in Klassenkampf protestiert und die internationale Solidarität und Friedensaktion des Proletariats betont, 307, die vom Bergarbeiter Cordier vorgelegte, die gleichfalls auf die Rolle der Armees im Innern das Hauptgewicht legt, außerdem auf die Abschaffung der stehenden Heere, den Generalkrieg im Kriegsfall und die „Abschaffung der Grenzen“ fordert, 123 Stimmen, 19 Mandate lauten auf Enthaltung, 2 auf Kontra.

Kleines feuilleton.

Bauernlegen im 19. Jahrhundert. Die Zerstörung von Bauernland durch das Judentum hat Hans Goldschmidt in einer Schrift „Die Grundbesitzverteilung in der Mark Brandenburg und in Hinterpommern vom Beginn des dreißigjährigen Krieges bis zur Gegenwart“ (Berlin 1910) nachgewiesen. Nach Goldschmidts Forschungen betrug das Städte- und Bauernland in der Kurmark rechts der Elbe 1618 60 Proz., 1806 57,6 Proz., 1907 51,3 Proz. Entsprechend stieg der Anteil des gutsherrlichen Besitzes 40 Proz., 42,4 Proz., 48,7 Proz. In der Neumark sind die Ziffern für Städte- und Bauernland 64,3 Proz., 62,1 Proz., 46,8 Proz., für Gutsherrschaftsland 45,7 Proz., 47,9 Proz., 58,4 Proz. In Hinterpommern sank Städte- und Bauernland von 59,6 Proz. über 53,3 Proz. auf 46 Proz.; stieg dagegen der gutsherrliche Besitz von 40,4 Proz. auf 48,7 Proz. und 54 Proz. Das größte Wachstum hat also der Großgrundbesitz im Jahrhundert der — Bauernbefreiung erreicht, die in Wahrheit die schamloseste Bauernberaubung gewesen ist.

Von der Weimarer Literaturpolizei. Vor einiger Zeit ist in der großen Weimarer „Sophien-Ausgabe“ der Schlussband von Goethes Gedichten erschienen, der die ganze Nachlese sammeln will. Aber auch diesem Band hat die hiesige Polizei von Weimar Handschriften angelegt. Einiges hat man ja nun doch gebracht, obwohl es anfangs von der großherzoglichen hohen Gönnerin verboten worden war: so das „Zagebuch“. Unglaublich aber ist, daß die Herausgeber einige der verbotenen Sächelchen aus irgend welchen anderen Veröffentlichungen klauen mußten, weil ihnen die Originale des Archivs verweigert waren. Zu diesem Skandal bemerkt nun doch auch selbst ein ährstlicher Kritiker: „Darum schließen sich... aus den jetzt referierten Haupthandschriften (H 55—57) durchgeseuerte und von neueren Herausgebern gedruckte Epigramme. Es ist zu bedauern, daß die Weimarer Ausgabe dieses Material aus allerhand Winkeln zusammenscharren muß. Hoffentlich werden die Handschriften bald freigegeben...“ Wöher als manches unter dem längst bekannten und unter dem jetzt neu gedruckten werden ja auch die uns noch vorerhaltenen Epigramme nicht sein. Da Goethe sie aufbewahrt hat, so hat er auch erwartet, daß sie dereinst bekannt gemacht würden.“

Die geistliche Heeresmacht in Italien. Auf dem bevorstehenden Sozialistenkongreß in Mailand wird Genosse Giovanni Merloni einen ausführlichen Bericht über die „antifertile Tüchtigkeit der Partei vortragen; die Grundlage dieses Berichts bildet eine genaue Uebersicht über die Streitkräfte, die dem italienischen Priestertum, dessen Niedergang man nach der Beseitigung der weltlichen Herrschaft des Papstes erwartet hatte, auch heute noch zu Gebote stehen. Die in Frage kommenden Daten werden in der „Giordano Italia“ veröffentlicht. Nach der amtlichen Zählung gab es in Italien im Jahre 1901 7294 Mönche und 40261 Nonnen; jetzt ist nach einer von kirchlicher Seite stammenden Schätzung, die Zahl der Mönche auf 8491 und die der Nonnen auf 41000 gestiegen. Im Jahre 1901 gab es in Italien 911 Männerklöster; im Jahre 1909 waren es 1208; die Zahl der Frauenklöster betrug im Jahre 1901 2615, im Jahre 1909 2071. Die von

Mönchen geleiteten Erziehungsinstitute für Jünglinge waren im Jahre 1901 in einer Stärke von 441 vorhanden, im Jahre 1909 aber waren es 542; nicht mitgerechnet ist Rom, wo es allein 172 Männerklöster, 109 Frauenklöster und 43 Erziehungsinstitute gibt. Kurz, es gibt gegenwärtig in Italien weit mehr kirchliche Institute als vor 1870, zur Zeit der Blüte des Papsttums. Merloni unterzieht dann noch den italienischen Kirchenetat einer Kritik. Für die Unterhaltung von 285 Bischöfen gibt der italienische Staat 5 002 500 Lire aus. Dazu kommen Gehaltsbeiträge für mehr als 11 000 Priester im Gesamtbetrag von 7 Millionen pro Jahr. Pfarren und Bischöfe kosten Italien also jährlich mehr als 12 Millionen.

Theater.

Neues Schauspielhaus: „Die Jungfrau von Orléans“ von Schiller. Das Fremde dieser „romantischen“ Tragödie kann die beste Darstellung so wenig wie das Fremde in Schillers antikerem Schicksalsdrama „Die Braut von Messina“ überwinden. Das blinde Fatum, das durch gewaltvolle Verschlingung von Zufälligkeiten den Bruder mord in dem sizilianischen Fürstengeschichte erstift, wie die göttliche Vorsehung, die gleich dunkel in ihrem Walten, im Kampfe der Engländer und Franzosen plötzlich für diese Partei ergreift und eine Schürzen zum Instrument ihres Willens wählt, lösen im Gefühl keine Möglichkeiten der Illusion, des Mit- und Mitleids aus. Johanna interessiert den Dichter nicht als natürliches Problem, nicht als Individualität, die seine nachschaffende Einbildungskraft in dem verborgenen Triebwerk ihrer viktorianer Empfindungen ergründen und enthüllen will. Er sieht in ihrem Wilde etwas Höheres, eine „Schöpfung des Herzens“, die der Voet, gereinigt von allen Erdennalen, zur Unsterblichkeit erheben möchte. So darf denn auch die himmlische Versuchung Johannes im Stück nicht subjektive Phantasieerfindung einer von frommen Wünschen erahnten sein, die durch die Macht der Suggestion ihre Landleute mit fortzieht — sondern muß, wie der Befehl der Mutter Gottes, als Überwältigt sich von jeder Regung weltlicher Liebe rein zu halten, hier im Strahlenglanze überirdischer Offenbarung erscheinen, die unmittelbar oder in irgend einer symbolischen Umdeutung als Wahrheit gelten soll. Nur so läßt sich die besondere Färbung, die Schiller dem Konflikt, dem Schuldbewußtsein und der Sühne seiner Heldin gibt, verstehen.

Jrene Eriach spielte die Schiller'sche Idealgestalt in ganz persönlich eigenartiger Auffassung. Sie war nicht faszinierend enthusiastisch, nicht heroisch, nicht leuchtend in Erhabenheit, doch fand sie Töne von schlichter, natürlicher Innigkeit. Ein wirkliches Mädchen aus dem Volke, ganz unheimbar beim ersten Anblick, das mit einfältig frommverärgelten Mienen von der himmlischen Erleuchtung erzähle, in leisen, weichen Worten! Gesicht, Figur und Haltung in dem Vorspiel gemächten an die Holzschuhnerinnen alter katholischer Meister. Auch an Maeterlinck mußte man denken. Und gemäß dem Grundton, den sie im Vorspiel angeschlagen, führte sie mit über-raschend klarer Konsequenz die Rolle durch, im Monolog des vierten Aktes den Höhepunkt erreichend. An Stelle des über jedes Menschenmaß gesteigerten Symbols des Dichters schob sich eine Studie voll feiner psychologischen Nuancen, die, wenn sie mit der Stimmung des Schicksals auch nicht in eins zusammenhing, vieles in neuer Weise beleuchtete. Die Aufführung war reich und glänzend inszeniert, das

Ensemble sorgsam durchgearbeitet. Nur der König Erich Ziegels, allzu profaisch-nüchtern im Tonfall seiner Rede, fügte sich nicht dem Rahmen ein.

Humor und Satire.

Keuterei. Anlässlich des bevorstehenden 100. Geburtstages von Fritz Reuter findet in Berlin eine Fritz Reuter-Ausstellung statt, auf der u. a. folgende Sehenswürdigkeiten zu sehen sind: einige silberne Pöfel, die Reuter einst einem Verwandten geschenkt hat; eine Münze, die Reuter seinem Buchhändler aus Griechenland mitgebracht hat; ausgekommene Haare von Luising; ein Fischbein mit der Asche der letzten von Reuter gerauchten Zigarre.

Die Ausstellung wird in den nächsten Tagen noch durch folgende Denkwürdigkeiten bereichert werden:

- 1. Ein Stück eines Kabela, auf dem einmal eine Depesche des Reuterschen Telegraphenbureaus telegraphiert worden ist.
2. Ein Zeitungsblatt mit dem Bericht über eine Gerichtsverhandlung gegen den Hausdiener einer Rostocker Weinhandlung, bei der Fritz Reuter niemals Wein gekauft hat.
3. Das Wasser, in dem Reuters erste Windel gewaschen worden ist.
4. Das Korsett einer Konfektionseuse der Firma D. Levin, Damenmäntelkonfektion in Berlin am Hausvogteiplatz, an dem bekanntlich auch die Hausvogtei lag, in der Reuter gefesselt hat.

Der neue Bloo. Jetzt haben wir endlich eine Wahlparole, sagte ein Rationalistischer nach dem Tode von Raffel. „Frei und einig in dem Rufe: Von Wassermann bis We—thmann!“ („Jugend.“)

Notizen.

Theaterchronik. Im Modernen Theater ist die Erstaufführung des „Roloß“ von Leo Birinski auf nächste Woche verschoben worden.

Eine neue Theatergesellschaft, die den Namen „Pan“ führt, hat sich in Berlin gebildet. Sie will sich der Dichter annehmen, deren Stücke nicht oder nur selten gespielt werden, — vielmehr weil sie sich nicht ohne weiteres den bekannten Richtungen zuzählen lassen. Auch sollen Werke bekannter Dichter herausgebracht werden, gegen die sich die allgemeine Meinung sträubt, oder die von der Jenur verboten wurden. Die Gesellschaft wird ihre Tätigkeit mit einer Aufführung von drei neuen Einaktern Wechsels im Kleinen Theater eröffnen.

Die kaiserliche Wissenschaft, die auf der Universitätsfeier proklamiert wurde, nimmt in der bürgerlichen Presse bereits Form und Gestalt an. Die Idee soll von Althoff stammen, dem rücksichtslosen Desorganisator der Universitätsverwaltung, die ja oft genug nur Funkschwänze war. Die Gelder kommen von der Hochfinanz und der Industrie, zumeist von denselben Gönnern, die schon Althoff, Bode u. a. anzuehen pflegten. Mitglieder der kaiserlichen Wissenschaft zur Förderung der Wissenschaften sollen jeder Kapitalist werden, der das nötige liefert. Ueber die Verwendung des Kapitals bestimmt ein Senat, der teils von den Mitgliedern gewählt, teils vom Protektor ernannt wird. Wir werden also endlich die vom Kapital direkt besoldete und abhängige Wissenschaft haben, worin und Amerika bisher über war.

Der Kongress beschließt die Konföderation... d. i. die Steuerzahlung von 5 Cent monatlich an die Konföderation...

Aus der Partei.

Verbot des 'Vorwärts' und des 'Wahren Jacob' in Finnland.

Man schreibt uns aus Helsingfors: Ich meldete bereits, daß der 'Vorwärts' wegen eines finnischen Frage betreffend Artikel in Helsingfors konfiskiert wurde...

Die Organisationen zum Parteitag.

Erfurt.

In Erfurt erstattete Parteisekretär Genosse Apel Bericht. Er hat als Delegierter des Wahlkreises mit der Mehrheit gestimmt.

Arbeitssekretär Genosse Schrader ist mit der Annahme der Vorstandsvorstellung in der Budgetfrage einverstanden, obwohl er der Ansicht ist, daß diese Frage nicht aus der Diskussion verschwinden werde.

Genosse Paul Reichhaus widerspricht der letzteren Auffassung. Der Parteitag dürfte sich die Provokation im Schlusswort Franks nicht gefallen lassen.

Genosse Fr. Bauer sagte, wenn man meine, daß durch die Budgetbewilligung die Partei zugrunde gerichtet werden solle...

Genosse Apel weist im Schlusswort die Ansichten der Genossen Schrader und Bauer zurück. Er trete wohl für die Einigkeit in der Partei ein, aber nicht um jeden Preis.

Gera.

Die Parteigenossen in Gera (Neuh) nahmen am 11. Oktober in einer außerordentlich stark besuchten Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins Stellung zu den Verhandlungen und Beschlüssen des Parteitages.

Die am 11. Oktober tagende Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins für Neuh j. L. Ortsverwaltung Gera, erklärt sich mit den Beschlüssen des Parteitages, auch hinsichtlich der Budgetfrage, vollständig einverstanden.

Zum Schlusse kam Genosse Wetterlein noch auf die Nothwendigkeit der Vorarbeiten zu sprechen und meinte unter allgemeiner Zustimmung, wenn man sehe, wie die Tumulte von den Scharfmachern...

Würzburg.

Am Montag berichtete in Würzburg der Delegierte, Genosse Kern, kurz über den Verlauf des Parteitages. In der Diskussion wurde zunächst ein Antrag, die Rededauer in der Diskussion auf 10 Minuten festzusetzen, abgelehnt.

In diesen Fällen habe man auch den Verhältnissen Rechnung getragen. Gen. Strauß verurteilt ebenfalls die Art der Erklärung der Budgetdebatte. Er empfiehlt auch die Einsetzung einer Reichskommission, wie sie von dem Gen. Kolb in Karlsruhe vorgeschlagen wurde.

Ein behauptetes Gemeindevorstandsmandat.

Bei der im Frühjahr vollzogenen Gemeindevorstandswahl in dem Dorfe Rerzdorf bei Orlau i. Schlef. wurde Genosse Kullige gewählt. Gemeindevorstand, Bezirks- und Kreiswahlschuss erklärten die Wahl für ungültig.

Das 10jährige Bestehen.

feiert unser Trautenaue Parteiorgan, das wöchentlich erscheinende 'Trautenaue Echo'. Es konnte in dem verelendeten Kriegsjahre doch 6000 Abonnenten gewinnen und ist ein Vollwerk der Arbeiterbewegung.

Aus Industrie und Handel.

Vom Einfuhrschneefandakel.

Die Gestaltung der Getreideverhältnisse am Weltmarkt hat die Ausfuhr von Getreide aus Deutschland zu einem lukrativen Geschäft gemacht. Mit Hilfe der indirekten Ausfuhrprämien erlosenen die Exporteure den deutschen Markt, damit hier die Preise auf einem hohen Niveau gehalten werden können.

Table with columns: Einfuhrüberschuss, Ausfuhrüberschuss, in Doppelzentner. Rows include Roggen, Weizen, Spels, Malzgerste, etc.

Der Einfuhrüberschuss bei Roggen ist gestiegen, der Einfuhrüberschuss bei Weizen gesunken; das gleiche gilt für Malzgerste. Bei anderer Gerste ergibt sich eine Zunahme des Einfuhrüberschusses, dagegen hat sich der Einfuhrüberschuss bei Hafer in einen beträchtlichen Ausfuhrüberschuss verwandelt.

Seitdem die höheren Zölle und damit die höheren Ausfuhrprämien in Wirksamkeit sind, hat sich die Summe der durch Einfuhrschneefandakel beglichener Zollbeträge mehr als verdreifacht. So muß das Volk Millionen aufwenden, damit unsere Agrarier ihm höhere Preise abnehmen können.

Fleischpreise.

In der 'Neue Post' die Fleischpreise hinausgetrieben worden sind, beanstandet eine Zusammenstellung über die häufigsten Preise an 50 preussischen Markorten. Danach kostete ein Kilogramm Fleische:

Table with columns: Rindfleisch, Kalbfleisch, Hammelfleisch. Rows include 1909, 1910, Juli, August, September.

Im dritten Vierteljahr 1910 ist für alle Fleischgattungen bei der Gesamtheit der Markorten eine aufsteigende Bewegung der Kleinhandelspreise eingetreten, die für Rind- und Kalbfleisch weit erheblich als für Hammel-, Schweine- und Hühnerfleisch war.

Die Einzelpreise stellen sich am höchsten für Rindfleisch in Magdeburg mit 183-184, in Emden mit 183 Pf. für Kalbfleisch in Altona mit 222-232, in Potsdam mit 216-224 Pf.

Rindfleisch im Juli und August in Braudenz mit 128-134, im September in Nettel und Köslin mit 138 Pf., ferner für Kalbfleisch in Nettel mit 112-132 und ebenda für Schweinefleisch mit 130 Pf.

Fortschritte der Produktionsmethode.

Mit der zunehmenden Kapitalkonzentration und der Zusammenlegung von immer mehr industriellen Werken zeigt sich stets neue Möglichkeiten des rationelleren Betriebes. Mit der Erweiterung des Reichsgebietes der Deutsch-Lugenburgischen Bergwerks- und Hütten-Actiengesellschaft bei Dortmund in Westfalen ist ein neues Transportprojekt der Ausführung nahe gerückt.

Ein technischer Fortschritt jagt den anderen. Während die Technik die Produktion beständig revolutioniert, kann der rechtliche Ueberbau nicht entsprechend nachfolgen, er wird von den Gewalthabern konterviert. Schließlich muß aber doch der Ausgleich kommen.

Patrioten.

Die Kathreiner-Malzstoffsabrikanten G. m. b. H. in München wollen das geliebte bayerische Vaterland verlassen, also vaterlandlos werden und zwar deshalb, weil sie dort nach ihrer Meinung zu viel Steuern zahlen müssen.

Soziales.

Die Konkurrenzklause im Ausschuss des Berliner Kaufmannsgerichts.

Am Dienstag beschäftigte sich der Ausschuss des Berliner Kaufmannsgerichts in Beschlus der Tagesordnung vom 5. Oktober mit der Spezialberatung der elf Punkte der Vorschläge des Ministers. Zu Punkt 1 lag ein Änderungsantrag vor, der die Konkurrenzklause betreffend, nur dann verbindlich sein sollen, wenn die Beschränkung nach Zeit, Ort und Gegenstand in einem angemessenen Verhältnis zu den geschäftlichen Interessen des Prinzipals steht.

Die Debatte führte noch folgendes Amendement zu diesem Antrage herbei: Die Konkurrenzklause ist immer ungültig, wenn das Gehalt des Angestellten weniger als 5000 M. jährlich beträgt. Bei der Abstimmung wurde zuerst das Amendement mit 10 Stimmen der Geschäftsbesitzer und des Vorsitzenden gegen 8 Stimmen der Kaufleutebeisitzer (1 Kaufmann enthielt sich der Abstimmung) angenommen.

Gegen den Punkt 1 mit dem obigen Antrage stimmten dann sämtliche Kaufleute, weil ihnen die Grenzsumme von 5000 M. zu hoch erschien. Ein Teil der Geschäftsbesitzer stimmte ebenfalls gegen den Antrag, weil sie nach Festlegung ihres prinzipiellen Standpunktes in der vorigen Sitzung kein Interesse an den 'Verbesserungen' der Konkurrenzklause hatten.

Zu Punkt 2, welcher die Entschädigungen im Fall der Inkrafttretens der Konkurrenzklause regelt, wurde nach längerer Debatte der Vorschlag des Ministers mit einer von den Kaufleutebeisitzern vorgeschlagenen Abänderung angenommen, wonach diese Entschädigung auch nach dem dritten Jahre und über das ursprüngliche Einkommen hinaus alle zwei Jahre um 10 Proz. steigen soll.

Zu Punkt 3 wurde ohne Widerspruch einstimmig festgesetzt, daß die Entschädigungen zu denselben Terminen, wie das Gehalt sonst gezahlt würde, zu zahlen sind.

Punkt 4 regelt die Frage der Aufrechnung gegen die aus anderer Tätigkeit bezogenen Einkommen. Hierzu wurde ein Antrag der Geschäftsbesitzer angenommen, der die Aufrechnung in jeder Form verbietet und festsetzt, daß die Verpflichtung des Angestellten zur Erfüllung der Konkurrenzklause unbeschadet seiner gesetzlichen Ansprüche erlöschen ist, wenn der Prinzipal die Entschädigung am Fälligkeitstermine nicht zahlt.

Die Beratung der weiteren Punkte wurde auf Donnerstag, den 20. Oktober, vertagt, obwohl die vom Minister gewährte Nachfrist nur bis zum 18. Oktober läuft.

Der Appell im Arbeitsvertrage.

Der Arbeiter R. Kogte gegen die Gesellschaft für den Bau von Untergrundbahnen, weil er für zwei inmitten des Arbeitsverhältnisses gelegene Arbeitstage keinen Lohn erhalten hat. Die Beklagte vermochte zwar nicht zu bestreiten, daß der Kläger an den fraglichen Tagen gearbeitet hat, sie berief sich aber auf ihre Arbeitsordnung, die bei Beginn und Beendigung der Arbeit einen Appell vorsieht, der darin besteht, daß ein Aufseher die Namen der Arbeiter verliest, worauf sich die Verlesenen zu melden haben.

Rachwehen vom Schmiedekreisl.

Die Schmiedemeister suchen nunmehr die während der Zeit des Streiks sehr geschwächten arbeitwilligen Elemente so schnell als möglich loszuwerden, und dies oftmals unter den fadensteinsten Gründen. Das zeigte wieder ein Fall, der am Dienstag vor dem Innungsgerichtsgericht einen vorläufigen Abschluß fand. Der Schmiedemeister Brauns hat seit dem 20. Juli beim Schmiedemeister Gustav Hübner in Arbeit gestanden. Er ist am 24. September fristlos entlassen worden. Darob klagte Brauns

gegen Fischer auf eine vierzehntägige Lohnminderungsabgabe von 84,80 M. Der Beklagte will den Kläger mit dem Bemerkens: „unter den üblichen Bedingungen“, worunter er Kündigungsandruck verstanden wissen wollte, engagiert haben. Ein anderer Arbeitswilliger, der als Zeuge auftrat, bekundete, daß die anderen drei Gesellen, die mit dem Kläger zu gleicher Zeit beschäftigt wurden, mit vierzehntägiger Kündigungsfrist engagiert waren. Da es nun mit dem Einwand des Kündigungsandrucks nichts war, suchte der Beklagte nach Entlassungsgründen. Er wendete nun ein, er sei vom Kläger bestohlen worden. Dieser habe ihm ein Stück Leder entwendet und sich damit die Stiefel besetzt. Da die Lederentwendung aber schon vier Wochen zurücklag, kam auch sie als Entlassungsgrund nicht mehr in Betracht. Ferner sollte der Kläger noch eine größere Anzahl alter Dufnägel, die er gerade klopfen sollte, haben entwendet wollen, sei aber noch rechtzeitig erwirkt worden. Auch dieser Vorfall ging mehr als 14 Tage der Entlassung voraus. Damit war's also auch nicht. Endlich soll sich der Kläger einen dem Beklagten gehörigen Hammerstiel angeeignet haben. Dazu erklärt der Kläger, daß er den umherliegenden Hammerstiel schon vor etwa vier Wochen in seinen Hammer gemacht und damit gearbeitet hat. Der Beklagte will das erst zwei Tage vor der Entlassung bemerkt haben.

Diese Behauptung hielt das Schiedsgericht für glaubhaft und wies den Kläger mit seinem Anspruch ab. So ist denn der Beklagte von den rechtlichen Verpflichtungen gegenüber dem „Gefelzer in der Not“ entbunden worden.

Die Abweisung war verfehlt, es hätte Beurteilung erfolgen sollen. Denn abgesehen davon, ob Kläger nicht bereits früher sich von der „Entwendung“ des Stiels hätte Kenntnis verschaffen müssen und können, lag eine Entwendung nicht vor. Denn offensichtlich hatte der Arbeiter nicht das Bewußtsein von einer Rechtswidrigkeit, wenn er den Stiel in seinen Hammer kopfte und wochenlang in des Beklagten Werkstätt damit arbeitete.

#### Juridigewiesener Eingriff in die Selbstverwaltung.

Der Verband der Ortskrankenkassen Thüringens hielt am 11. und 12. Juni 1910 seine 21. ordentliche Versammlung in Stadtilm ab. Der Vorstand der gemeinsamen Ortskrankenkasse der Landgemeinden in Gera (Neuh) beschloß, die Versammlung des Verbandes, dessen Mitglied sie ist, durch 4 Vertreter, und zwar den ersten Vorsitzenden, je ein Vorstandsmitglied aus den Reihen der Unternehmer und der Versicherten und den Kassanten, auf Kosten der Kasse zu beschicken. Gegen den Beschluß erhob das Vorstandsmitglied Dr. med. Weisker in Unterhans Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde, dem kaiserlichen Landratsamt in Gera. Dieses hob den Beschluß auf, insofern auf, als es nur die Entsendung des Vorsitzenden auf Kosten der Kasse „erlauben“ wollte. Gegen diesen Beschluß erhob nun der Vorstand der Kasse Beschwerde beim Bezirksausschuß. Dieser trat jedoch dem Beschlusse des Landratsamtes bei. Dagegen legte der Kassenvorstand weiterer Rekurs bei dem kaiserlichen Ministerium des Innern ein mit dem Erfolge, daß die Beschlüsse des Landratsamtes und des Bezirksausschusses aufgehoben wurden und der Kasse die Entsendung von vier Vertretern gestattet wurde. Aus der längeren Entscheidung des Ministeriums sei eine Stelle wörtlich angeführt:

„Es erwacht deshalb die Frage, inwiefern die Aufsichtsbehörde berechtigt ist, über die Höhe der von der Kasse für einen an sich gesetzlich zugelassenen Zweck zu machenden Aufwendungen Entscheidung zu treffen hat. Dabei ist zu beachten, daß das behördliche Aufsichtsrecht in § 45 Abs. 1 a. a. O. von vornherein begrenzt wird, indem es sich nur auf die Befolgung der gesetzlichen und kassatorischen Vorschriften erstreckt, und daß für die Abgrenzung der Aufsichtsbefugnisse besonders auch die Erhaltung des den Krankenkassen durch das Gesetz gewährten Selbstverwaltungsrechts als maßgebend zu erachten ist. (Vergl. Entscheidungen des Reichs-O. V. G. Bd. 51, S. 840).“

Somit ist sich hiernach bei den Beschlüssen der Kassensorgane um keine Zweckmäßigkeitfragen handelt, erscheint deshalb ein Eingreifen der Aufsichtsbehörde in die Geschäftsführung der Kasse nicht zulässig, auch wenn sie eine an sich statthafte Maßnahme im Einzelfalle für ungewöhnlich hält. Die Frage, in welchem Umfange eine Delegation zu einer auf Kosten der Kasse zu beschickenden Versammlung zu erfolgen hat, ist aber zunächst eine solche Zweckmäßigkeitfrage, über die die Kassensorgane selbständig zu beschließen haben, ohne dabei an Anordnungen der Aufsichtsbehörde gebunden zu sein.“

Damit ist also nicht nur der „freisinnige“ Scharfmacher Dr. Weisker, sondern auch die Aufsichtsbehörden sind mit ihren Angriffen gegen die Selbstverwaltung der Krankenkassen zurückgewiesen.

## Aus der Frauenbewegung.

### Mutterschutz.

Die „Deutsche Gesellschaft für Mutterschutz und Kindesrecht“ hat sich die Aufgabe gestellt, den praktischen Mutterschutz zu pflegen. Nebenbei sucht sie auch die auf Erweiterung des Kindes- und Mutterrechts gerichteten politischen Bestrebungen zu fördern. Am letzten Sonnabend hielt die Vereinigung ihre erste Generalversammlung ab. Die Vorsitzende, Frau Dr. Klaret, berichtete, daß bereits acht provisorische Aushilfsstellen errichtet worden seien und zwar: Volkshilfs-Klasse Straße 77, Babstraße 45/46, Dresdenstraße 31, Schönhauser Allee 187, Gleditschstraße 48, Dankelmannstr. 1, Säuglingsfürsorgestelle Nixdorf und Armenverwaltung Pantow. Außerdem habe man bereits ein kleines eigenes Heim mit vier Betten errichtet. Waldes Manasse berichtete über den Kassenbestand, den er gerade nicht sehr optimistisch bewertete. Zurzeit seien 5449,91 M. in bar vorhanden. 1000 M. seien zur Gründung eines Vereinsorgans gesammelt worden. Sodann hielt Frau Adele Schreiber einen Vortrag über: „Vom Schutz zum Recht für Mutter und Kind“. Diefem Vortrage soll sich noch eine Reihe weiterer anschließen; der nächste am Freitagabend im Kaiserin-Friedrich-Haus Luisenplatz 2. Motive, wie auch die erwählten Mittel erwachsen sowohl bei dieser Vereinerung als auch beim Wunde für Mutterschutz. — der wiederholt um Unterstützung bittet, durch Zuwendung von Geld, Wäsche, Kleidung — auf dem Vorden der Humanität, nicht auf dem des umgestaltenden, neuen Ordens der Sozialismus. Immerhin ist die Rettung und Unterstützung von hilflosen Schwangeren eine gute Tat, die mit dem Wohlthätigkeitsartue tangender Hof- und anderer Damen nicht in Parallele gestellt werden kann.

### Eine Dienstbotenordnung.

Die Dienstbotenordnungen für Oesterreich — eigentlich müßten sie Dienstzwangsgeetze heißen — unterstehen den Landtagen. Sie haben in den meisten Kronländern ein hohes Alter erreicht, und einige können ihren hundertjährigen Geburtstag feiern. Einzelne dieser Geetze geben dem Dienstherrn noch das Recht, die Dienstleute körperlich züchtigen zu dürfen. Eine Aenderung wird in den meisten Landtagen nicht durchzuführen sein, weil die Landtage durch die ewigen Obstruktionen der verschiedenen nationalen Parteien zu seiner vernünftigen Arbeit kommen. Nur ein Landtag, der von Niederösterreich, hat eine derartige Vorlage beraten, die sich momentan im Gemeinde- und Verfassungsausschuß befindet. Das Geetz ist nach der bekannten christlichsozialen Methode ausgearbeitet. Was mit dem Pels und nach ihm nicht wohl. Es wird mit keiner der veralteten Bestimmungen ausgeräumt. So wird weiter an dem Dienstbotenbuch festgehalten und der Dienstherr nur zur Ausfertigung eines wahrheitsgetreuen Zeugnisses verpflichtet, dessen Wichtigkeit von der Polizei geprüft werden kann. Wenn nichts anderes vereinbart wird, dann gilt die vierzehntägige Kündigung. Die andern vereinbarten Kündigungsfristen dürfen nicht länger als drei Tage sein. Nimmt der Dienstherr den einmal ausgenommenen Arbeiter nicht in Arbeit, dann muß er ihm dies 48 Stunden nach der Vertragsabfertigung mitteilen und ihm den vierten Teil des vereinbarten Monatslohnes auszahlen. Der Dienstbote muß schon 24 Stunden früher erklären, daß er den Dienst nicht antritt. Andersfalls kann er zwangsweise in den Dienst geführt werden. Der Dienstherr darf den Dienenden sofort entlassen, wenn er ihm bei Lohnarbeit den vereinbarten Lohnverdienst und ein Fünftel des Monatslohnes auszahlt. Außerdem sind 13 Bestimmungen in der Vorlage enthalten, auf Grund welcher die sofortige Entlassung erfolgen kann. Der Dienstbote ist nur dann berechtigt, den Dienst sofort zu verlassen, wenn seine Gesundheit oder seine Ehre das bedingen und wenn Nahrung und Obdach nicht genügen. Verläßt er ohne diese Gründe den Dienst, so kann er zwangsweise zurückgeführt werden. Dem männlichen Dienstboten ist eine bestimmte freie Zeit zubilligt. Nach vollendetem 21. Lebensjahre müssen sie jede Woche einen halben Tag frei erhalten. Die weiblichen Dienstboten erhalten keine freie Zeit. Die steht nach wie vor im freien Ermessen der Gnädigen.

### Besehende.

Marienthorl. Donnerstag, den 13. Oktober, 8 Uhr, bei Lukas, Königsstr. 14.

## Aus aller Welt.

### Die heiligen Brüder von Czestochau.

Die Enthüllung der Zustände im Kloster der Paulaner wächst sich zu einem europäischen Skandal aus. Weit über die Grenze Russisch-Polens hinaus wirken die Enthüllungen auf dieser kleinen Garnison der Rutenbürger auf die Gläubigen, die das, was ihnen das Heiligste war, von denen zerstört sehen, die das Heiligste zu bewachen hatten. Die frommen Mönche stellen sich als eine wohlorganisierte Diebesbande dar, die seit Jahren die Schatzkammer geplündert, das mit echten Steinen und Perlen geschmückte Muttergottesbild geraubt und die edlen Steine durch gläserne ersetzt haben. Der verhaftete Vater Macoch, das Haupt der Bande, hat nicht nur seinen Bruder ermordet, er scheint auch Klosterbrüder durch Gift beseitigt zu haben. Das die wunderlichen Heiligen auch geschlechtlich erziederten, verbotstündigt noch das Bild. Beispielsweise wurde Macoch bei seiner Untersuchung geschlechtlich krank befunden. Weiter hat die Untersuchung ergeben, daß mehrere Inassen öffentlicher Häuser in Warschau und Czestochau der Heilerlei an den geraubten Kleinodien und Pretiosen verdinglich sind. Auf die Frage des Untersuchungs führenden Kommissars Arduzoff an ein Sittenmädchen, ob sie keine Gewissensstempel hätte, mit einem Mönche in geschlechtlichen Verkehr zu treten, erwiderte das Mädchen: die Mönche hätten den Mädchen vor der Tat Absolution für die zu begehende Sünde erteilt.

In meisterhafter Weise wurde das arme gläubige Volk durch die gerissenen Mönche getäuscht und betrogen. Vor einigen Wochen starb der Bruder Jodel eines plötzlichen Todes. Er stand im Geruch, daß er besonders heilig sei und oft Visionen gehabt habe, bei denen ihm die Mutter Gottes erschienen sei und neue Wunder in Czestochau verheißen habe. Jetzt stellt sich heraus, daß diese Wunder lediglich Phantasiegebilde des dem Alkohol ergebenen Vaters waren, der am Abend vor seinem Tode noch 14 Flaschen Bordeauxwein ausgetrunken hatte. Ueberhaupt waren die Vater im Wundermachen groß. U. a. zog einer von ihnen, in einen Mantel gehüllt, des Nachts mit einer elektrischen Lampe durch die Klostersräume, so daß man dräusen auf der Straße in den dunklen Zimmern plötzlich einen Lichtschein erblickte. Vor diesen offenbaren Gnadenbeweisen der heiligen Mutter Gottes fiel die barrende Volksmenge andeutend auf die Knie, während sich hinter den Klostermauern die Eingeweihten über die Dummheit der Betäubigten amüsierten.

Wahrlich, Sittenzustände, die geeignet sind, dem Glauben an Wunder und Heilige einen schweren Schlag zu versetzen.

### Das Feuergrab.

Immer ungeheurerlicher werden die Ziffern über die bei den jüngsten amerikanischen Waldbränden umgekommenen Bewohner des Gebietes. Nach den letzten Meldungen sind etwa 1000 Personen in den Flammen umgekommen oder werden vermisst. Bisher sind 18 Ortsschaften zerstört worden. Die Brandfläche umfaßt 2500 Quadratmeilen. Das Auffuchen der Leichen im Brandgebiete dürfte Wochen in Anspruch nehmen. Die Brände wüten noch immer, dringen jedoch nur langsam vor, da Windstille herrscht. Der durch die Brände angerichtete Gesamtschaden läßt sich zurzeit gar nicht abschätzen. Nicht nur die Waldbestände sind in Minnesota zum

großen Teil vernichtet worden, sondern auch Tausende von Hütchen haben ihr gesamtes Hab und Gut verloren und konnten nur das nackte Leben retten.

### Zum Bankrott in Dortmund.

Der Vorsitzende des Aufsichtsrates der Niederrheinischen Bank, Justizrat und Notar Buchzeutner aus Gelsenkirchen, ist von seinem Amte als Notar suspendiert worden. Ferner hat der Rechtsanwält und Notar Karl Ellerbek in Dortmund den Konkurs angemeldet und zugleich sein Mandat als Stadtverordneter niedergelegt. Ellerbek hat im Vertrauen auf seinen Schwiegerbater\* im Falle, der im Aufsichtsrat der Niederrheinischen Bank sah; Bürgschaften unterschrieben, die nun auch ihn in den Strudel gerissen haben. Die Staatsanwaltschaft hat ein Ermittlungsverfahren gegen den Direktor Ohm eingeleitet wegen der Schenkung von Schmuckstücken an die Kinder des verhafteten Bankiers. Die Staatsanwaltschaft geht von der Ansicht aus, daß die sehr erheblichen „Geschenke“ zu einer Zeit gemacht worden sind, als Ohm den Konkurs schon voraussehen mußte. Auch gegen sämtliche Aufsichtsratsmitglieder der Niederrheinischen Bank ist die Voruntersuchung eingeleitet worden. Der große Bankbankrott gegen Ohm soll getrennt verhandelt werden, so daß eine Sache schon im nächsten Monat vor das Gericht gelangen soll.

### Wieder einer!

Die Herkulaner Standbühnen folgen einander wie die Perlen des Rosenkranzes. Schon wieder ist in Rom ein Stück mit einer jungen Dame durchgegangen und hat dabei für 10 000 Lire Wertfachen seines Klosters mitgehen lassen. Der unternehmende Karmeliter heißt Vater Ciampa und wirkte als Prior und Beichtvater seines Ordens, lernte dabei eine junge Dame kennen, mit der er ein zärtliches Verhältnis anknüpfte. Unlängst forderte er drei Tage Urlaub, um einen Freund, der seinen Vater verloren hatte, zu trösten, verschwand mit dem jungen Mädchen und den ihm anvertrauten Wertfachen und ward nicht mehr gesehen.

### Du sollst den Feiertag heiligen.

Seit dem 1. April d. J. ist bekanntlich die neue Gerichtsgebäudeordnung, verbunden mit einem vereinfachten Geschäftsbetrieb und Entlastung der Gerichte, eingeführt. Beim Scheitern der königlichen Land- und Amtsgerichte scheint aber die gegenwärtige Wirkung erzielt worden zu sein. Da muß die Arbeit gar nicht mehr zu bewältigen sein, bringt es doch das Gericht fertig, die Partien sogar auf Sonntag, den 30. Oktober 1910, zum Termin einzuladen.

Es wird bei einer derartig intensiven Arbeitsweise nicht lange dauern, daß sich das Schneidmühlgerichte den Jörn der Prommen im Lande zuzieht.

### Kleine Notizen.

24 Stunden lebendig begraben. Am Dienstag nachmittag wurden, wie bereits gemeldet, 23 Bergleute im Vullerbachschacht bei Barsinghausen in Hannover durch niedergehenden Gestein verschüttet. Gestern nachmittag gegen 5 Uhr gelang es, alle 28 Mann gesund zutage zu fördern. Die Rettungsarbeiten gestalteten sich sehr schwierig, da das Gestein stets nachstürzte.

Aus Eifersucht hat ein Aufschwitzer in Hahlingshausen bei Barmen seine Geliebte erschossen. Er verlegte das Mädchen lebensgefährlich durch mehrere Revolverkugeln in den Unterleib. Als man ihn festnehmen wollte, ergriß er die Flucht und schoß auf den ihn verfolgenden Gendarm, ohne zu treffen. Der Beamte erwiderte den Schuß und verlegte den Fliehenden schwer. Die beiden Verwundeten sind noch gestern ihren Verletzungen erlegen.

Ungetreuer Beamter. Der Kassierer der Sparkasse in Zell a. d. Mosel ist nach Unterschlagung in Höhe von 25 000 Mark flüchtig geworden. Der Beamte genöthigt das unbedingte Vertrauen seiner Vorgesetzten.

Ein wahnsünniger Adokat Rencada Francois in Rom sollte in ein Irrenhaus überführt werden. Er verschonte sich in seinem Hause und trug, mit drei Gewehren und einem Revolver bewaffnet, allen Veruchen der Polizeibeamten und Kerze, ihn festzunehmen. Als die Feuerwehr begann, die Wohnung unter Wasser zu setzen, trat er auf den Balkon und schoß auf die Straße. Er tödtete eine Frau und verwundete zwei Personen an. Erst nach Stunden gelang es den Polizisten, in das Haus einzudringen und den Unglücklichen festzunehmen, der dann in ein Irrenhaus gebracht wurde.

### Eingegangene Druckschriften.

Deutsche Wpzenzeitung. Von Eduard Lanke. Organ des Vereins zur Förderung des Fremdenverkehrs in München und im bayerischen Hochland. Preis 50 Pf. Verlag der „Deutschen Wpzenzeitung“, München, Schudler, 8.

„Der schwarze Bekämmerer“. Liebt, Miß und Gelbentum in Americalia. Von Leo Frankel. Illustrationen von Fritz Rauten. Vita, Deutsches Verlagshaus, Berlin-O. 8 M., in Halbzahl 10,50 M.

Wissenschaft und Bildung. Band 86. Anleitung zur Beobachtung der Vogelwelt. Von Dr. E. Plummer. 1 M., in Originalleinenband 1,25 M. — Vom Griechentum zum Christentum. Von Professor Dr. A. Bauer. 1 M., in Originalleinenband 1,25 M. Verlag von Quelle u. Meyer in Leipzig.

En gros	detail
<b>Knaben- und Jünglings-Garderobe</b>	
fertig u. nach Maß	
am billigsten und realisten in der Fabrik	
<b>Koppenstr. 85, part.</b>	
1 Minuten v. Schlos. Bahnhof.	
<b>Karl Hustädt.</b>	

**Hygienische**  
Bedarfsartikel, Non-est. Katalog  
u. Empfehlung viel. Aerzte u. Prof. grad. u. a.  
H. Unger, Gummiwarenfabrik  
Berlin NW., Friedrichsstr. 91/9

**Hygienische** Bedarfsartikel  
Drogerie Zaromb, Waldbergweg 1, dir. a. Kolonialer Tor.  
Die billigste Bezugsquelle! Verlag f. zur dauernden Kundhaft



# Sunlicht Seife

hat einen märchenhaften Umsatz. 20 Millionen Stück ist der Wochenverbrauch. Über die ganze Erde ist Sunlicht-Seife verbreitet. Dieser enorme Consum ist aber das beste Zeugnis, welches diesem hervorragenden Fabrikat ausgestellt werden kann, das überall in stets gleichbleibender Güte zu haben ist!





# W. WERTHEIM

G.m.b.H.



Potsdamer Str. 10, 11 und 13

Friedrichstr. 110/112

Passage-Kaufhaus

Leipziger Straße 75/76 am Dönhoffplatz

Donnerstag, Freitag,  
Sonnabend

## Außerordentlich günstige Kaufgelegenheit

Soweit der Vorrat  
reicht

# 3 SERIEN SCHÜRZEN

Wir bringen hier zu höchst niedrigen Preisen große Posten Schürzen, die eigens für diesen Zweck angefertigt sind

Weißer Kinder-Schürzen in 6 Größen, reich mit Stickerei garniert . . .

durchweg  
Stück

Schwarze Schulschürzen a. gutem Panama in verschied. Größen

durchweg  
Stück

Reformschürzen moderne Formen und Garnierungen . . .

durchweg  
Stück

Farbige Kinder-Schürzen in 6 Größen, moderne Formen u. Garnierungen

95

Tändelschürzen aus modelfarbenem Satin mit Spitzen . . .

1.45

Miederschürzen mit aparten Besätzen . . .

1.75

Weißer u. bunte Zierschürzen ohne Träger, reich garniert . . .

Miederschürzen aus Kretonne, mit Borten-Garnierung . . .

Hausschürzen ohne Latz, aus waschechtem Gingang . . .

Weißer Teeschürzen mit Trägern, elegant garniert . . .

Pfennig

Kinderschürzen bunt gemustert, in verschiedenen Größen und Garnierungen . . .

Servier- und Teeschürzen mit Stickerei-Trägern . . .

Wirtschaftsschürzen mit Volant, Tasche und Bortengarnierung

Farbige Trägerschürzen mit Volant aus Prima-Gingang . . .

Hausschürzen mit Volant, extraweit . . .

Kinderhänger in verschiedenen Größen, türkisch gemustert . . .

Weißer Servierschürzen Miederform, mit Stickerei-Achseln . . .

Hocheleg. Zierschürzen mit breiter Stickerei garniert . . .

# 3 SERIEN STIEFEL

Serie I

## Damen- und Herrenstiefel

aus Chevreau oder Boxcalf in modernen Formen

durchweg Paar

9.75

Serie II

## Damen- und Herrenstiefel

aus Chevreau oder Boxcalf, zum Teil mit Lackbesatz, Goodyear-Welt

durchweg Paar

11.25

Serie III

## Damen- und Herrenstiefel

erstklassiges Fabrikat in modernen amerikanischen und schlanken Formen

durchweg Paar

13.75

Im Passage Kaufhaus  
**PHOTOGRAPH. ATELIER**  
Visit blank Dtz. 1.80  
Kabinel "4.80

Heute Donnerstag in der **Lebensmittel-Abteilung** soweit der Vorrat reicht

Junge Gänse	Pfund	58	Pf.
Italienische Goldtrauben	Pfund	20	Pf.
Schelfische Prima-Qualität	Pfund	22	Pf.
Wilde Kaninchen gestreift	Stück	60	Pf.

*Prüfungsur! auf der Linie der Qualität*

**Koronoer**  
aus den Tabak-Fabriken  
J. Goldfarb Preuss. Stargard  
gegründet 1839.  
Tabac russe à priser, goût de Kowno.  
Prawdziwa tabaka do zazywania „Kownoer“

Eigene Fabrikation im Hause!

## Möbelfabrik

Julius Apelt, Tischler-Meister 1239L\*

6. Adalbertstraße No. 6 Hochbahnhof Kottbuser Tor

### Komplette Wohnungs-Einrichtungen

zum Preise von 500, 600, 700, 800, 900, 1000 M. usw. stehen zur Ansicht in modernster Ausführung von den einfachsten bis zu den elegantesten in meinen großen Fabrik- und Verkaufsräumen.  $\Delta \nabla \Delta$  Auf Wunsch Zahlungs-erleichterung.

## Rollschuhbahn

Kurfürstendamm 151

Vormittags 11-1 Uhr. Nachmittags 3 $\frac{1}{2}$ -12 Uhr.

**Attraktionen 5 $\frac{1}{2}$  u. 9 $\frac{1}{2}$  Uhr**

Charlotte. The great Monohan.  
Die kl. Rollschuhkönigin. D. größte Rollschuhkünstl. d. Welt.

Um 11 Uhr abends: Adelaide D'Vorak läuft um die Wette mit irgend einem Besucher der Bahn.  
Ein Paar Winslow Skates dem Gewinner.  
100 Mk. demjenigen, der während der Dauer des Gastspiels von Fri. D'Vorak die beste Zeit gegen sie erzielt.

## Möbel auf Kredit

Nächstes Kredithaus der östl. Vororte

ganze Wohnungseinrichtungen schon mit 15 M. Anzahlung, bis zu den elegantesten, Abzahlung 1, 2, 3 M. usw. — bei

Fahrgeld wird vergütet.

**A. Kretschmann & Co.,**  
Koppenstr. 4 (Ecke Madaistraße, Am Schles. Bahnhof).  
Fahrgelegenheit n. allen Stadtteilen

**Kassa-Preisen.**

## Möbel

liefert auf bequeme Teilzahlung bei kleinster Anzahlung in bester Qualität (mit größter Rücksicht bei Krankheit und Arbeitslosigkeit)

**E. Cohn, Gr. Frankfurterstr. 58**

Die Gewerkschaftspresse über Magdeburg.

I.

Schon vor dem Magdeburger Parteitag hatten verschiedene Gewerkschaftsblätter und Gewerkschaftsführer erklärt, daß sie den Nürnberger Beschluß bezüglich der Budgetverweigerung für politisch verkehrt hielten, da nach ihrer Ansicht die Frage der Budgetbewilligung oder Verweigerung nicht eine prinzipielle, sondern lediglich eine taktische Frage sei. Nachdem die sozialdemokratische Partei nun einmal dazu übergegangen sei, sich an den parlamentarischen Arbeiten zu beteiligen und auf dem parlamentarischen Boden für die Rechte der Arbeiterschaft zu kämpfen, dürften den sozialdemokratischen Fraktionen nicht von außen her, ohne Rücksicht auf die veränderliche parlamentarische Situation, Verhaltensmaßregeln und Direktiven erteilt werden, die sie von vornherein zu einer bestimmten Stellungnahme zwingen. Die Fraktionen müßten vielmehr die Freiheit haben, je nach den besonderen Umständen ihren ganzen Einfluß für oder gegen bestimmte Vorlagen in die Wagschale zu werfen.

Bleibt diese Auffassung, nach der nicht die Masse der Parteimitglieder das parlamentarische Verhalten der von ihnen erwählten Abgeordneten zu bestimmen hat, sondern diese nach ihrem bestem Ermessen allein zu entscheiden haben, wie sie in den Parlamenten stimmen wollen, vom demokratischen Standpunkt aus richtig ist, kann hier unstrittig bleiben; jedenfalls war von vornherein anzunehmen, daß bei der Beurteilung der Vorgänge auf dem Magdeburger Parteitag durch die Gewerkschaftsblätter dieser unserer Ansicht nach völlig unrichtige Standpunkt eine erhebliche Rolle spielen würde.

Wie ein Blick in die Meinungsäußerungen unserer Gewerkschaftspresse lehrt, ist das denn auch in weitestem Maße geschehen. Aber wenn auch schon vor dem Parteitag viele Gewerkschaftsblätter daran keinen Zweifel gelassen hatten, daß sie den Nürnberger Beschluß für verkehrt oder unangebracht hielten, so hatten sie doch meist betont, daß, nachdem nun einmal dieser Beschluß von der höchsten Instanz der Partei ordnungsmäßig mit großer Mehrheit gefaßt worden war, alle Parteimitglieder ihn als selbstgegebenes Gesetz der Partei zu respektieren hätten, und demnach ein bewußtes Hinwegsehen eines Teiles der Parteimitglieder über diesen Beschluß nichts anderes sei, als ein Disziplinbruch, und daß, wenn solche Nichtachtung ordnungsmäßiger Beschlüsse in den Reihen der Gewerkschafts- und Parteimitglieder eintreten sollte, dadurch die Gesamtorganisation gesprengt und zerfallen würde.

Um so mehr muß es Verwunderung erregen, daß das „Correspondenzblatt der Gewerkschaften Deutschlands“ in seiner letzten Nummer (vom 8. Oktober) den Disziplinbruch offen für berechtigt erklärt, nämlich dann, wenn diejenigen, die Neigung haben, die Disziplin zu brechen, ihrerseits zu der Ansicht kommen, daß der Disziplinbruch im Interesse der Selbsterhaltung oder der Einheit der Partei geboten sei. Ganz offen, ohne Einschränkung, verkündet das „Correspondenzblatt“: „Aber so hoch wir auch die Disziplin achten, die wir auch von jedem, ob hoch ob niedrig, verlangen — höher steht und doch die Selbsterhaltung der Partei, die Einheit der Partei, die durch die blinde Durchsetzung eines nicht für alle Verhältnisse passenden Beschlusses in Stücke zu gehen droht.“

Das ist das gerade Gegenteil von dem, was andere Gewerkschaftsblätter und Gewerkschaftsführer öffentlich ausgesprochen haben; denn der Artikelschreiber stellt mit diesem Satz allen zukünftigen Disziplinbrechern geradezu einen Freibrief aus. Sie brauchen nur zu erklären, daß sie den Beschlüssen der Parteitage entgegengehandelt haben, weil ihrer Ansicht nach die Selbsterhaltung oder die Einheit der Partei ein solches Zuwiderhandeln erfordert hätte — und ihr Disziplinbruch ist gerechtfertigt. Jeder erhielt dadurch das Recht, seine persönliche Ansicht über die Beschlüsse der Parteitage zu stellen.

Wir glauben deshalb auch, den Artikel der Nr. 40 des „Correspondenzblattes“ nicht als die Ansicht der gesamten Generalkommission der Gewerkschaften ansehen zu dürfen, sondern lediglich als die Privatmeinung des leitenden Redakteurs des „Correspondenzblattes“, der in seiner Voreingenommenheit für revisionistische Bestrebungen sich der Konsequenzen seiner eigenen Versicherungen für die gewerkschaftliche und parteipolitische Disziplin wohl kaum bewußt geworden ist.

Im Zusammenhang heißt es über die auf dem Magdeburger Parteitag gefaßten Budgetverweigerungsbeschlüsse im

Correspondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

Diese Beschlüsse bedeuten eine ganz bedenkliche Verschärfung der inneren Parteisituation. Nicht daß in Zukunft Budgetbewilligungen etwa unmöglich wären. Die werden vorkommen mit und ohne Verletzung auf die Beschlüsse von Nürnberg und Magdeburg. Aber der Streit über die Gründe der Budgetbewilligung und über die Zulänglichkeit und Echtheit dieser Begründungen wird unter dem Obium des Parteivertrats gefässiger als jemals zuvor geführt werden. Er wird kein Streit der einzelnen mit dem Parteiaus-schluß bedrohten und bestraften Personen bleiben, sondern er wird die gesamten Parteioptionen vergiften und zu Spaltungen führen, die seither noch immer glücklich vermieden werden konnten. Dieser Gefahr können auch die Gewerkschaften nicht gleichgültig gegenüberstehen. Wenn auch Partei und Gewerkschaften nicht eins sind im Sinne der Organisation, Aufgaben und Mittel, so sind sie doch eins in ihren Mitgliedern und ihrer Weltanschauung und sie sind aufeinander angewiesen. Jede Spaltung der Partei muß unter solchen Umständen die gleichen Konflikte im Schoß der Gewerkschaften hervorrufen und deren Einheit gefährden. Aber es ist nicht lediglich die Sorge um das eigene Wohl, die die Gewerkschaften stark beunruhigt, sondern ebenso sehr leitet sie dabei ihr lebhaftes Interesse für die Partei. Die Gewerkschaften brauchen eine starke Arbeiterpartei nicht weniger, als die Partei starke Gewerkschaften braucht. Hätten sie diese Partei nicht schon seit Jahrzehnten, so müßten sie, wie in England, eine solche ins Leben rufen. Glücklicherweise haben sie letzteres nicht mehr nötig, — aber das entbehrt sie nicht der Pflicht, sich um diese Partei zu kümmern und darauf zu achten, daß dieselbe nicht durch Zersplitterung geschwächt oder untergraben werde. Eine einheitliche Partei tut uns so bitter not wie eine heilige Gewerkschaften. Vielleicht kommt diese Notwendigkeit manchen Genossen, besonders den jüngeren, die nie etwas anderes als diese Parteinheit kennen lernten, nicht so recht zum Bewußtsein, — vielleicht erscheint einigen Genossen diese ewige Einheit schon etwas langweilig und ein frischer, fröhlicher Parteistreit wäre ihnen schon weit lieber. Wenn solche Auffassungen in der Partei Platz greifen sollten, dann dürften sie mit dem ernstesten Widerstand der deutschen Gewerkschaften zu rechnen haben. Unsere Gewerkschaftskreise haben das größte Interesse daran, daß die Partei einheitslich und geschlossen bleibt. Sie werden jeden

Versuch, eine Spaltung herbeizuführen, nachdrücklich bekämpfen. Das erklärt es auch, weshalb die meisten der auf dem Magdeburger Parteitag antretenden Gewerkschaftler gegen den Zusatzartikel Zubeil und Genossen stimmten. Aus dem gleichen Grunde traten unsere Gewerkschaftskreise auch für die Aufhebung der Nürnberger Resolution ein, die die Gefahr künftiger Spaltungen der Partei herausbeschwört. Wenn ein Teil der Parteipresse darüber die Gewerkschaftsführer angreift und ihnen das Verständnis für die im Parteileben nicht minder wie in den Gewerkschaften notwendige Disziplin abspricht, so sind diese Vorwürfe durchaus deplaciert. Wir wollen durchaus nicht bestreiten, daß durch den unglücklichen Nürnberger Beschluß die Budgetverweigerung zu einer Frage der Disziplin gemacht worden ist. Eben deshalb erschien uns schon damals dieser Beschluß so gefährlich. Aber so hoch wir auch die Disziplin achten, die auch wir von jedem, ob hoch, ob niedrig, verlangen, — höher steht und doch die Selbsterhaltung der Partei, die Einheit der Partei, die durch die blinde Durchsetzung eines nicht für alle Verhältnisse passenden Beschlusses in Stücke zu gehen droht. Auch die Gewerkschaften haben schon der Disziplin Konzessionen machen müssen, wenn die Verhältnisse andere und stärkere wurden, als vorausgesehen war. Deplaciert ist auch der Vergleich der Budgetbewilligungsfrage mit der Episode der Lokalorganisten. Die Lokalorganisten wollten nichts von einheitlicher Organisation wissen, sie behinderten das Zustandekommen einer Einigung der Arbeiter. Deshalb verlangten die Gewerkschaften, daß sie außerhalb der modernen Arbeiterbewegung gestellt würden. Die badischen Genossen stehen durchaus auf dem Boden der Parteinheit; sie verlangen nur etwas mehr Aktionsfreiheit auf dem Gebiete der Landesgesetzgebung. In diesen Dingen schadet sicherlich ein übertriebener Zentralismus der Partei weit mehr als den Gewerkschaften, obwohl die letzteren auch der Aktionsfreiheit der einzelnen Gänge schon recht weitgehende Konzessionen gemacht haben.

Genau das wichtigste ist die Erhaltung der Einheit der Partei. Eben deshalb, um diese Einheit und damit zugleich der Partei ihre Schlagfertigkeit zu erhalten, hat die Mehrheit in Magdeburg auf die erneute Provokation Franks den Zusatzartikel Zubeil beschloffen.

Wie soll denn diese auch vom „Correspondenzblatt“ verlangte Einheit aufrechterhalten werden? Wie in jeder Partei gibt es auch in der sozialdemokratischen über manche prinzipielle Fragen verschiedene Meinungen. Soll nun jedem einzelnen freigestellt werden, in solchen Fragen nach eigenem Ermessen zu handeln, oder soll irgendeinem Ausschuss folgen, führender Genossen, dem Parteivorstand, der Reichstagsfraktion, den Landtagsfraktionen, die Entscheidung darüber überlassen werden, welche Wahlen einzuschlagen sind? In einer demokratischen Partei kann nur dadurch die Einheit gewahrt werden, daß die strittigen Fragen zur Diskussion gestellt, die Gründe und Gegenstände erwohnen werden, und darauf die gewählten Vertreter der Parteimitglieder auf den Parteitagen entscheiden, welche Stellung die Abgeordneten, das heißt, die Beauftragten der Partei, bei den Abstimmungen in den Parlamenten zu den betreffenden Fragen einzunehmen haben. Und selbstverständlich müssen solche auf den Parteitagen gefaßten Beschlüsse für alle Parteimitglieder ohne Ausnahme bindend sein; denn wenn es jedem freistehen sollte, nachher seine eigene Einsicht über die der Parteimehrheit zu stellen und zu handeln, wie es ihm beliebt, hat die ganze Beschlusfassung keinen Sinn.

Daß die vom „Correspondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands“ vertretene Auffassung nicht als die Meinung der Gewerkschaften gelten kann, beweist die Tatsache, daß verschiedene der größeren Gewerkschaftsblätter die Ergebnisse des Magdeburger Parteitages ganz entgegengefeßt beurteilen. So schreiben:

Der „Zabaz-Arbeiter“:

Eine Resolution des Parteivorstandes sprach den badischen Disziplinbrechern die „allerhöchste Mißbilligung“ aus, aber das genügt der Mehrheit nicht, sie beantragte einen Zusatz, der weiteren Nichtachtungen der Parteitagsbeschlüsse durch Einleitung des Ausschlußverfahrens einen Riegel vorschleiben wollte. Diesen Antrag abgelehnter Parteivorstand und Kontrollkommission nicht, es wurde darum eine Erklärung vereinbart, die beiden Seiten genügt hätte, wenn nicht die „Revisionisten“ durch den Mund Franks in letzter Minute hätten verhindern lassen, daß sie noch nicht müßten, ob sie sich fügen würden. Eine derartige Brückentüchtigkeit ließ sich die Mehrheit nicht gefallen, sie brachte daher einen neuen Antrag ein, der feststellt, daß das Ausschlußverfahren einleitet werden muß gegen den, der gegen den Nürnberger Parteitagsbeschluß verstößt. Und die Mehrheit setzte trotz der Obstruktion der Revisionisten diesen Antrag durch. Mit 228 gegen 68 Stimmen wurde er angenommen.

Gegen den Antrag stimmten leider auch Gewerkschaftsführer, obgleich der Vorsitzende der Generalkommission, Genosse Legien, vor einer Mehrer Versammlung, in der richtigen Voraussetzung, daß strikter Disziplin die erste Voraussetzung für alle Aktionen der Arbeiterbewegung sei, erklärt hat, er sei für den Ausschluß der Disziplinbrecher aus der Partei. Wir stimmen hierin ganz mit Legien überein. Wohin sollte es in den Gewerkschaften kommen, wenn man Disziplinbrecher als Mitglieder der Gewerkschaften weiter in den eigenen Reihen durch ihr böses Beispiel Unheil anrichten lassen wollte! Und da Partei und Gewerkschaften zusammengehörnde Teile der Arbeiterbewegung sind, müssen beide streng darauf achten, daß alle Beschlüsse der Parteitage wie der gewerkschaftlichen Generalversammlungen zu respektieren sind, bis eventuell eine andere Mehrheit anders beschließt.

Indem also jene Gewerkschaftsführer die Disziplinbrecher in der sozialdemokratischen Partei sogar von einem Ratum der höchsten Mißbilligung — der Ausschluß war gar nicht beantragt — verschont wissen wollten, gaben sie ein schlechtes Beispiel, das der Einheit der Arbeiterbewegung keinen Dienst leistet.

Die „Nachzeitung für Schneider und Wäschearbeiter“:

Als gute Sozialdemokraten werden sich die süddeutschen Genossen, des sind wir überzeugt, dem Beschluß des Parteitages fügen. Was ihnen aber nicht verwehrt werden kann, ist, daß sie diese Frage zu gegebener Zeit wiederum zur Diskussion stellen werden. Ja, sie sind sogar dazu verpflichtet, wenn sie davon überzeugt sind, daß die heutige Stellung der Partei zur Budgetfrage unhaltbar ist, wie von ihren Vertretern wiederholt erklärt wurde. Würden sie es nicht tun, dann würden sie beweisen, daß sie unüberlegt und gedankenlos gehandelt haben. Hoffentlich werden dann aber die süddeutschen Genossen nicht wieder den gleichen Fehler machen wie diesmal, wo sie erst durch einen Disziplinbruch diese Frage zur Diskussion gebracht haben. Denn daß sie diesmal einen Fehler gemacht haben, indem sie entgegen dem Nürnberger Parteitagsbeschluß für das Budget stimmten, der Meinung sind auch wir, wenn wir auch mit ihnen der Meinung sind, daß die Budgetfrage keine Frage des Prinzips, sondern der Taktik ist, und daß die heutige Stellung der Partei zu dieser Frage auf die Dauer nicht aufrechtzuerhalten ist.

Die „Solgarbeiter-Zeitung“:

„An dem Organ einer Gewerkschaft, die täglich im Kampfe mit den Gegnern liegt, ist es nicht notwendig, des langen auseinanderzugesen, daß die unbedingte Respektierung der nach

gründlicher Beratung gefaßten Beschlüsse die erste Erfordernis für den Erfolg ist. Weidlich wie in den Gewerkschaften liegen aber auch die Dinge in der Partei, und es kann deshalb für uns Gewerkschaftsmitglieder keinem Zweifel unterliegen, daß die durch die Mehrheit der badischen Landtagsabgeordneten erfolgte Zustimmung zum Budget als eine im Widerspruch zu den Parteitagsbeschlüssen stehende Handlung eine ernsthafte Rüge erforderte.

Wir können aber auch denen nicht beistimmen, welche den Beschluß, der die sozialdemokratischen Abgeordneten verpflichtet, in der Schlussabstimmung das Staatsbudget abzulehnen, als verfehlt betrachten. Die Sozialdemokratie ist keine Partei wie die anderen. Alle anderen politischen Parteien stehen grundsätzlich auf dem Boden der kapitalistischen Wirtschaftsordnung und ihr Streben ist nur darauf gerichtet, innerhalb dieser Wirtschaftsordnung das bestehende Kräfteverhältnis zu verschieben. Die Sozialdemokratie aber will diese auf der Klassenherrschaft basierende Wirtschaftsordnung beseitigen und eine Gesellschaftsordnung einführen, in welcher es keine Klasseverhältnisse gibt. Von unseren Vertretern in den Parlamenten verlangen wir, daß sie kein Mittel unterzucht lassen, um die Lage der arbeitenden Massen zu heben. Sie sollen aber darüber nicht vergessen, ihrer grundsätzlichen Gegnerin gegen die heutige Wirtschaftsordnung und gegen die Klassenherrschaft Ausdruck zu geben, und das tun sie, indem sie das Budget ablehnen.“

Gerichts-Zeitung.

Verdorbenes Fleisch.

Vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte hatte sich die Schlächtermeisterfrau Schülzad wegen Nahrungsmittelvergehens zu verantworten. Die Badewärterin A. hatte bei der Angeklagten für 90 Pf. Schweinefleisch gekauft, die sich nach der Zubereitung als total verdorben und ungenießbar erwiesen. Sie brachte das Fleisch der Angeklagten mit dem Bemerkung wieder hin, sie, Frau Schülzad, möge es selbst essen und verlangte ihr Geld zurück. Die Angeklagte nahm das Fleisch, brachte es sofort zur Seite und war nicht zu bewegen, es wieder herauszugeben, obwohl die Frau A. darauf bestand. Nur durch Zufall gelang es der letzteren, noch ein kleines Stück davon zu erhalten, das sie als Unterlage für die Anzeige verwendete. Die Angeklagte behauptete, nur ein Ohr verlaßt zu haben. Das bezeugte der Vorsitzende als für die Sache selbst ganz belanglos. Der Poligastierarzt, der das Fleisch untersucht hatte und als Zeuge anwesend war, sagte aus, daß daselbst einen starken Fäulnisgeruch verbreitet habe und zweifellos zur Zeit des Verkaufs, vielleicht auch schon bei der Einpackung, hochgradig verdorben gewesen sei. Der Umstand, daß die Käuferin das Fleisch kurze Zeit ins Wasser gelegt hatte, mag den Fäulnisprozess etwas beschleunigt haben, ändere jedoch nichts an der Tatsache, daß es eben schon beim Verkauf ungenießbar war.

Die Angeklagte wandte zu ihrer Verteidigung ein, daß sie nicht an jedem Stück Ware riefen könne, ob es gut sei, auch sei sie nur Verkäuferin und habe die Ware abzugeben, die ihr vom Chef übergeben werde.

Das Gericht ging auf die Argumentation der Angeklagten nicht ein, sondern verurteilte sie wegen Fahrlässigkeit zu einer Geldstrafe von dreißig Mark. Ob sie nur Verkäuferin sei, läßt nicht in Betracht. Auf sie treffe die Bestimmung bezüglich des Festhaltens von Lebensmitteln zu. Wie und auf welche Art sie feststelle, ob die Ware brauchbar ist, sei ihre Sache. Bei einer Frucht zum Beispiel könne man äußerlich manchmal deren Zustand nicht erkennen. In einem solchen Falle könnte ein Angeklagter freigesprochen werden. Anders aber bei Fleisch. Hier sei äußerlich schon durch Gestank und Geruch festzustellen, ob es gut oder schlecht ist. Die Angeklagte habe mindestens fahrlässig gehandelt, als sie das Fleisch ohne nähere Prüfung verlorste. Etwas anders falle im Gewicht, daß sie mit allen Mitteln verucht habe, das Fleisch bei der Rückgabe zu verbergen, um einer Anzeige bzw. einer Strafe zu entgehen.

Einsparung der Görtler Stadthallen.

Die von und bereits gestern gemeldete Aufhebung des Görtler Urteils durch das Reichsgericht wurde wie folgt begründet: Die Feststellung, daß es sich hier um eine allgemein anerkannte Regel der Baukunst handelt, ist nicht einwandfrei begründet. Ist aber nicht festgestellt, daß der Angeklagte gegen eine solche Regel gehandelt hat, dann fällt auch die Voraussetzung für die Verurteilung wegen fahrlässiger Tötung und Körperverletzung, weil dann die Voraussetzbarkeit fehlt. Denn wenn ihm ohne besonderes Verschulden die fraglichen Regeln nicht bekannt waren, so ist nicht leicht einzusehen, wie er den schädigenden Erfolg seiner Handlungsweise hätte voraussehen können. Was die Strafkammer als nachlässige Praxis und eingetragenen Mißbrauch bezeichnet, mag theoretisch richtig sein, aber auf den vorliegenden Fall angewendet, entbehrt die Annahme einer zureichenden Begründung. Denn wenn eine ganze Klasse von Technikern die fragliche Regel nicht kennt, wenn ein Sachverständiger, gegen dessen Lichtigkeit gar nichts einzuwenden ist, wenn ein Lehrbuch, das als gut bezeichnet wird, wenn selbst die Modelle der Bauwerkschule nichts davon wissen bzw. enthalten und schließlich die Sachverständigen selbst sich dafür ausgesprochen, daß es sich um allgemein anerkannte Regeln nicht handelt, dann kann der Ausspruch der Strafkammer, daß es sich hier um eine nachlässige Praxis und einen eingetragenen Mißbrauch handle, nicht als genügend begründet betrachtet werden.

Der Verlauf des Prozesses zeigt von neuem, wie dringend erforderlich die Einstellung von Bankkontrolleuren aus den Arbeiterkreisen ist. Weit weniger an einer Verstrafung derjenigen, denen der Tod und die Gesundheitsgefährdung von Arbeitern zur Last fällt — in Görtlich sind fünf Arbeiter getötet, drei schwer verletzt — aber an der Verhütung solcher Unfälle liegt der Arbeiterklasse. Und dennoch erscheint die Aufhebung des verurteilenden Erkenntnisses recht bedenklich. Der Waiseiter hatte die Pflicht, alle Regeln der Baukunst anzuwenden und wenn er die Regeln nicht kannte, so liegt in der Übernahme solcher Waise trotz seiner Unkenntnis eine grobe Fahrlässigkeit, für die er auch strafrechtlich verantwortlich ist. Die Gründe des Reichsgerichtsurteils präzisieren so geradezu das Eintreten einer Leben und Gesundheit gefährdenden Nachlässigkeit. Auf allen anderen Gebieten gilt das Uebelhandnehmen strafbarer Handlungen nicht als Entschuldigung, sondern als Erschwerung. Oder würde etwa ein Gericht sich finden, das jemand, der gestohlen hat, freispricht, weil bei ihm die Praxis des Stehlens sich eingebürgert hat? Mit Recht hat das Görtlicher Urteil das Umsichgreifen einer lieblichen Praxis, die Leben und Gesundheit Arbeitern raubt, als Erschwerungsgrund bezeichnet. Verdient das Leben und die Gesundheit von Arbeitern etwa weniger strafrechtlichen Schutz als das Eigentumsrecht an einer alten Hose?

Eingegangene Druckschriften.

- Richard Löwenberg. Schauspiel von D. Gerhardt. — Hanfska. Schauspiel von D. Gerhardt. Je 75 Pf., geb. 1 M. Verlag für Literatur, Kunst und Musik, Leipzig.
- Das Schulfürer. Nr. 3. Herausgegeben von O. Th. Meyer. P. A. Müller, Ubarlothenburg 6.
- Protokoll des achten ordentlichen Verbandstages des Deutschen Holzarbeiterverbandes 1910. 206 Seiten. Selbstverlag in Berlin.

**Briefkasten der Redaktion.**

Die juristische Sachkunde findet Vindicta Nr. 69, born der Treppen - 7 a r t h u l - , wochentäglich von 11 bis 7 1/2 Uhr abends, Sonnabends von 11 bis 8 Uhr nachmittags statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Anträge in ein Buchstabe und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antworten wird nicht erteilt. Bitte Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

Connyden Westfalen. Die Sache scheint auf Schwindel zu beruhen. Das Anrecht dürfte ist. Sie wenden sich an einen tüchtigen Spezialarzt. - 47. 1. Rein. 2. Das Erziehungsvorrecht geht allmählich auf die Frau

Aber. - R. S. 46. 1. Sie haben Anspruch auf Erlass der Steuer für die ganze Zeit. Ginnern Sie an baldige Erledigung. 2. Katholisch. - R. S. 80. So weit und bekannt: nein. Sie seien, sich an eine der Volksbühnen zu wenden. - G. I. Betragen Sie einen Ränzengändler. Generalstabkarte 16. Vielleicht entspricht die Touristenkarte von Danes und Umgebung, bearbeitet nach den eigentümlichen topographischen Aufnahmen, Ihren Wünschen. Preis 1,50 R., auf Leinwand gezogen 2,60 R. Zu beziehen durch die Buchhandlung Vorwärts. - 23. C. O. 1. Ja. Sie müssen der Landesversicherungsanstalt Mitteilung machen. 2. Nein. - G. W. 4. Das ist, wie der Name besagt, eine Kreide, nicht städtische Spardose und sicher. - Heidenfeldstr. 18. Der Kasschnitt hat nicht

beigelegt. - Ch. Nr. 149. Das müssen wir ablehnen. - 2. 2. 2. Sie können, unter Ueberreichung einer eidesstattlichen Versicherung des Zeugen, Wiedereinsetzung in den vorherigen Stand beantragen. - R. S. Ja.

**Eingegangene Druckschriften.**

„Mars“, Halbmonatsschrift für deutsche Kultur. Herausgeber: P. Thoma und G. Hesse. Erstes Heft, 1,20 R., 11. Langen in München. Die Zeitschrift, Heft 1. Herausgeber: A. Helms. 50 Pf. A. Janssen, Hamburg.

**Moabiter Gesellschaftshaus**  
Wielestr. 24. Emdener Str. 40.  
Größtes Kientopp-Theater  
Konbits.  
Wöchentliches neues Programm.  
Täglich Vorstellung. Anfang 6 Uhr.  
**Mila-Säle**  
Schönhauser Allee 130, Milastraße 3  
Jeden Sonntag u. Donnerstag:  
**Großer Ball.**  
Anfang 8 Uhr.  
Karl Eisner.

**Handlungsgehilfen! Handlungsgehilfinnen!**  
Donnerstag, den 13. Oktober 1910, abends 8 1/2 Uhr,  
in den „Arminhallen“, Kommandantenstraße 58-59, großer Saal:  
**Öffentliche Versammlung.**  
**Die Konkurrenzklause! und ihre Beschützer.**  
Referent: Reichstagsabgeordneter **Wolfgang Heine.**  
Massenbesuch erwartet  
Centralverband d. Handlungsgehilfen u. Gehilfinnen Deutschl., Bez. Berlin. J. A.: Otto Urban, Neue Königstr. 38.

**Arbeiter-Bildungsschule.**  
Sonntag, den 16. Oktober, abends 7 Uhr, im Englischen Garten, Alexanderstraße 27c:  
Vortrag des Genossen G. Davidsohn über:  
**Bildung und Kultur.**  
Nachdem: Geselliges Beisammensein mit Tanz.  
Eintritt 20 Pf. Garderobe frei. Der Vorstand.

**Deutscher Holzarbeiter-Verband.**  
Verwaltung Berlin.  
**Schirmmacher.**  
Sonnabend, den 15. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal von Josef Gambitsky, Rannustraße 37:  
**Branchen-Versammlung**  
Tages-Ordnung:  
1. Bericht der Kommission über den Anschlag an den Holzarbeiter-Verband. 2. Diskussion. 3. Ausgabe der neuen Mitgliedsbücher.  
Der Obmann.

**Branchen der Vergolder u. Rahmenmacher**  
Am Sonntag, den 16. Oktober 1910, mittags präzise 12 Uhr,  
in der „Alhambra“, Wallner-Theaterstraße 15:  
**Matinee**  
ausgeführt von den „Hoffmanns Sängern“  
(Direktor: Fr. Jantzen)  
Darsteller: Fanther, Krause, Jung, Wiess, Becker, Tieling und Schröder.  
Eintritt 30 Pf. - Kassenöffnung 11 Uhr.  
Billets sind bei den Vertrauensleuten zu haben.

**Achtung! Laubenkolonisten. Achtung!**  
Freitag, den 14. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im Moabiter Gesellschaftshaus, Wielestraße 24:  
**Öffentliche Versammlung.**  
Vortrag über Mißstände in den Kolonien und deren Abhilfe.  
Der Einberufer.

**Verband der Isolierer, Steinholzleger und verwandten Berufsgenossen Deutschlands.**  
Abt. L. Ortsverein der Isolierer Berlins.  
Donnerstag, den 13. Oktober 1910, abends 8 1/2 Uhr:  
**Außerordentliche Mitgliederversammlung**  
in Paul Obiglios Festsälen, Schwedterstr. 23-24.  
Tagesordnung:  
„Die fortgesetzten Provokationen seitens einiger Verbandsfirmen und wodurch können wir diesem Zustand ein Ende bereiten?“  
Nicht eines jeden Kollegen ist es, in dieser Versammlung zu erscheinen und unter den Unorganisierten zu agitieren, daß sie die Versammlung ebenfalls besuchen!  
Der Vorstand. J. A.: H. Langs.

Keine neu renovierten Festsäle mit Bühne und Garten (für 40, 60, 100, 500, 1000 Pers.)  
sind nach an mehreren Geschäftstagen zu vergeben.  
Fritz Wilke, Sebastiansstr. 39 (dicht an der Alten Jakobstraße).  
- Ami IV, 11348. - Besondere Bequemlichkeit nach allen Richtungen.

**Achtung! Vereine u. Gewerkschaften! Königsbank**  
Gr. Frankfurter Str. 117.  
(mit Theaterbühne, elektrisch Licht)  
**noch frei**  
Büstag, d. 16. November, Sonnabend, d. 25. Febr., 11. u. 25. März 1911.  
Um werte Bestellung bittet Curt Breuer, Amt 7 Nr. 6142.

**Lebensunterhalt**  
oder guten Nebenverdienst kann man sich zu Hause mit Stricken für uns oder Privats auf unserer erfindlichen Strickmaschine verdienen. Wir liefern dieselbe mit 50 R. Anzahlung und bequemer Teilzahlung. Unlernen gratis.  
- Streng verhehlt Unternehmen.  
- Strickmaschinen-Vortriebsgesellschaft, m. b. H., Köln.  
Gen.-Dir. P. Hirschfeld, Berlin O. 19, Wallstr. 90/91.  
**Großes Kuffchen**  
erregen die enorm billigen Preise bei Schneidermeister Martin Kats, Treppenstr. 76, nahe dem Thalia-Theater. Herbst- und Winter-Garderobe nach Maß, aus besten deutschen und englischen Stoffen, prima Zutaten, garantiert langlebiger Stoff, erstklassige Verarbeitung. - Fertige Herren-Konfektion in beliebiger Ausprägung in großer Auswahl am Lager. - Kleinstes Hoch- oder Konfektionsgerüst gern geliefert. - Sonstiger dieses Inserats erhält 5 Prozent Rabatt.  
11392\*

**Schuhputz**  
**Servus**  
das Beste  
Überall zu haben in Dosen à 10 und 20 Pfg.  
Fabrik: Lebazynski & Co., Berlin NO.

**Schörige Patent-Mundharmonika**  
ist die Harmonika der Zukunft!  
Von unerreichter Tonfülle u. Klangwirkung!  
D. R. PATENT Nr. 213081.  
Es lassen sich Oktav- und Doppel-Oktavtöne zu gleicher Zeit erzeugen. Durch Drücken auf einen Knopf kann die Oktavstimme auch ausgeschaltet werden und lassen sich auf diese Weise wundervolle Toneffekte erzielen. Kein Musikfreund versumme, sich dies Prachtinstrument anzuschaffen. Auch ist die äußere Ausstattung eine sehr gediegene. (Ganze Länge d. Instr. 12 1/2 cm) Preis in schönem Etui M. 1,00, Porto 30 Pf. extra, gegen Nachnahme oder Voreinsendung (auch Briefmark.).  
**Garantie: Geld sofort zurück, wenn nicht gefällt!**  
Hauptkatalog über Tausende Gebrauchs- und Luxusgegenstände gratis und franko.  
Kirberg & Cie. in Foché No. 4 bei Solingen.

**„Wellendor“ geht allen vor!**  
Beste und Dampfwaschmaschine.  
prakt. Auf Wunsch zur Probe.  
Preislisten gratis und franko.  
Wasch-, Wringmaschinen- und Wäscherollen-Fabrik, gegr. 1866.  
Robert Ziegler, Berlin 26, Mariannenpl. 10 v.  
Bei Barzahlung, Rabatt, Teilzahlung.

An diesem Schild sind die Läden erkennbar, in denen SINGER Nähmaschinen verkauft werden.  
Mustergültig in Konstruktion und Ausführung, gleich vorzüglich für Hausgebrauch u. Industrie.  
**Singer Co. Nähmaschinen Act. Ges.**  
BERLIN, Leipziger Straße 92.  
Läden in den verschiedenen Stadtteilen.

Unserer Genossin und Zahlstellenleiterin 13292  
**Frau Otto**  
die herzlichsten Glückwünsche zu ihrem 50. Geburtstag. Die Genossen und Genossinnen des 108. Bezirks Rixdorf.

Unserem Genossen **Hermann Kruse nebst Braut** zur Vermählung die besten Glückwünsche. 13378  
Die Genossen des 4. Kreises, Bezirk 293.

Unserem Genossen **Emil Köpnick nebst Frau** zur Silberhochzeit die besten Glückwünsche! 13375  
Die Genossen des 4. Kreises, Bezirk 293.

**Sozialdemokratischer Wahlverein** für den 2. Berl. Reichstagswahlkreis. (Bezirk 35.)  
Am Montag, den 10. d. Mts., verstarb unser Mitglied, der Schneider **Richard Pritschow** 42 Jahr alt, Königgräber Str. 111.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 15. d. Mts., nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Dreifaltigkeits-Kirchhofes in Mariendorf, Ehemacher Str. 61, aus statt.  
Um zahlreiche Beteiligung ersucht  
Der Vorstand.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband** Verwaltungsstelle Berlin.  
**Todes-Anzeige.**  
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Werkzeugmacher **Oskar Gießner** am 11. Oktober an Herzleiden gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Freitag, den 14. Oktober, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Philipp-Kloster-Kirchhofes, Müllerstraße, Ecke Seestraße, aus statt.  
Nege Beerdigung erwartet  
123/11 Die Ortsverwaltung.

Hierdurch zur Nachricht, daß mein lieber Mann, der Werkzeugmacher **Oskar Gießner** nach langem schweren Herzleiden verstorben ist.  
Eure Klara Gießner.  
Beerdigung Freitag, nachmittags 4 Uhr, auf dem Friedhof der Philipp-Kloster-Gemeinde, Müllerstraße.

**Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands.** 64/3  
Zahlstelle Groß-Berlin.  
**Nachruf.**  
Am Sonnabend, den 8. Oktober, verstarb nach längerem Krankenlager unser Mitglied **Hermann Bönsch.**  
Ehre seinem Andenken!

**Todes-Anzeige.**  
Montag, den 10. Oktober 1910, 3 1/2 Uhr nachmittags, entschlief nach kurzer, schwerer Krankheit, meine liebe Frau, unsere liebe Mutter und Schwiegermutter **Frau Klara Tippe** geb. 1814  
im 55. Lebensjahre.  
Um stille Teilnahme bitten  
Die trauernden Hinterbliebenen.  
Die Beerdigung findet am Freitag, den 14. Oktober, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Halle des Zentral-Friedhofes Friedrichsfelde aus statt.

**Wanderbare Neuheiten,** Gardinen, Stores, Vitrages, Tüllbettdecken etc. in allen Stilarten. **Pracht-Katalog** ca. 650 Illustrationen gratis und franko. Reste von 3 bis 6 Fenster spottbillig.  
Mein **Gardinen-Apparat** ermöglicht in 5 Minuten Berücksichtigung von ca. 200 Originalmustern.  
653L\*

**Gardinen-Spezialhaus**  
**Emil Lefèvre**  
Berlin, Oranienstr. 158

Sagen allen Verwandten, Freunden und Bekannten, insbesondere dem Sparverein „Victoria“ und dem Schwimmverein „Frisien“ für die liebevolle Beteiligung bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unseres herzensguten Vaters herzlichsten Dank.  
1331b  
**Emilie Runge nebst Kindern.**

**Dankfagung.**  
Für die zahlreichen Beweise herzlicher Teilnahme und die zahlreichen Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes und unseres guten Vaters, des Schlossers **Julius Niedergesäß** sagen wir allen Freunden und Bekannten, insbesondere den Genossen des 6. Berliner Reichstagswahlkreises (Bezirk 73b), den Mitgliedern des Stahlwerks Fiedels Heiter, dem Herrn Chef vom Kontor Personal, den Kollegen der Firma H. Benede und den Turngenossen der 2. Männerabteilung des Turnvereins Fichte unseren herzlichsten Dank.  
**Witwe Niedergesäß und Sohn.**

**Dankfagung.**  
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme anlässlich des Hinscheidens meiner lieben unvergesslichen Frau und guten Mutter, der Hebamme **Ellisabeth Henneberger** sagen wir allen Verwandten, Freunden, Bekannten sowie dem Hebammenverein unseren herzlichsten Dank.  
Der bestrauernde Gatte 124/12  
**Max Henneberger** und Kinder.

**Arbeiter-Wanderbund** „Die Naturfreunde“  
**Wanderfahrten**  
am Sonntag, den 16. Oktober:  
1. Grausberg - Tiefensee. Abfahrt Schleißer Bahnhof 7,36 vorm.  
2. Friedrichshagen - Friedersdorf. Abfahrt Schleißer Bahnhof 1,06 vorm.  
Gäite willkommen. 2/18  
Ausführliche Programme bei Heise, Begegn. 19, zu haben.

**Dr. Simmel**  
Spezial-Arzt  
für Haut- und Harnleiden.  
Prinzenstr. 41, Moritzplatz,  
10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4

**Dr. Schünemann**  
Spezialarzt für Haut- und Harnleiden, Frauenkrankheiten, 6612\*  
jetzt Oranienstr. 139, nahe Moritzplatz, 10-2, 5-7, Sonntags 10-12.

**Gartenstadt Hohen-Neuendorf**  
Wald (Nordbahn), Wasser, Arat, Gas-, Wasserleitung, Gemeinde-u. h. h. Schulen Am Schützenhaus 8 herri. Hochwald-Landbaustellen, 10%, Anzahl. Tilgung des Restes in 10 Jahren. Katen. 12 Mark.  
Illustr. Broschüre gratis!  
Berlin, Neuo Wollenberg, Königstr. 71.  
Fernspr. VII, 3038

**Kiefern Kloben,** 1,00 m lg., I. und II. Klasse, sowie Kiefern Zapfenknäuel, Buchen Zapfenknäuel und Buchen Zapfenknäuel sind laufend preisw. magonmelle abzugeben. Anfragen bei, unt. Ch. K. 2351 Rudolf Mosse, Rixstr. 36. \*

**Gardinen-Spezialhaus**  
**Emil Lefèvre**  
Berlin, Oranienstr. 158

**Wanderbare Neuheiten,** Gardinen, Stores, Vitrages, Tüllbettdecken etc. in allen Stilarten. **Pracht-Katalog** ca. 650 Illustrationen gratis und franko. Reste von 3 bis 6 Fenster spottbillig.  
Mein **Gardinen-Apparat** ermöglicht in 5 Minuten Berücksichtigung von ca. 200 Originalmustern.  
653L\*

# Theater und Vergnügungen

**Donnerstag, 13. Oktober.**  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Neues Königl. Opern-Theater.**  
Margarete.  
**Königl. Schauspielhaus.** Die  
Habsburgerin.  
Deutsches. Don Carlos.  
Anfang 8 Uhr.

**Kammerspiele.** Die Komödie  
der Irrungen. Die Heirat wider  
Willen.  
**Leipzig.** Wenn der junge Wein  
blüht.  
**Berliner. Puffkuchenmädels.**  
Neues. Der Abschied vom Regiment.  
Gewisses Etwas.  
**Neues Schauspielhaus.** Die Jung-  
frau von Orleans.  
Komische Oper. Söhne.  
Residenz. Noblesse oblige.  
Kleines. Die verzeigten Frauen-  
zimmer. Erster Klasse.  
**Thalia.** Polnische Wirtin.  
**Schiller O. (Wallner-Theater.)**  
Der Dummkopf.  
**Schiller Charlottenburg.** Die  
Braut von Messina.  
**Friedrich-Wilhelmsstädtisches.**  
Revolutionshochzeit.

**Berliner Volkstheater.** Der Frei-  
schütz. (Anfang 8 1/2 Uhr.)  
**Leipzig. Kean.**  
**Leipzig. Die schönste Frau.**  
Modernes. Die beste der Frauen.  
Trianon. Pariser Witwen.  
Neues Operetten. Der Graf von  
Luxemburg.  
**Leipzig. Der Feldherrnhügel.**  
**Herrnsfeld.** Eine verlorene Nacht.  
Der Deschöffer.  
**Leipzig. Die gute Partie.**  
**Folies Caprice.** Der schwarze  
Schimmel. — Boße Pension.  
(Anfang 8 1/2 Uhr.)  
**Metropol. Kurra — Wir leben**  
noch!

**Kaffee. Der schneidige Rudolf.**  
**Apollon. Spezialitäten.**  
**Verlage. Spezialitäten.**  
**Reichshallen. Stettiner Sänger.**  
**Wintergarten. Spezialitäten.**  
**Karl Haberlaub. Spezialitäten.**  
**Sandföhr. Au hal's geschöppt.**  
**Spezialitäten. (Anf. 8 1/2 Uhr.)**  
**Urania. Tausend Jahre 1849.**  
Prof. H. Poincaré-Paris: „La  
mécanique nouvelle.“  
Im Hofsaal 8 Uhr: Dr. W. Berndt:  
„Die allgemein-biologische Be-  
deutung von Tod und Fort-  
pflanzung.“  
**Sternwarte. Zumbaldenstr. 57-62.**

**Lessing-Theater.**  
8 Uhr: Wenn der junge Wein  
blüht.  
Freitag 8 Uhr: Tantiß der Narr.  
**Berliner Theater.**  
Heute 8 Uhr: Gastspiel Hans Niese.  
**Das Musikantenmädels.**

**Neues Theater.**  
Gastspiel Ferdinand Bonn:  
Heute Donnerstag:  
Abschied vom Regiment.  
Das gewisse Etwas.  
Freitag zum erstenmal: Der Eiter  
von Olvera.

**Theater des Westens.**  
Anfang 8 Uhr.  
**Die schönste Frau.**  
Sonnt. 8 1/2 U.: Die geschiedene Frau.  
**Modernes Theater**  
(früher Hebbeltheater).  
Heute und täglich 8 Uhr:  
**Die beste der Frauen.**

**Lustspielhaus.**  
Heute abend 8 Uhr:  
**Der Feldherrnhügel.**  
**Berliner Volkstheater**  
Abends 7 1/2 Uhr:  
**Der Freischütz.**

**Residenz-Theater.**  
Direktion: Richard Alexander.  
Abends 8 Uhr:  
**Noblesse oblige.**  
Schwank in 3 Akten von Hennequin  
und Weber.  
Morgen und folgende Tage 8 Uhr:  
**Noblesse oblige.**

**Luisen-Theater.**  
Abends 8 Uhr:  
**Kean oder: Genie und Leinwand.**  
Freitag: Die Brüder v. St. Bern-  
hard.  
Sonntag 4 Uhr große Kinder-  
vorstellung: Frau Holle. 8 Uhr:  
Drei Gekochte Weiber.  
Sonntag nachm. 8 Uhr: Die Ehe  
vom Urtenhof. Abends 8 Uhr: Der  
Jahrluch im Kloster.  
Montag: Der Jährluch im Kloster.

**ROSE-THEATER**  
Große Frankfurter. Str. 132.  
Anf. 8 Uhr. Ende 10 1/2 Uhr.  
**Die gute Partie.**  
Schwank in 3 Akten v. H. Wipshütz.  
Freitag: Das Gefängnis.  
Sonntag nachm. 3 Uhr Schiller-  
vorst.: Die Anna-Lise. Abends  
8 Uhr zum erstenmal: Das neue  
Gebet.

**Trianon-Theater.**  
Abends 8 Uhr:  
**Pariser Witwen.**

**Urania.**  
Wissenschaftliches Theater.  
Taubenstraße 48/49.  
Heute abend 8 Uhr:  
Prof. H. Poincaré-Paris:  
„La mécanique nouvelle.“  
Hofsaal 8 Uhr:  
Dr. W. Berndt: Die allgemein-  
biologische Bedeutung von Tod  
und Fortpflanzung.

**Friedrich-Wilhelmsstädtisches  
Schauspielhaus.**  
Donnerstag, 13. Okt., abends 8 Uhr:  
**Revolutionshochzeit.**  
Freitag 7 Uhr zum ersten Male:  
Giordano Bruno.  
Sonntag 3 Uhr: Ariemhilds  
Nacht. 8 Uhr: Revolutionshochzeit.

**Apollon  
Theater**  
Abends 8 Uhr:  
Das sensationelle Programm.  
8 1/2 Uhr: Verbotene Frucht.  
9 1/2 Uhr: Rudolf

**Schildkraut.**  
**Metropol-Theater.**  
**Kurra!!!**  
**Wir leben noch!!!**  
Große Musikantenrevue in 7 Bildern  
v. J. Freund. Musik v. B. Holländer.  
In Szene gesetzt von Dr. H. Schulz.  
Anfang 8 Uhr. Handen gehalten.

**WINTERGARTEN**  
**Neues Programm!**  
**Saharet**  
in ihren neuen Kreationen.  
**The 3 Meers**  
humoristischer Drahtseil-Akt.  
**Reynolds and Donegaw**  
das amerikanische Tänzerpaar  
in vollend. Rollen- u. Meisterkunst  
sowie eine Kette  
hervorragender Kunstkräfte.

**Passage-Theater.**  
Abends 8 Uhr:  
**Die Jungfrauen  
von Sais.**  
Die 3 mystischen  
**Schatten**  
und die großen Attraktionen  
des Oktober-Programms.

**Passage-Panoptikum.**  
**Prinz Atom,**  
der kleinste Mensch aller Zeiten  
lebend!  
**Buddhas dunkles  
Geheimnis.**  
Der Mann mit dem  
eisernen Schlund!  
Alles ohne Extra-Entree!  
Eintr. 50 Pf., Kind. u. Soldaten 15 Pf.

**Herrnsfeld  
Theater**  
Von 8-11 **Stürmisches Leben** aber  
**Eine verlorene Nacht**  
Ein lustiger Trauerfall in 2 Akten  
von Anton und Donat Herrnsfeld.  
Sturm: **Der Derby-Sieger.**  
Komödie von H. Reichardt.  
Anf. 8 Uhr. Vorverf. 11-2 (Theater).

**Walhalla-Theater**  
Weinbergweg 19/20.  
Anfang 8 1/2 Uhr.  
**Bravo! — Da capo!**  
Eine Allerwelts-Revue  
in 5 Bildern von H. Reichardt, Musik  
von H. Lohle. In Szene gesetzt vom  
Direktor James Klein.

**Stadt-Theater Moabit**  
Alt-Moabit 47/48.  
Donnerstag, den 13. Oktober 1910:  
Nur einmalige Aufführung:  
**Papfenreich.**  
Drama in 4 Aufz. v. Fr. Ad. Becherlein.  
Kassenerstraße 7 Uhr. Anf. 8 1/2 Uhr.  
Nach der Vorstellung: **Tanz.**

**Casino-Theater**  
Lothringer Straße 37. Täglich 8 Uhr.  
Die urkomische Boße  
**Der schneidige Rudolf.**  
Rudolf Gimpelmann: Dr. V. Berg.  
Berber das glänzende bunte Progr.  
Nur Attraktionen ersten Ranges.  
Sonnt. 8 1/2 Uhr: Berühmte Tochter.

**Volle Pension.**  
Neuer bunter Teil.  
**Der schwarze Schimmel**  
Vorverkauf 11-2, abends ab 6 Uhr.

**Volle Pension.**  
Neuer bunter Teil.  
**Der schwarze Schimmel**  
Vorverkauf 11-2, abends ab 6 Uhr.

**Schiller-Theater.**  
Schiller-Theater O. (Wallner-Theater)  
Donnerstag, abends 8 Uhr:  
**Der Dummkopf.**  
Aufführung in 5 Aufzügen v. L. Pulda.  
Ende 10 1/2 Uhr.  
Freitag, abends 8 Uhr:  
Zum erstenmal: **Sodoms Ende.**  
Sonntag abends 8 Uhr:  
**Robert und Bertram.**  
Schiller-Theater Charlottenburg.  
Donnerstag, abends 8 Uhr:  
**Die Braut von Messina.**  
Ein Trauerspiel mit Chören von  
Friedrich Schiller. Ende 10 1/2 Uhr.  
Freitag, abends 8 Uhr:  
**Die Kreuzschreiber.**  
Sonntag abends 8 Uhr:  
**Der Dummkopf.**

**Schluß der Saison!**  
Die letzten 4 Tage!  
Der sensationelle Erfolg des  
**LUNA-PARK**  
veranlaßt die Direktion, das beliebte Vergnügungsetablissemnt  
:: bis 16. Oktober offen ::  
zu halten. Jeder Besucher, der an der Kasse eine Eintritts-  
karte löst, erhält gleichzeitig zu einer beliebigen Attraktion  
**ein Freibillet!**  
Allabendlich in den festlich dekorierten Räumlichkeiten der  
Bierterrasse **Gesangs- und Tanzvorträge** der Ober-  
bayerischen Sängertuppen, der Bayerischen Oberländer-Kapelle,  
des Oberbayerischen Schnadahüpfel-Sängers.

**Volks-Lieder-Saal**  
Tiergartenhof — am Bahnhof Tiergarten  
Direktion: Ludwig Renner.  
**Sonntag Dienstag Freitag**  
**Eröffnung: Morgen 8 1/2 Uhr.**  
Maria Fuchs, Vera Goldberg, Hedwig Kaufmann-  
Weldert, Auguste Tatter, Alex Disraeli, der gem.  
Chor Grell-Vereln, Direktion Rudolf Flering,  
Gustav Lazarus (Klavier).  
Eintritt 75 Pf. und 1.25 einschließlich Garderobe und  
Programm mit sämtl. Liedertexten.  
Vorverkaufsetz. zu Originalpreis: Invalidendank,  
Bote & Bock u. A. Wertheim; Leipziger u. Kantstr.

**Sozialdemokratischer Wahlverein für den VI. Berliner Reichstagswahlkreis.**  
Sonntag, den 16. Oktober 1910:  
**Heiterer Abend**  
unter Leitung des Schauspielers Herrn Robert Köppel  
in den **Pharus-Sälen**, Müllerstr. 142.  
Anfang 6 Uhr. — Eintritt 50 Pfennig. — **Tanz 50 Pfennig.**  
Kinder unter 10 Jahren haben keinen Zutritt.  
Das Komitee.

**Können Sie  
sich noch  
2 Tage  
beherrschen?**

**Lichtspiele**  
Mozart-Saal, Nollendorf-Platz.  
Der neue Spielplan dieser Woche enthält u. a.:  
**Die Flugwoche in Johannisthal.**  
Landung des Parcival VI.  
Dauervorstellung von 6-11 Uhr abends, Sonntag ab 3 Uhr.  
Eintritt jederzeit.  
Programm und Garderobe frei.

**Karl Haverland-  
Theater.** Kommandanten-  
platz 8 Uhr.  
**Vollständig neues Programm**  
Nur erstklass. Spezialitäten.  
Heute nach der Vorstellung: **Ball.**

**Freie Volksbühne**

**Thalia-Theater  
Kampf.**  
**Neues Schauspielhaus  
Ueber unsere Kraft.**  
**Herrnsfeld-Theater  
Der Herr Senator.**  
**Extravorstellung  
im Lessing-Theater  
Sonntag, 20. November:  
Rosenmontag.**  
**Lessing-Theater  
Das Konzert.**  
**Residenz-Theater  
Die 300 Tage.**  
**Abendabteilungen  
im Neuen Schauspielhaus.**  
2. Serie.  
3., 10., 17., 24. Oktober  
**Tartuff.**  
3. Serie.  
**Ueber unsere Kraft.**

Neue Mitglieder können sich in allen Zahl-  
stellen anmelden. Sammelt für den Kampf-  
fonds! Der Vorstand. I. V. G. Winkler.

**Burgtheater-Kinematograph**  
vorm. Grotorjan, Inhab.: Rud. Morz,  
Schönhauer Allee 129. Tel. 3, 9053.  
**Lebende Photographien.**  
Eintritt 30 u. 40 Pf. Kinder die Hälfte.  
Anf. 7 U., Sonnt. 4 U. Vorzugskarten,  
nur wochentl. gültig, 25 Pf. auf allen  
Plätzen. Stets wechsl. Programm.  
Dienstag u. Freitag v. 4-6 1/2 Uhr  
Kinder-Vorstellung. Kinder 10 Pf.  
Erwachsene 20 Pf. Jeden Sonntag  
im Oberaal: Künstlerkonzert.  
Eintr. 15 Pf. Garderobe 10 Pf.

**Königstadt-Kasino.**  
Holzmarktstr. 72, Ecke Alexanderstraße.  
Gänzlich neues Programm mit  
Franz Sobanski.  
Erich Castoll, Geschwister Williams.  
**Guten Tag, Papa!**  
Schwank in 1 Akt von D. Richter.  
Neu! Zum Schluß: Neu!  
Diographische Vorführungen.

**Zirkus A. Schumann.**  
Heute Donnerstag, 13. Oktober,  
abends 7 1/2 Uhr:  
**Der große Coup**  
9 1/2 Uhr der 9 1/2 Uhr  
**Schnuggler**  
große romantische Kantomine in  
4 Akten. Entworfen u. inszeniert  
von Dir. **Alb. Schumann.**  
1. Akt:  
**Das Schnugglerneß.**  
2. Akt:  
**Die Einquartierung.**  
3. Akt:  
**Auf der Festwiese.**  
4. Akt:  
**Die Katastrophe.**  
Vorher: sämtliche Spezialitäten.

**Zirkus Busch.**  
Donnerstag, den 13. Oktober,  
abends 7 1/2 Uhr:  
**Große Gala-Vorst.**  
Neu! Neu! Neu!  
**Die Kita?**  
Die Frediana, berühmte Reitor-  
familie. Herr Dir. Orlando, Frei-  
heitsdresuren mit 20 eigenen  
Pferden. Arbra-Trio. Banolatr.  
Herr Alfred Ott, Schulleiter  
auf „Bucharoi“.  
Um 9 1/2 Uhr, zum 29. Male:  
**„VENEZIA“**  
Vorher das gr. Galaprogramm.

**„Groß-Berlin“**  
Theater- und Varietè-Entsemble.  
Donnerstag, Puhmanns Theater  
13. Oktober  
1. Debit des Reul. Efrido Palma  
vom Hoftheater in Neustädt.  
Abends 9 Uhr:  
**Arbeit schändet nicht.**  
Anf. 8 Uhr, des Stückes 9 Uhr.  
Eintr. 30 Pf. — **Tanz.**

**Theater Sanssouci.**  
Gochbahnstation Rottbuscher Tor.  
Täglich 8 1/2 Uhr.  
:: **Die Indier** ::  
des Herrn Biedahl.  
**Die Wallaston-Comp.**  
Reiter-Jongleure.  
8 Uhr 50: der 12jährige  
**Edi Herzfeld**  
von der I. L. Hofoper in Wien  
Dazu die Boße:  
**Man hat's geschmuppt!**  
Boße von Oskar Saba.  
Musik von Paul Lincke.

**Reichshallen-Theater.**  
Stettiner Sänger.  
Zum Schluß:  
**„Im Hauseloch“.**  
Witt. Dumor. v. Reysel.  
Anfang  
montags  
8 Uhr  
Sonntags  
7 Uhr.

**Nibles Fest-Säle**  
Dennewitzstraße 13.  
Jeden Donnerstag, Sonnabend  
und Sonntag:  
**Großer Ball.**  
13335\*



Gewerbegerichtswahlen!

Heute Donnerstag, den 13. Oktober, ist der letzte Tag, an welchem die Liste der Arbeitgeber zur Gewerbegerichts-wahl zur öffentlichen Einsichtnahme ausliegt.

Die Auslage erfolgt in den Dienststunden von 8 Uhr morgens bis 3 Uhr nachmittags im städtischen Wahlbureau, Poststraße 16 II, Zimmer 57.

Es ist dringend erforderlich, daß unsere parteigenösslichen Arbeitgeber Einsicht in die Listen nehmen und für den Fall sie nicht eingetragen sind, Antrag auf Aufnahme in die Listen stellen.

Als Arbeitgeber im Sinne der §§ 8 und 9 des Ortsstatuts gelten diejenigen selbständigen Gewerbetreibenden, welche mindestens einen Arbeiter (Gesellen, Fabrikarbeiter, Lehrling) regelmäßig das Jahr hindurch oder zu gewissen Zeiten des Jahres beschäftigen und den selbständigen Gewerbebetrieb angemeldet haben.

Den Arbeitgebern stehen hinsichtlich der Wahlberechtigung und Wählbarkeit die mit der Leitung eines Gewerbebetriebes oder eines bestimmten Zweiges desselben betrauten Stellvertreter der selbständigen Gewerbetreibenden gleich, sofern ihr Jahresarbeitsverdienst an Lohn oder Gehalt 2000 M. übersteigt.

Hausgewerbetreibende wählen und sind wählbar als Arbeitgeber, wenn sie gemäß § 14 der Gewerbeordnung den selbständigen Gewerbebetrieb angemeldet haben, anderenfalls als Arbeitnehmer.

Niemand veräuere die so überaus wichtige Pflicht der Einsichtnahme.

Partei-Angelegenheiten.

Wilmsdorfer-Galensee. Die Flugblattverbreitung findet Freitagabend von 6 Uhr ab einzig dem Lokal des Genossen Schilling, Ecke der Wladimir- und Lauenburger Straße, aus statt.

Treptow-Baumschulweg. Am Sonntagmorgen 8 1/2 Uhr findet in beiden Ortsteilen von den Bezirkslokals aus Handzettelverbreitung statt.

Buch (Bezirk Franz-Vuchholz). Der Jahlabend am Sonntagabend, den 15. Oktober fällt umjähndelbafter aus; er findet dafür am Sonntagabend, den 22. Oktober statt.

Trebbin. Am Sonntagabend, den 15. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, findet im „Gesellschaftshaus“ (Emil Schulze) eine Wahlvereins-versammlung statt. Neben anderen wichtigen Angelegenheiten steht auf der Tagesordnung der Bericht vom Parteitag, den Genosse Heinrichs-Rigdoll erstattet.

Berliner Nachrichten.

Habt acht vor Spießern!

Von verschiedenen Seiten geht uns die Mitteilung zu, daß in gewerkschaftlichen und politischen Kreisen unbekanntes Leute, deren Kommitteefestsetzung den Kriminalhauptmann verrät, in Anleihen über die Roabiter Vorgänge Gespräche mit Arbeitern beginnen. So mancher, der des Tragers Art und Herkunft abt, glaubt diese Forscher durch Fliegereien mit allerlei Angeberlichkeiten foppen zu müssen.

Zur Charakteristik der polizeilichen Berichterstattung über die Roabiter Vorgänge haben wir bereits verschiedene nachweise veröffentlicht, aus denen hervorging, daß polizeilich behauptete Tatsachen sich entweder gar nicht oder doch ganz anders abgespielt hatten als berichtet wurde.

Dieser Fall zeigt wieder aufs neue, in welcher Weise polizeilich berichtet wird und was von einer solchen Berichterstattung zu halten ist.

Die Zeitung, die er hielt, war die „Allgemeine Zeitung“. Wie weiter berichtet wird, ist die Familie sehr fromm, hat also mit unserer Partei nicht das geringste zu tun.

Der Jugendauschuss für Groß-Berlin beginnt in dieser Woche mit seinen Vortragskursen für die arbeitende Jugend.

Der Jugendauschuss für Groß-Berlin beginnt in dieser Woche mit seinen Vortragskursen für die arbeitende Jugend.

Wir verweisen auch noch einmal auf den Kursus über: Einführung in das Staatsrecht, Vortragender: Emil Eichhorn.

Wir verweisen auch noch einmal auf den Kursus über: Einführung in das Staatsrecht, Vortragender: Emil Eichhorn.

Wir verweisen auch noch einmal auf den Kursus über: Einführung in das Staatsrecht, Vortragender: Emil Eichhorn.

Wir verweisen auch noch einmal auf den Kursus über: Einführung in das Staatsrecht, Vortragender: Emil Eichhorn.

Wir verweisen auch noch einmal auf den Kursus über: Einführung in das Staatsrecht, Vortragender: Emil Eichhorn.

Wir verweisen auch noch einmal auf den Kursus über: Einführung in das Staatsrecht, Vortragender: Emil Eichhorn.

Wir verweisen auch noch einmal auf den Kursus über: Einführung in das Staatsrecht, Vortragender: Emil Eichhorn.

Wir verweisen auch noch einmal auf den Kursus über: Einführung in das Staatsrecht, Vortragender: Emil Eichhorn.

Wir verweisen auch noch einmal auf den Kursus über: Einführung in das Staatsrecht, Vortragender: Emil Eichhorn.

Wir verweisen auch noch einmal auf den Kursus über: Einführung in das Staatsrecht, Vortragender: Emil Eichhorn.

Wir verweisen auch noch einmal auf den Kursus über: Einführung in das Staatsrecht, Vortragender: Emil Eichhorn.

Wir verweisen auch noch einmal auf den Kursus über: Einführung in das Staatsrecht, Vortragender: Emil Eichhorn.

seit eines Beamten vorgelegen hat. Der § 1 des zitierten Gesetzes lautet:

„Bei einer Zusammenrottung oder einem Zusammenlauf von Menschen durch offene Gewalt oder durch Anwendung der dagegen getroffenen gesetzlichen Maßregeln Beschädigungen des Eigentums oder Verletzungen von Personen statt, so hat die Gemeinde, in deren Bezirk diese Handlungen geschehen sind, für den dadurch verursachten Schaden.“

Dieser Paragraph findet auch auf die Zusammenrottung und das Zusammenlaufen von Polizeibeamten Anwendung. Wer von der Gemeinde Schadenersatz fordern will, muß aber „seine Forderung binnen vierzehn Tagen präkludenzfristiger Frist nach dem Dasen des Schadens zu seiner Wissenschaft gelangt ist, bei dem Gemeindevorstande anmelden und binnen vier Wochen präkludenzfristiger Frist nach dem Tage, nachdem ihm der Beschreib des Gemeindevorstandes zugegangen ist, erforderlichenfalls gerichtlich geltend machen.“

Beschädigte kleine Geschäftsleute und Arbeiter werden gut tun, schleunigst bei dem Magistrat von Berlin ihre Schadenersatzansprüche geltend zu machen. Erfolgt die Anmeldung des Schadens nicht innerhalb der vorgeschriebenen 14-tägigen Frist, so ist der Anspruch gegen die Gemeinden verjährt. Da die Frist bald abläuft, ist den beteiligten kleinen Geschäftsleuten und Arbeitern, denen die Abfassung eines Schriftstückes Schwierigkeiten bereitet, zu raten, sich sofort an die juristische Sprechstunde des „Vorwärts“ oder an ihre Gewerkschaft zu wenden.

Der „Parfeval“ in Johannisthal.

Den Besuchern der Flugwoche in Johannisthal bot sich am Mittwoch ein doppelt interessantes Schauspiel. Sie konnten Leutballon und Aeroplan zu gleicher Zeit bewundern und mit einander vergleichen, wobei die außerordentliche Ueberlegenheit der Flugmaschine ganz unverkennbar hervortrat, eine Ueberlegenheit, die ja übrigens der Schöpfer des in Johannisthal eingetrossenen leutbaren Luftschiffes bereits längst selbst anerkannt hat.

Der „Parfeval“, der vormittags gegen 11 Uhr von Bitterfeld abgehahren war, kam gegen 1 1/2 Uhr in Sicht. Mehrere der in der Luft befindlichen Aeroplane, geführt von Lindpaintner und Jeannin, flogen dem Leutballon weit entgegen und gaben ihm, ihn spielend umkreisend und wiederholt überfliegend, das Geleite. Jeannin ging dabei das Del aus, so daß er außerhalb des Flugplatzes zur Landung schreiten mußte, doch traf er nach Behebung dieses Mangels nach etwa einer Stunde auf dem Luftwege auf dem Flugterrain wieder ein. Lindpaintner dagegen geleitete den „Parfeval“ bis auf das Flugfeld selbst, wo er ihm gleichfalls nach in bedeutender Höhe mehrfach überflog. Winziers machte sich das Vergnügen, mit seiner pfeilgeschwindigkeit Maschine den schwerfälligen Ballon immer wieder zu überholen. Es war ein uunergleichliches Bild, die verschiedenen Repräsentanten der Luftfahrzeuge sich in den Lüften tummeln zu sehen.

Im übrigen wurden von den Aeroplanen auch am Mittwoch trotz des ziemlich böigen Windes schöne Höhen erreicht; Lindpaintners Parograph registrierte 415, Jeannins Höhenmesser sogar 770 Meter. Winziers soll übrigens gegen die Art der Höhenmessung Einspruch erhoben haben. — Von den übrigen Fliegern machten besonders noch Brunhuber, Frey und Dörner schöne Flüge.

Aus der Parteideputation. In der gestrigen Sitzung der Deputation legte der Herr Gartenbirektor den Plan des neuen Gemeinde-friedhofes in Buch vor. Derselbe soll auf einem Gelände von 300 Morgen angelegt werden. Der Plan erhielt die Zustimmung der Deputation und geht nun an den Magistrat zur weiteren Vedeutung. — Die Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft wünscht ein Gelände an der Gustav-Meyer-Allee gelegen, von der Parteideputation zu erhalten, um ein zweites Geleise anzulegen und einen weiteren Eingang für die Arbeiter herzustellen. Die Deputation beschloß, den Verlaufe zuzustimmen unter der Voraussetzung, daß sowohl die Rauchbelästigung wie die Verelästigung durch die unbrauchbaren Kohlenhäufchen soweit als irgend möglich beseitigt werden.

Der Verpachtung der Gießbahn des großen Teiches im Friedrichshain wird unter denselben Bedingungen an den jetzigen Inhaber auf weitere drei Jahre angeschlossen. Einer Anfrage der Staatsanwaltschaft wegen Strafverfolgung eines Arbeiters wegen Anlagenbeschädigung auf öffentlichen Flächen wurde, des geringen Objektes wegen, nicht stattgegeben. Bei dieser Gelegenheit kamen die skandalösen Zustände auf dem Fördenebdeplatz zur Sprache. Fast jede Nacht wird dort in den Schmutzkanälen in der schlimmsten Weise gehaust.

Die Deputation gedenkt der Frage näher zu treten, den gesamten Klammenschmutz zu entfernen. Das Ersuchen an die Polizei, dem Vandalismus zu steuern, ist erfolglos geblieben. — Dem Welsch des Berliner Krippenvereins, die Erlaubnis zu erteilen, eine Unterkunftsstätte auf ihrem Spielplatz am Schaleischen Buch zu errichten, wird stattgegeben. — Eine Bitte des Gemeindevorstandes der Gnadenkirchengemeinde um allgemeine Deckung der Anlagen um die Gnadenkirche wird aus irtschaftlichen Gründen abgelehnt. — Ein Vorschlag des Herrn Gartenbirektors, im Humboldtthain den Kindern für den Winter eine Nobel- und Schillerbahn einzurichten, wurde alsbald mit Freuden begrüßt. Am freudigsten werden wohl die Kinder der Arbeiterbevölkerung des Nordens diesen Beschluß entgegennehmen. — Zum Schluß kam eine Arbeiterangelegenheit zur Sprache, die schon einige Monate zurückliegt und auch im September im „Vorwärts“ zur Erörterung gelangt ist. Die Angelegenheit hat auch geltend ihre endgültige Erledigung noch nicht gefunden. Es handelt sich um den entlassenen früheren Parkwächter C. und den noch in Arbeit stehenden früheren Kontrollleur R. In der gestrigen Sitzung wurde von der Verwalterung die Entlassung des C. als notwendig hingestellt. Von anderer Seite wurde bestritten, daß ein triftiger Grund zur Entlassung vorhanden gewesen sei. Es wurde auch darauf hingewiesen, daß der Kontrollleur R. gegen den schweren Beschuldigungen erhoben seien, sich heute noch in Arbeit bei der Stadt befindet, und verlangt, daß die Untersuchung eingehender geföhrt werde und die angegebenen Zengen vernommen würden. Diesem Verlangen soll entsprochen werden und wird später weiter darüber berichtet werden.

Ein schwerer Automobilfall ereignete sich am gestrigen Mittwoch nachmittags gegen 1/3 Uhr in der Vorfrischstraße. Als die hier in dem Hause Nr. 16 des genannten Straßenzuges wohnende 55-jährige Witwe Anna Nerdel den Fahrradweg überschreiten wollte, wurde sie von einer elektrischen Straßbahn überfahren und überfahren. Die Verunglückte erlitt einen Schädelbruch und innere Verletzungen und wurde von der Unfallstation in der Eisenbahnstraße aus, wo ihr die erste Hilfe zuteil wurde, nach dem Krankenhaus Roabit überführt. Die Ueberfahrere Frau R. ist etwas schwerhörig und kurz-sichtig und hat anscheinend die Warnungssignale überhört.

Der gestohlene Polizeihund. Einen empfindlichen Verlust erlitt der Rittergutsbesitzer Hirsberg in Berlin, der vor kurzem einen wertvollen Polizeihund „Ritty“ erworben hatte. Das ein Jahr alte Tier wurde dem Portier Klingbaum, Knuthsferdam 67, in Pflege gegeben, der den Hund in der Laubentkolonie „Donautal“ an der Reuen Donaustraße in Rixdorf untergebracht hatte. Von hier wurde das Tier in der letzten Nacht aus dem verlassenen Stall gestohlen.

„Ritty“, eine prächtige Schäferhündin, trug ein Halsband mit der Berliner Steuerkarte 531.

Ein interessanter altertümlicher Fund ist in der Nähe des Dorfes Molenthal bei Dornsdorf in der Mark gemacht worden. Beim Um-pflügen eines Feldes entdeckte der Gutsherr Rieder in einer Tiefe von etwa einem halben Meter einen großen Tontopf, in dem sich in ein Tuch eingewickelt 4500 alte Taler befanden. Viele der Geldstücke tragen die Jahreszahl „Friedrichs-Vortorium Reg.“ und die meisten Münzen stammen aus den Jahren 1760-1780. Sämtliche Geldstücke haben jetzt noch einen Metallwert von etwa 3000 Mark. Wahrscheinlich ist der Schatz in den Jahren 1806-1809 vergraben worden, damit er nicht in die Hände der Franzosen fallen sollte.

Zu der Familientragödie in der Alexandrinestraße wird noch mitgeteilt, daß die Besichtigung, Frau Korius sei mit ihren Kindern in den Tod gegangen, sich bestätigt hat. Nur eines der Kinder, die älteste Tochter Gertrud, ist mit dem Leben davon gekommen. Während die beiden jüngsten Kinder als Leichen aus dem Zeltom-fanal gelandet wurden, hatte sich Frau Korius mit der ältesten Tochter nach einem Hotel in der Köpenicker 97 begeben und dort ein Zimmer genommen. Während die Tochter noch schlief, verdundete sich die Frau die Pulsadern durchzuschneiden und erhängte sich dann. Als die Tochter erwachte, war die Mutter bereits tot.

Ein schwerer Betriebsunfall, der nach der Auffklärung bedarf, ereignete sich vorgestern abend in der Germania-Bräuerei in der Franzfurter Allee Nr. 53. Nachdem hier um 8 Uhr der Schichtwechsel stattgefunden hatte, fand man kurz vor 10 Uhr im Maschinenraum im Keller den 46 Jahre alten Maschinenführer Ludwig Buhlow aus der Komitener Straße tot an. Die Leiche lag ganz in der Nähe der Seilscheibe. Dem Verunglückten war der Kopf zerschmettert worden.

Vor den Augen seiner fünf Kinder vergiftet hat sich vorgestern abend der 35 Jahre alte Agent und Hypothekvermittler Jindor Becker aus der Putenstraße 77. Der Mann kam vor zwei Jahren aus Oesterreich nach Berlin, hatte aber mit seinen Geschäften keinen Erfolg. Jetzt war ihm die Wohnung gekündigt worden, weil er schon für drei Monate die Miete schuldete. Die Einrichtung, die er auf Abzahlung genommen hatte, wollten die Geschäftsleute wieder abholen. Zu dieser misslichen wirtschaftlichen Lage kam noch, daß Frau Becker erkrankte. Seit acht Wochen weilt sie mit ihrem jüngsten Kinde, das erst ein halbes Jahr alt ist, bei Verwandten in Wien. Gestern abend vergiftete sich Becker mit Cyanid. Die fünf Kinder im Alter von 13 bis 8 Jahren waren im Nebenzimmer und sahen, als der älteste Sohn die Türe aufmachte, gerade wie ihr Vater die Flasche ansetzte und trank und dann betäubtlos zusammenschlug. Auf ihr Geschrei kamen Hausgenossen und holten einen Arzt und die Polizei. Der Arzt ließ den Mann in einem Koffspigen Wagen nach dem Jüdischen Krankenhaus bringen. Als man aber dort mit ihm ankam, war er schon tot. Die Leiche wurde nach dem Schauhaufe gebracht. Der fünf Kinder nahmen sich einstweilen Bekannte der Familie an.

Ein Opfer der Eifersucht ist die 30 Jahre alte Eisenbahn-beamtenfrau Frida Schindler aus der Brangelstraße 86 geworden. Die Frau verheiratete sich jüngsten mit einem 42 Jahre alten Wittwer, der Vater von vier Kindern im Alter von 3 bis 12 Jahren und brachte ein Kind in die Ehe mit. Die Kinder vertragen sich gut, unter den Eheleuten aber gab es viel Streit, weil die Frau sehr eifersüchtig war. Weil Schindler auf seinem Laubengelde in Treptow sich mit mehreren Frauen mehr als nötig unterhalten hatte, schickte ihm seine Frau zweimal das Mittagessen nicht hinaus. Gestern abend kam es deswegen zu einem Streit. Gleich darauf trank die Frau, während der Vater mit den Kindern im Zimmer war, in der Küche eine Kleealösung. Als man sie auf dem Fußboden fand, lebte sie noch. Zwei Stunden später aber erlag sie den Wirkungen des Giftes.

Ein schwerer Brandanschlag hat sich am gestrigen Mittwoch früh in dem Hause Niederwallstraße 15 zugegetragen. Dort war die bei dem Restaurant Eppstein in Stellung befindliche 35-jährige Köchin Luise Grundwald am Abendherde mit der Zubereitung von Speisen beschäftigt, zu welchem Zwecke sie ein starkes Feuer angemacht hatte. Während des Kochens lehnte sich die G. mit dem Rücken gegen den Herd und plauderte mit den Mädchenmädchen. Plötzlich schrie die Köchin entsetzt auf und in demselben Augenblick schlugen helle Flammen an ihr empor. Das Mädchen hatte sich nämlich gerade vor die große Feuerungsöffnung gestellt, wodurch ihre Kleidung un-bemerkt Feuer gefangen hatte. Obwohl der Unglücklichen sofort wollene Decken übergeworfen und die Flammen alsbald erlosch worden, war die Bedauernswerte doch bereits entsetzlich zugerichtet. Die Armer waren zum größten Teil vernichtet und die ganze Kör-perseite des Körpers wies schwere Brandwunden auf. Die Verunglückte erhielt auf der Unfallstation am Spittelmarkt die erste Hilfe und wurde von dort in bestimmungslosem und bedenklichem Zustande nach dem Krankenhaus am Urban überführt.

Die Jugendausschuss für Groß-Berlin beginnt in dieser Woche mit seinen Vortragskursen für die arbeitende Jugend. Heute Donnerstag, von 5-9 Uhr geöffnet. Zugang zum Ausstellungsraum Portal B, erste Tür rechts. Eintritt frei. Kinder haben nur in Begleitung von Erwachsenen Zutritt.

Der Jugendausschuss für Groß-Berlin beginnt in dieser Woche mit seinen Vortragskursen für die arbeitende Jugend. Heute Donnerstag beginnt in Roabit im Lokal von Stark, Waldstr. 8, ein Kursus über Literaturgeschichte. Vortragende: Frau Wally Zepher. Morgen Freitag beginnt im Süden im Lokal von Fischer, Tempel-bernerstraße 20, der Kursus über: Die letzten fünfzig Jahre deutscher Geschichte. Vortragender: Heinrich Schulz. Gleichfalls am Freitag beginnt im Osten im Lokal „Freischatz“, Pruchstr. 86, der Kursus über: Theorie und Bedeutung der Gewerkschaftsbewegung. Vortragender: Hermann Müller. Der Fortschrittskursus für National-ökonomie, Vortragender: Max Grundwald, beginnt am Sonntag, den 18. Oktober, vormittags 11 1/2 Uhr, in der Arbeiterbildungsschule, Grenadierstr. 37.

Wir verweisen auch noch einmal auf den Kursus über: Einführung in das Staatsrecht, Vortragender: Emil Eichhorn. Dieser Kursus hat am vorigen Freitag begonnen und wird jeden Freitag im Lokal von Kaczewski, Norden, Nauenstr. 6, fortgesetzt. Die Kurse beginnen abends 8 Uhr (mit Ausnahme des Fortschrittskursus). Der Eintritt ist frei. Es wird erwartet, daß sich die arbeitende Jugend recht zahlreich beteilige.

Die Fortbildung der Arbeiter

wird in Berlin von den verschiedensten Instituten und Vereinen betrieben. In einer Reihe von Fällen geschieht das, wenn auch weniger in die Augen fallend, um die Arbeiter für nationale Zwecke einzufangen. Demgegenüber sei darauf hingewiesen, daß in Berlin in erster Linie die Arbeiter-Bildungsschule in Frage kommt, eine Gründung der Berliner Arbeiterpartei, die besteht in, das Wissen der Arbeiter zu erweitern und den Proletariats Waffen zu liefern im Kampfe mit ihren Gegnern. Der Besuch der Arbeiter-Bildungsschule kann daher allen Arbeitern und Arbeiterinnen zu ihrer Fortbildung nur dringend empfohlen werden.

Eine andere Bildungsmöglichkeit wird den Arbeitern, die eine Fortbildungsschule ihres Alters wegen nicht besuchen können, durch die Einrichtung von Abendkursen Unterrichtskursen für Arbeiter geboten. Diese Unterrichtskurse haben einen anderen Zweck als die Kurse der Arbeiter-Bildungsschule. Die Besucher dieser Kurse sollen ihre Fähigkeiten in den Elementar-fächern erweitern lernen. Rechnen, Deutsch, Geometrie, Schreibung, Stenographie, Erdkunde sind die Fächer, die in diesen Kursen gelehrt werden. Die Besucher sollen 3. B. im Deutschunterricht ihre Mutter-

die in diesen Kursen gelehrt werden. Die Besucher sollen 3. B. im Deutschunterricht ihre Mutter-

die in diesen Kursen gelehrt werden. Die Besucher sollen 3. B. im Deutschunterricht ihre Mutter-

die in diesen Kursen gelehrt werden. Die Besucher sollen 3. B. im Deutschunterricht ihre Mutter-

Sprache richtig schreiben und sprechen lernen. Besondere Vorbildung ist nicht erforderlich. Der Unterricht wird von Studenten der Berliner Hochschule erteilt, nicht aber schulpflichtig, sondern lernerabhängig. Ein aus ihrer Mitte gewählter Vorstand leitet das Unternehmen unter Mitwirkung von Vertrauensleuten der Hörer. Für Erteilung des Unterrichts wie für die Verwaltung wird keinerlei Entschädigung gewährt. Jeder Kursus findet wöchentlich einmal in den Abendstunden von 8-10 Uhr statt. Am Mittwoch und Sonnabend wird kein Unterricht erteilt.

**Unterrichtsstoffe:** 1. Zentralarbeitsnachweis, Müllerstr. 9. 2. Gemeindefiskus, Gipsstr. 23a. 3. Friedrich-Werdersche Oberrealschule, Niederwallstr. 12. 4. 7. Kreisdele, Mariannenstr. 47 (am Heinrichplatz). 5. In Rigdorf, Realgymnasium, Kaiser-Friedrich-Str. 208-10.

Bei der Anmeldung ist eine einmalige Einschreibgebühr von 50 Pf. für jeden besuchten Kursus, sowie 25-30 Pf. für Lehrmittel zu entrichten.

**Anmeldung:** Für alle Kurse am 18., 19., 20., 21. und 22. Oktober von 8-10 Uhr abends in der Kantine des Zentralarbeitsnachweises, Müllerstr. 9, außerdem für Rigdorf am 15. und 17. Oktober von 8-10 Uhr sowie am Sonntag, den 16. Oktober, von 10-12 Uhr im Schullokal, Kaiser-Friedrich-Str. 208-10.

Programme sind zu haben im Bureau des Gewerkschaftshauses, in den städtischen Kassen, der Kasse von Heymann sowie der Gesellschaft für ethische Kultur.

Auch die sozialwissenschaftliche Abteilung der Wissenschaft der Königl. Technischen Hochschule zu Berlin veranstaltet Preis-Fortbildungskurse. Im Winterhalbjahr 1910/11 werden die Studenten in folgenden Elementarfächern unterrichtet: Deutsch, Medizin, Algebra, Geometrie, Zeichnen, Mechanik und Schönschreiben, und zwar am Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag abends von 8 bis 10 Uhr in der Charlottenburger Gemeinde-schule III, Schloßstr. 2. Jeder Kursus findet einmal wöchentlich statt vom 31. Oktober 1910 bis Mitte März 1911. Die Teilnahmegebühr beträgt für jeden Kursus 0,50 M. Anmeldungen werden am 27., 28. und 29. Oktober abends von 8 bis 9 Uhr im Unterrichtslokal entgegen genommen. Auskunft erteilt cand. ing. Kleeberg, W. 60, Bamberger Straße 7.

Im wissenschaftlichen Theater der Urania gibt seit kurzen Professor Dr. P. Schwahn unter dem Titel: Der Vierwaldstätter-See und der Gottthard eine außerordentlich fesselnde Schilderung der Urantone der Schweiz in farbigen Lichtbildern und Wandephoramen. Die künstlerische Ausstattung stammt von B. Krantz.

Zudem die luxuriöse Schweizer Fremdenmetropole, die malerischen Ufer des berühmten Vierwaldstättersees, die großartigen Aussichten von den Nigi und Pilatus ziehen an uns vorüber. Interessante Einblicke erhalten wir in die technischen Wunderwerke der Schweiz, in Bau und Betrieb der berühmten Schweizer Bergbahnen, die es den schaulustigen Erdmännchen, mühselos hohe Gipfel zu erreichen, von denen sie über liebliche Seen und reichgegliederte Vorberge hinweg unaussprechlich erhabene Ausblicke eröffnen auf die fringedrängten Haupter der Sänee- und Eiseresee. Wir werden auch an die Stätten der Schlacht geföhrt, die jedem Freiheitsfreunde teuer sind. Die gemächliche Rundfahrt um die Ufer des Vierwaldstätter Sees endet in Fribourg, wo die alte Gottthardstraße beginnt. In Windungen steigt sie durch wilde Hochgebirgslandschaften hinauf zu dem altberühmten Hospiz und jenseits hinab in Gegenden, die allmählich südlichen Charakter annehmen, bis wir den herrlich blauen Luganer See erreichen. Seit die Gottthardbahn 1882 eröffnet wurde, vermittelt sie hauptsächlich Handel und Verkehr nach und von Italien, die früher nur auf beschwerlichen und gefährlichen Reisewegen hoch über den Föh des Gebirges möglich waren. Die glänzenden technischen Schwierigkeiten des großartigen Bahnbaus kamen in den Vorführungen der Urania trefflich zur Anschauung. Noch ein kurzer Abstecher nach Mailand, dessen marmornächiger Dom gezeigt wird, und die vom bequemen Sessel aus unternommene Reise durch eine der schönsten Gegenden der Erde ist zu Ende.

Einige Bilder im ersten Teile der Schilderung standen leider nicht auf der bei der Urania gewohnten Höhe. Hieron abgesehen bot die Vorführung in Bild und Wort Vorzügliches. Ihr Besuch kann jedem warm empfohlen werden, der nicht in der glücklichen Lage ist, die Naturschönheiten der Schweiz wandern und schauen zu können.

## Vorort-Nachrichten.

### Charlottenburg.

**Hausbefiger, Wohnungsmittel und „Liberaler“.** Es war voranzugucken, daß die Errichtung eines Wohnsamtes den lebhaftesten Anstoß und den stärksten Widerspruch der Hausagrier finden würde. Hatte es daran schon nicht in der Stadtverordnetenversammlung und in dem die Vorlage vorbereitenden Ausschuss gefehlt, wo einzelne grundbesitzende Stadtverordnete mit mehr blindem Eifer als tatlichem Verstand gegen die Ruweinrichtung Sturm liefen, so giengen die Wellen der Erregung recht hoch in der letzten Versammlung der vereinigten Grundbesitzer von 1895.

In den schärfsten Tönen wurden da dem Magistrat und den Stadtverordneten die Reviten gelesen. Einer der gewiß sehr gebildeten Herren Grundbesitzer, ein Baumeister, bezeichnete die Wohnungsmittelvorlage als „Mißverlage“. Das war so recht der Mann nach dem Sinne der Grundbesitzer und flugs wurde der wackerer Kämpfe um die „Rechte“ der Hausbesitzer als geeignetster Kandidat zur Stadtverordnetenwahl der „Liberalen“, das heißt „freiwirtschaftlichen“ Partei empfohlen. Aber das ging selbst den Führern dieser Allereinstimmten Partei zu weit, man lehnte dankend ab und wollte sich die Woblogitation mit dem Wohnungsmittel nicht in so plumper Weise verderben lassen. Später soll dann auch der Ausdrucks „Mißverlage“ zurückgenommen worden sein. Mit besonderem Bedauern wird das aber sicher nicht geschehen sein.

Doch der Hausbesitzerverein drängte den „liberalen“ Führern einen anderen Kandidaten auf: den Syndikus des Hausbesitzervereins, einen Juristat. Den haben die „Liberalen“ auch akzeptiert. Interessant ist daran aber, daß auch dieser Syndikus ein lebhafter Gegner der Wohnungsmittel ist. Und in der angeführten Hausbesitzerversammlung erklärte der neue „liberale“ Kandidat die Annahme der Vorlage für bedauerlich. Er wies ferner nach, daß die Bestimmungen jeder Wirklichkeit entgegen mißlingen, da nach seinen juristischen Anschauungen, den Wohnungspflegern das Recht bestritten werden kann, die Wohnungen zu betreten.

So sehen die Kandidaten einer Partei aus, die sich als eine „liberale“ und „sozial fortschrittliche“ bezeichnet! Offener ist wohl noch niemals die Abhängigkeit dieser „großen Partei“ von den Interessen der Hausbesitzer dargelegt worden als durch diese Episode. Man kann im Zweifel darüber sein, was einem mehr leid tun kann: die nach außen so große und im Innern so moische Fraktion der „liberalen“ oder die Gemeinde, die der Wirtschafterei einer solchen Partei ausgeliefert ist.

Um so mehr haben unsere Genossen die Pflicht, alle Hoffnungen der „liberalen“, auch in der dritten Abteilung zu „fiegen“, gründlich zu schanden zu machen.

### Schöneberg.

Die am Sonntag in den Neuen Rathausjalen stattgefundene Protestversammlung war, was wir durch den verspäteten Eingang des Berichts erst heute mitteilen können, von circa 1500 Personen, darunter viele Frauen, besucht. Das Referat über die Noabiter Angelegenheiten hielt unter großem Beifall Genosse Wulf. In der Diskussion beteiligte sich ein Mitglied der Demokratischen Vereinigung, ein Genossin Wibel. Der Vorsitzende verwies am Schluß der Versammlung auf die am 26. d. M. stattfindende Erstwahl im 6. Wahlkreis und ersuchte um rege Agitation für die Wahl des sozialdemokratischen Kandidaten Albin Wobbe.

Eine mehrstündige Störung im Straßenbahnbetriebe wurde gestern in Schöneberg durch einen Wasserrohrbruch verursacht. In der Ecke der Mühlen- und Pumpstraße brach aus bisher noch nicht ganz geklärt Ursache das Druckrohr der Berliner Kanalisation, das an jener Stelle über demjenigen der Schöneberger Kanalisation gelagert ist und Abwasser von der Pumpstation in der Gensliner Straße nach dem Ostborfer Rieselselbe leitet. In starkem Strahle drangen die Wassermengen aus dem Erdreich und überfluteten den gesamten Fahrdamm. Erst gegen 6 Uhr abends war die Verkehrsstörung wieder behoben.

### Rigdorf.

Das Schauspiel einer breumenden Straße hat sich vorgestern nachmittags den Einwohnern Rigdorfs vor dem Hause Nr. 49 in der Hermannstraße wie ein Besähtswagen der Brennpneumogeschichte aus Kempelhof, Ringbahnstr. 32, mit einem Straßenbahnwagen der Linie 29 so heftig zusammen, daß er 60 flachen Spiritus verlor. Der Inhalt der zertrümmerten Flaschen ergoß sich über den Straßenpaviment und geriet durch eine elektrische Fündung in Brand. Alles flog vor der hohen Flamme nach dem Bürgersteig, es dauerte eine ganze Zeit, bis der Spiritus ausgebrannt war. Verletzt wurde niemand.

### Lichtenberg.

Eine öffentliche Sitzung der Stadtverordneten findet heute nachmittags 6 Uhr im Rathause, Wöhlendorferstraße, statt. Die Einprache gegen die Wählerliste und die motivierte Mitteilung des Magistrats, daß die Lichtenberger Gemeindefunkeln in ihrer Klassenbesetzung und mit ihrem Lehrermangel nicht viel schlechter seien als die Berliner Gemeindefunkeln, dürften neben einer Reihe anderer Punkte der Tagesordnung das Interesse der Einwohner erwecken.

### Pantow.

Mit der Gründung eines Vereins zur Bekämpfung der Tuberkulose beschäftigte sich am Freitag eine im Ringelschen Saale stattgehabte öffentliche Versammlung für Pantow und Nieder-Schönbaufen. Dr. Rohardt hielt einen durch Lichtbilder unterstützten Vortrag über die Verbreitung und Bekämpfung der Tuberkulose. Während im Weiche die Zahl der an Tuberkulose Erkrankten tatsächlich zurückgehe, sei dies leider von Pantow nicht zu sagen. Zur Bekämpfung dieser Volksseuche sei Aufklärung über die Ansteckungsgefahr nötig, ferner ständige Beobachtung der Erkrankten sowie deren Umgebung. Zu diesem Zwecke solle die schon bestehende, aber noch ziemlich unbesannene Fürsorgestelle für an Tuberkulose Erkrankte ausgebaut und vielleucht nach dem Rathause verlegt werden. Die Wohnungen, in denen Schwindflüchtige gewohnt haben, müssen desinfiziert und vor allem für Licht und Luft in den Wohnungen gesorgt werden. Um der Ueberfüllung durch Schlafkutschen vorzubeugen, sollen Unterflurwohnungen gewährt werden. Hierzu seien natürlich erhebliche Mittel notwendig. Redner kam dabei auf die großen Erfolge der Heilfürstbewegung zu sprechen. In der Diskussion sprach ein Berliner Arzt über die Leistungen, die von Staat und Kommunen bereits vorgenommen sind. Er erinnerte dabei an die grandiose Sozialgesetzgebung des Reiches. Trotzdem war auch er der Meinung, daß der Verein gegründet werden müsse, um weitere Mittel herbeizuschaffen. Es war nicht recht erkenntlich, welche grandiosen Leistungen der Redner meinte, ob die Krankenversicherung, die zum großen Teil aus Arbeiterbeiträgen erhalten wird, oder vielleucht die Altersversicherung, in deren Genuß der Siebzighährige gelangt, wenn er unterdessen nicht längst gestorben ist.

Die Arbeiterklasse hat natürlich den gefährlichen Feind längst erkannt und bekämpft ihn auch. Jede Lohnerhöhung, jede Arbeitszeitverlängerung und nicht zuletzt die allgemeine Aufklärung sind wirkungsvolle Mittel in der Bekämpfung der volkverberernden Krankheit. Auf diesem Wege begründen wir die Erweiterung der Zentralstelle als ein weiteres Mittel zur Bekämpfung der Krankheit.

### Zegel.

Vom Verwaltungskreis Westphal u. Gen. wider die Gemeindeverwaltung Zegel liegt nunmehr das rechtskräftige schriftliche Urteil vor. Der Wortlaut ist folgender:

Unter Abänderung des Urteils des Kreisauausschusses des Kreises Niederbarnim vom 8. Dezember 1909 wird die Klage abgewiesen. Die Kosten beider Instanzen, einschließlich der erforderlichen baren Auslagen des Beigeladenen, werden — unter Festsetzung des Wertes des Streitgegenstandes auf 1500 M. — den Klägern zur Last gelegt.

Am Schlusse der ausführlichen Begründung aber heißt es: „Darans ergibt sich, daß der Beigeladene als Angeklagter im Sinne der Landgemeindeordnung erachtet werden muß und der Gültigkeit seiner Wahl somit Bedenken nicht entgegen stehen.“

Die unseren Lesern bekannt ist, wurde im März d. J. die mit 1084 Stimmen von unseren Genossen Krendsee gefallene Wahl zum Gemeindeverordneten vom Wahlvorstand, dem der Amt- und Gemeindevorsteher Weigert angehörte, für unzulässig erklärt auf Grund des angefochtenen Urteils des Kreisauausschusses. Der Wahlvorstand schrieb damals rechtskräftlich eine Stichwahl zwischen zwei untergeordneten bürgerlichen Kandidaten aus, an der sich die Zegeler Arbeiterklasse nicht beteiligte. Die Gemeindevertretung von Zegel erklärte ebenso rechtskräftlich die auf den Wahlhofsvoorstehrer Wistuba mit circa 850 Stimmen gefallene Wahl für gültig.

An dem Status quo ist nun nichts geändert. Bestehen keine Bedenken gegen die Gültigkeit der Wahl vom 27. April 1909, wie kann die Wahl vom 8. März 1910 ungültig sein? Wie stellt sich die Gemeindevertretung Zegels und insbesondere der Wahlhofsvoorstehrer Wistuba dazu?

### Marienselde.

In der letzten Mitgliederversammlung des Wahlvereins erstattete Genosse Heinrich Rigdorf den Bericht vom Magdeburger Parteitage. In seinen Ausführungen über die Budgetbewilligung verurteilte der Redner den Disziplinbruch der Wadenler aus schärfste. Es sei mit Freuden zu begrüßen, daß der Parteitag darüber Klarheit geschaffen hat. In der Diskussion gaben die Genossen Adolf Berger und Ernst Schuster ihrer Unzufriedenheit Ausdruck über die hülfe Behandlung der Wadenler. Genosse Richard Kreuzberger verurteilte das provokatorische Verhalten des Genossen Frank aus schärfste. Man solle, so meinte er, nicht jedem Akademiker, der in die Partei kommt, gleich zuzubekn und ihm ein Reichstagsmandat übertragen. Diese Genossen sollten erst einmal Unschau halten und organisatorische Kleinarbeit verrichten, damit sie die Stimmung der breiten Massen lernen können. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: Die Versammlung erklärt sich mit der Haltung der Mehrheit des Parteitages einverstanden und erwartet, daß in Zukunft die Verhältnisse des Parteitages von allen Genossen respektiert werden. — Genosse Grewlich wies nach auf die in nächster Zeit stattfindende Frauenversammlung hin. Nach Erledigung einiger innerer Vereinalangelegenheiten erfolgte Schluß der Versammlung.

### Nowawes.

Einen Vergiftungsversuch mittels Kochgas an sich und ihrer sechshährigen Tochter machte die in der Großbeerstraße wohnende Handelfrau Koller. Die schon lange Zeit kranke Frau, die von ihrem Manne, einem früheren Richtermeister, getrennt und in sehr ärmlichen Verhältnissen lebte, hatte ihre Schmeiter durch einen Brief von ihrem Vordaden in Kenntnis gesetzt. Als die Schmeiter nach Empfang des Schreibens zu der Wohnung der Frau Koller sand sie diese verschloßen; nach Deffnung machte sich ein starker Gasgeruch bemerkbar, da in der Küche die Föhne des Waschoers geblümt waren. Die auf dem Bett liegende Frau gab noch schwache Lebenszeichen von sich, das Kind jedoch war bereits der Vergiftung erlegen. Die Frau wurde sofort ins Kreiskrankenhaus geschafft, wo sie verstarb. Eine zweite, eifährige Tochter hatte die Frau vor der Ausführung ihres Planes zu ihrem Vater geschickt.

### Neuenhagen (Ostbahn).

In einer öffentlichen Versammlung für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse sprach am Sonntagnachmittag in Neuenhagen Genossin Frieda Wulf über „Junterpolitik, Kaiserreden und die Meinung der Frauen“. Die Versammlung fand unter freiem Himmel statt und erfreute sich trotz des regnerischen Wetters eines starken Besuches. Die beifällig aufgenommenen Ausführungen der Vortragenden klangen aus in die Unterstützung an die anwesenden Männer und Frauen, sich der politischen Organisation anzuschließen, um so gemeinsam für die Interessen der Arbeiterklasse zu wirken. Während des Vortrages der Genossin Wulf glaubte der anwesende Kaisermeister Quast seine Ueberzeugung durch einen ungebührlichen Zwischenruf zum Ausdruck bringen zu müssen. In der Diskussion war der Herr selbstverständlich nicht zu sprechen. Genosse Stimling wies auf die besähtende Tatsache hin, daß die Lokalinhaber der Arbeiterklasse ihre Säle verweigern. Alle Berliner Genossinnen, die Neuenhagen, Fiederdorf, Petershagen, Bruchmühle oder Eggersdorf besuchen, werden ersucht, die dortigen Genossen in ihrem Lokalkampfe zu unterstützen. Mit einem stimmungsvoollen Uebegungen vom Arbeitergeheimverein „Freie Sängler“, fand die wohlgeungene Versammlung ihr Ende.

### Schöneiche und Umgegend.

Den Bericht über den Magdeburger Parteitag gab in der Mitgliederversammlung in Rahndorf-Wähle Genosse Ruth Ober-Schöneiche. In seinem Vortrage behandelte der Referent besonders ausführlich die Budgetfrage und beurteilte dabei das Verhalten verschiedener Gewerkschaftsbeamten gegenüber dem Disziplinbruch der Wadenler. In der Diskussion sprachen die Genossen Ruth und Bühl in zustimmendem Sinne. Eine Resolution, welche sich mit der Haltung der Delegierten des Reiches einverstanden erklärte, wurde einstimmig angenommen. — Als Rediktoren wurden die Genossen Höhne und Giese gewählt. Dann gelangten noch einige örtliche Angelegenheiten zur Verhandlung.

### Königs-Wusterhausen.

Vor etwa 600 Männern und Frauen sprach am Sonntag in einer öffentlichen Versammlung Genosse Störmer-Werlin über „Kaiserreden und Polizeiautokratie“. Die Versammelten nahmen noch dem sehr beifällig aufgenommenen Referat eine Resolution an, in der gegen das Vorgehen der Polizei in Noabit protestiert wird. Einstimmig angenommen wurde auch eine Protestresolution gegen die Fleischnot. Mit der Aufforderung, durch massenhaften Beitritt in die Arbeiterorganisationen gegen die bestehenden Zustände zu demonstrieren, wurde die Versammlung geschlossen.

### Trebbin (Kreis Teltow).

Der vom Bildungsausschuss arrangierte Vortragszyklus beginnt am Sonntag, den 18. Oktober, nachmittags 3 Uhr, im Schützenhause. Genosse Wilhelm Piel wird in sechs Vorträgen unsere Gegenwartsforderungen behandeln. Die weiteren Vorträge finden statt am 23. und 30. Oktober, am 6., 18. und 20. November. Sämtliche Funktionäre der Partei und Gewerkschaften sind verpflichtet, an den Vorträgen teilzunehmen. Natürlich haben auch andere Gewerkschaftsmitglieder, Parteigenossen und Genossinnen zu den Vorträgen Zutritt.

### Groß-Westen.

In der Generalversammlung des Wahlvereins für Groß-Westen und Umgegend gab Genosse Heinrich Rigdorf den Bericht vom Magdeburger Parteitag. Es wurde eine Resolution angenommen, die sich mit den Beschlüssen des Parteitages und der Haltung der Delegierten einverstanden erklärte. Danach gab Genosse Starupke den Bericht von der Kreisgeneralversammlung. Es wurde beschlossen, dem Bildungsbedürfnis der Genossen durch ein Bereicherung der Bibliothek entgegenzukommen. Aufgenommen wurden acht neue Mitglieder, ein Mitglied wurde wegen restierender Beiträge gestrichen. Der Wahlverein zählt zurzeit 82 Mitglieder.

### Potsdam.

Schieerei gegen Schulkinder. In dem beharharteten Bornim hat folgender Sozial ungebührliche Erregung hervorgerufen: In der Amtstraße hielt sich zum Besuche bei seinen Eltern der Berliner Wandbeamte Wiskisch auf, der sich in seinen Ruhestunden mit Landeskassamaterie beschäftigt. Dabei fühlte er sich nun von der neugierigen Dorfjugend belästigt; er soll sogar absichtlich geulkt worden sein. Da seine Drohungen nichts nützten, nahm er ein Leßgewand und schloß eine Scharroladung zwischen die Kinder. Mehrere Kinder wurden durch Scharroladungen verletzt. Von dem Vater eines verletzten Kindes ist die Schieerei zur Anzeige gebracht und eine Schadenersatzklage gegen den schießlustigen Wandbeamten anhängig gemacht worden. Hoffentlich wird dem Herrn eine empfindliche Strafe zuteil.

### Jugendveranstaltungen.

**Schöneberg.** Freitag, den 14. Oktober, abends 8<sup>1/2</sup> Uhr, bei Volksmann, Vorbergr. 9: Vortrag des Genossen Eduard Bernstein über: „Bildung und gesellschaftliches Bewußtsein.“ Der Ausguss.

**Freie Jugendorganisation Berlin.** Abt. 21. Heute abend, 8 Uhr, bei Reichardt, Köhlerstr. 38: Versammlung. Vortrag des beliebigen Franz Künster über: „Das Oberverwaltungsgericht und die Berliner Jugendorganisation.“ Ermöglichte sehr willkommen.

**Künstlerischer Marktbericht der städtischen Parkhallen-Direktion über den Grohhandel in den Jentral-Parkhallen.** Marktfrage: Fleisch: Zufuhr schwach, Geschäft still, Preise unverändert. Wild: Zufuhr genügend, Beschäftigung lebhaft, Preise zum Teil nachgebend. Geflügel: Zufuhr reichlich, zum Teil aber Bedarf, Geschäft nicht regt genug, Preise nachgebend. Fische: Zufuhr mäßig, Geschäft sehr schlecht, Preise wenig verändert. Butter und Käse: Geschäft ruhig, Preise unverändert. Gemüse, Obh und Süßwaren: Zufuhr über Bedarf, besonders in farbigen Pflanzungen, Geschäft leblos, Preise gedrückt.

### Witterungsübericht vom 12. Oktober 1910, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer-Höhe in mm	Windrichtung	Windstärke	Temperatur in Grad Celsius		Barometer-Höhe in mm	Windrichtung	Windstärke	Temperatur in Grad Celsius		
				Heute	gest.				Heute	gest.	
Zentrum	762	SO	4	Rebel	9	Lagow	753	SO	6	bedekt	7
Dambrück	758	SO	2	halb hb.	11	Petershagen	770	SO	2	bedekt	0
Berlin	762	S	2	wolfig	9	Seitz	757	SO	6	halb hb.	10
Brandenburg	758	S	1	Rebel	18	Berkes	757	SO	3	bedekt	6
Wilmshagen	762	SO	1	halb hb.	8	Park	754	SO	2	bedekt	18
Mörs	763	SO	2	Rebel	11						

### Wetterprognose für Donnerstag, den 13. Oktober 1910.

Ein wenig kübler, zunächst ziemlich trübe mit leichten Regenschauern und mäßigen nördlichen Winden; später langsam aufhellend.

Berliner Wetterbureau.

### Wasserstands-Nachrichten.

Der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am		Wasserstand	am	
	11.10.	10.10.		11.10.	10.10.
Remel, Müti	—	—	Saale, Grotzsch	68	-8
Regel, Unterberg	-20	-1	Saale, Spandau	80	+2
Weißel, Thon	54	+2	Saale, Rathenow	97	0
Ober, Rathenow	221	-17	Saale, Spremberg	100	-4
Froben	230	+17	Westm.	161	0
Frankfurt	216	+2	Weser, Hildesheim	-92	+20
Weser, Siedm.	25	+1	Weser, Minden	-8	0
Weser, Siedm.	-4	-1	Weser, Rinteln	402	-6
Weser, Siedm.	-5	+1	Weser, Eintr.	301	-4
Weser, Siedm.	103	-23	Weser, Eintr.	193	-6
Weser, Siedm.	-4	-16	Weser, Eintr.	54	-11
Weser, Siedm.	257	+3	Weser, Eintr.	—	—
Weser, Siedm.	208	+6	Weser, Eintr.	—	—

+) bedeutet Buss, — Null, \*) Unterbeleg.